



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Diemo Dietrich
Editorial

*Andreas Crimmann, Katalin Evers, Jutta Günther,
Katja Guhr, Marco Sunder*

Aktuelle Trends:
Ostdeutschland ähnlich innovativ wie
Westdeutschland

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics
Konjunktur aktuell:
Deutsche Wirtschaft lässt die Krise hinter sich

Kristina van Deuverden, Sabine Freye
Schuldenbremse: Bisherige Beschlüsse stellen
Gelingen auf Länderebene infrage

Claus Michelsen, Silke Müller-Michelsen
Energieeffizienz im Altbau: Werden die
Sanierungspotenziale überschätzt? Ergebnisse
auf Grundlage des ista-IWH-Energieeffizienzindex

Brigitte Loose
IWH-Bauumfrage im August 2010

Wirtschaft im Wandel

9/2010

22.9.2010, 16. Jahrgang



Editorial

Die Politik in Europa will bei der Regulierung der Banken und Finanzmärkte Handlungswillen demonstrieren. Nahm man im Jahr 2009 schon Banker-Boni, Rating-Agenturen und Derivate an die Leine, haben die EU-Finanzminister jüngst den Aufbau europäischer Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiermärkte beschlossen. Grundsätzlich ist eine Zentralisierung von Aufsichtskompetenzen auf europäischer Ebene angemessen. Finanzinstitute werden nicht durch Staatsgrenzen eingeschränkt und verteilen Geschäftssteile, auch in Reaktion auf nationale Aufsichtsunterschiede, auf die für sie günstigsten Länder. Zudem haben die nationalen Aufsichtsbehörden in der Krise auf Probleme im Finanzsektor nicht immer angemessen reagiert, auch weil sie deren ganzes Ausmaß nicht erfassen wollten oder konnten.

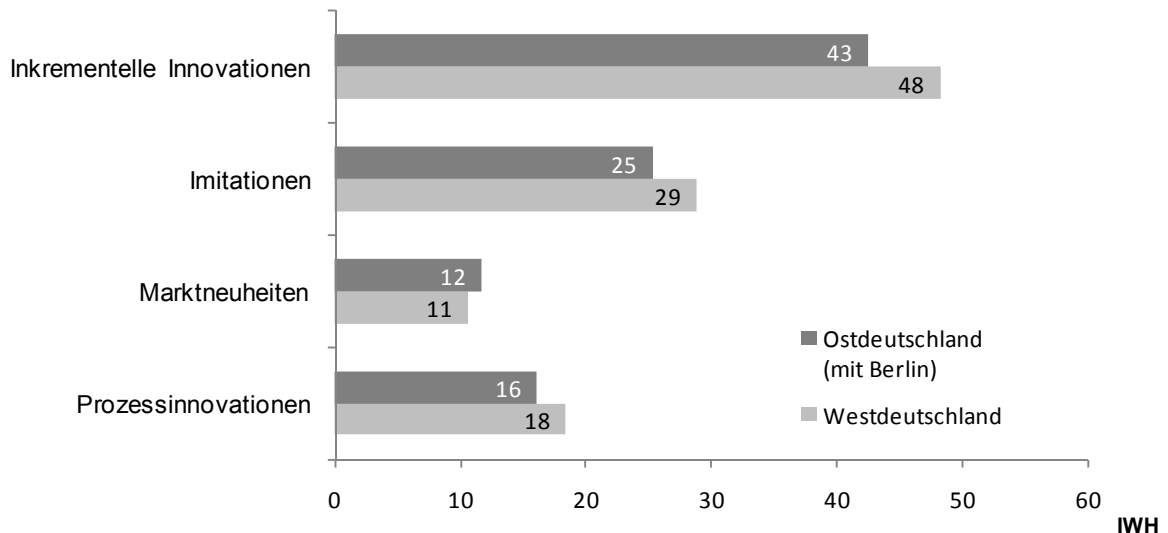
Aber ist allein deswegen der Beschluss zu begrüßen? Die neuen EU-Behörden ersetzen nicht die entsprechenden Einrichtungen in den 27 Mitgliedsländern – allein in Deutschland sind für die Bankenaufsicht drei unterschiedliche Institutionen (BaFin, Bundesbank und die Bankenverbände) verantwortlich. Zu befürchten ist daher, dass sich der Koordinierungsbedarf künftig sogar noch vergrößert, erschwert durch zusätzliche Interessenkonflikte. Auf dem Feld der Geldpolitik wurde dieses Problem mit der Zuweisung der Verantwortlichkeit an eine unabhängige Zentralbank gelöst. Die künftige EU-Aufsicht ist nicht unabhängig und soll nationalen Behörden vor allem Standards für das Tagesgeschäft setzen und in Notsituationen einschreiten, aber nur, wenn in der EU Einvernehmen über einen solchen Notstand besteht. Zur Erinnerung: Im Spätsommer 2007 wäre ein solches Einvernehmen wohl noch nicht zustande gekommen.

Erst gar nicht thematisiert wird die Zusammenlegung der Aufsicht von Banken, Versicherungen und Wertpapiermärkten. Informationen über diese müssen also weiterhin getrennt gesammelt sowie aufbereitet und dann wechselseitig verfügbar gemacht werden. Dabei wird es wiederum auf eine funktionierende Kooperation zwischen den Behörden ankommen; nach den bisherigen Erfahrungen sollten auch hier die Erwartungen nicht zu hoch gesteckt werden. Der vorliegende Beschluss deutet vor allem auf einen politischen Kompromiss, der den Anforderungen an Transparenz, Regulierung und Aufsicht im Finanzsystem nur unzureichend gerecht wird.

*Diemo Dietrich
Leiter des Forschungsschwerpunktes Finanzmärkte und Banken*

Ostdeutschland ähnlich innovativ wie Westdeutschland

- Anteile der Betriebe (in %) des Verarbeitenden Gewerbes mit der entsprechenden Innovationsart im Jahr 2008 -



Quellen: IAB-Betriebspanel 2009; Berechnungen des IWH unter Berücksichtigung von Hochrechnungsfaktoren.

Innovationen im Sinne neuer Produkte und Produktionsprozesse sind Ausdruck des technischen Fortschritts und sichern die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit. Im IAB-Betriebspanel lassen sich drei Arten von Produktinnovationen unterscheiden: (a) die Weiterentwicklung vorhandener Produkte (inkrementelle Innovation), (b) die Erweiterung der Produktpalette um ein bereits am Markt vorhandenes Produkt (Imitation) und (c) die Einführung eines gänzlich neuen Produktes, für das ein neuer Markt geschaffen werden muss (Marktneuheit). Neben den Produktinnovationen werden auch Prozessinnovationen erfasst. Dabei handelt es sich um neue oder veränderte Verfahren, die den Produktionsprozess oder das Bereitstellen von Dienstleistungen verbessern.

Eine in der Innovationsindikatorik häufig verwendete Kennziffer ist der „Anteil innovativer Betriebe (%).“ Im Jahr 2008 lag der Anteil der Betriebe mit Imitationen bzw. inkrementellen Innovationen in Westdeutschland etwas höher als in Ostdeutschland (um vier bzw. fünf Prozentpunkte). Bei den Marktneuheiten hingegen sind Ost und West nahezu gleich auf – ein Befund, der auch in früheren Erhebungswellen zu beobachten war.* Da Marktneuheiten als qualitativ anspruchsvollste Art von Produktinnovationen gelten, lässt sich dieser Befund als positives Signal für die Wettbewerbsfähigkeit des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes deuten.

Der Anteil der Betriebe mit Prozessinnovationen lag mit 18% in Westdeutschland wiederum leicht vor Ostdeutschland (16%). Der Vorsprung der Alten Bundesländer, der auch für den vorangegangenen Erhebungszeitraum zu beobachten war, dürfte zum Teil darin begründet sein, dass nach den massiven technologischen Modernisierungen im Zuge des Transformationsprozesses in Ostdeutschland derzeit noch ein geringerer Bedarf an Erneuerungen im Produktionsbereich besteht.

*Andreas Crimmann (IAB), Katalin Evers (IAB),
Jutta Günther (Jutta.Guenther@iwh-halle.de), Katja Guhr (Katja.Guhr@iwh-halle.de),
Marco Sunder (Universität Leipzig)*

* Siehe IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2003 und 9/2008. Im Unterschied zu früheren Erhebungswellen werden Innovationen im IAB-Betriebspanel jetzt für ein Jahr (hier: 2008) abgefragt. Zuvor bezog sich die Abfrage auf den Zeitraum zweier Geschäftsjahre.

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft lässt die Krise hinter sich*

– Kurzfassung –

Die deutsche Konjunktur erholt sich schneller von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als weithin erwartet. Im laufenden Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,5% steigen, im kommenden um 2%. Die Arbeitslosigkeit wird wohl weiter sinken. Das Budgetdefizit des Gesamthaushaltes wird voraussichtlich bereits im Jahr 2011 wieder unter der 3%-Marke des Stabilitäts- und Wachstumspakts liegen – vorausgesetzt, dass die Bundesregierung die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen auch tatsächlich umsetzt.

Die deutsche Konjunktur erholt sich deutlich schneller von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als weithin erwartet. Nach dem außerordentlich kräftigen Anstieg der Produktion im ersten Halbjahr 2010 unterschreitet das reale Bruttoinlandsprodukt seinen Stand von vor der Rezession nur noch um knapp 3%. Im Tiefpunkt Anfang 2009 betrug die Einbuße noch 7%. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Wirtschaftsleistung weiter zügig an das Vorkrisenniveau annähern. Frühindikatoren deuten darauf hin, dass das Expansionstempo zwar etwas nachlassen, alles in allem aber hoch bleiben wird. Bereits Ende des kommenden Jahres wird das Bruttoinlandsprodukt nach der hier vorgelegten Prognose in etwa wieder zu dem Niveau von vor der Krise aufgeschlossen haben.

Dass die Einkommensverluste durch die Große Rezession so rasch wieder wettgemacht werden, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Bis vor kurzem musste davon ausgegangen werden, dass die Weltfinanzkrise nicht nur zu einem konjunkturellen Einbruch geführt, sondern auch die Aussichten für das Produktionspotenzial und damit für das mittelfristig erreichbare Wachstum verringert hat. Nicht zuletzt die internationalen Erfahrungen mit Finanz- und Banken Krisen, etwa in Japan, schienen dafür zu sprechen, dass aufgrund der Krise entweder Produktivität oder Kapitalstock niedriger anzusetzen seien als bisher oder mit geringeren Produktivitätszuwächsen zu rechnen sei. Weil deshalb die Unterauslastung im Vergleich zum scharfen Produktionseinbruch gering eingeschätzt wurde,

schien der Spielraum für einen kraftvollen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Unter anderem aufgrund der kräftigen Produktionszuwächse im laufenden Jahr muss diese Einschätzung wohl als zu pessimistisch angesehen werden.

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2009 bis 2011

	2009	2010	2011
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,2	0,1	1,3
Staatskonsum	2,9	3,4	1,2
Anlageinvestitionen	-10,1	5,9	3,0
Ausrüstungen	-22,6	9,0	6,5
Bauten	-1,5	4,0	0,4
sonstige Anlagen	5,6	6,0	5,8
Inländische Verwendung	-1,9	2,4	1,9
Exporte	-14,3	14,7	6,8
Importe	-9,4	13,5	7,1
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	3,5	2,0
dar.: Ostdeutschland*	-3,5	2,5	1,5
Nachrichtlich:			
USA	-2,6	2,6	1,9
Euroraum	-4,1	1,5	1,3
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-2,6	1,7	0,8
Tariflöhne je Stunde	2,3	1,9	1,8
Effektivlöhne je Stunde	2,9	0,4	1,6
Lohnstückkosten ^a	5,7	-1,7	-0,3
Verbraucherpreisindex	0,4	1,1	1,4
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	40 271	40 372	40 692
dar.: Ostdeutschland*	5 752	5 761	5 784
Arbeitslose ^c	3 423	3 236	2 871
dar.: Ostdeutschland*	866	780	725
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	7,8	7,4	6,6
dar.: Ostdeutschland*	13,1	11,9	11,1
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,0	-3,6 ^e	-2,5

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der gefördert Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen liegt die Defizitquote bei 3,8%. – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; eigene Prognose (Stand: 15.09.2010).

Andere fortgeschrittene Volkswirtschaften erholen sich offenbar langsamer. So beträgt der Rückstand gegenüber dem Produktionsniveau von

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 51/2010 gemeinsam mit Kiel Economics am 15. September 2010 veröffentlicht.

vor der Krise im übrigen Euroraum noch knapp 4% und dürfte bis zum Jahresende nur wenig sinken. Die USA werden das Bruttoinlandsprodukt von Ende 2007 wohl zu Beginn des kommenden Jahres wieder erreichen; doch da ihr Produktionspotenzial, vor allem aus demographischen Gründen, um ½ bis ein Prozentpunkt stärker wächst als das deutsche, werden die Produktionskapazitäten dort nach wie vor deutlich unterausgelastet sein. Sowohl in den USA als auch im übrigen Euroraum spiegelt sich die Unterauslastung auch in der relativ hohen Arbeitslosigkeit. Sehr rasch und kraftvoll haben sich dagegen die Schwellenländer erholt. Viele dieser Länder sind offenbar bereits wieder auf den Entwicklungspfad eingeschwenkt, der vor der Krise zu beobachten war.

Die Dynamik in den Schwellenländern ist der erste von drei Faktoren, die für den kräftigen Aufschwung in Deutschland von Bedeutung sind. So profitiert die deutsche Wirtschaft mit ihrer Spezialisierung auf Investitionsgüter in hohem Maße vom Produktionsanstieg in den Schwellenländern. Zwar sind die Industrieländer, der übrige Euroraum voran, weiterhin die wichtigsten Handelspartner; die größten Beiträge zum Zuwachs des Exports kamen in den vergangenen Quartalen jedoch aus den Schwellenländern, vor allem aus Asien.

Zweitens sorgt die starke Arbeitsnachfrage der Unternehmen für steigende Beschäftigung und Einkommen der privaten Haushalte. Diese erhöhte Nachfrage ist nicht allein Reflex der guten Konjunktur, sondern auch Konsequenz der seit Jahren andauernden Lohnzurückhaltung, in deren Folge sich das Verhältnis von realen Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität deutlich verringert hat. Am aktuellen Rand liegen die realen Lohnstückkosten um knapp 5% unter ihrem Stand von vor Beginn der Lohnzurückhaltung, d. h. von Seiten der Arbeitskosten gehen weiterhin Impulse auf die Arbeitsnachfrage aus. In den vergangenen Jahren dämpfte die Lohnzurückhaltung den Preisauftrieb; eine verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft war die Folge. Diese Entwicklung dürfte sich mittelfristig umkehren, denn infolge des Beschäftigungsanstiegs werden sich vermehrt Knappheitstendenzen am Arbeitsmarkt bemerkbar machen und sich in höheren Lohnsteigerungen äußern, die die Binnennachfrage stimulieren werden.

Drittens begünstigt die expansive Geldpolitik angesichts der vergleichsweise geringen Verschuldung von Unternehmen und Haushalten in Deutschland früher und stärker Investitionen und Konsum

als in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Gleichzeitig hat sich die Situation auf den Finanzmärkten erneut etwas entspannt. Die Kapitalmarkt- und Bankkreditzinsen sind folglich niedrig und in einigen Marktsegmenten sogar gegenüber dem Frühjahr nochmals gesunken. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte sind also derzeit günstig, und vor allem sind die Opportunitätskosten von Sachkapitalinvestitionen und privatem Konsum sehr gering. Zusammen mit den Erwartungen der privaten Haushalte und Unternehmen, dass der Tiefpunkt der Krise durchschritten und der alte Wachstumspfad wieder erreicht wird, werden Investitionen und Konsum zunehmend stimuliert.

Für den Prognosezeitraum zeichnet sich ab, dass sich die weltwirtschaftliche Dynamik verlangsamt. Das trifft sowohl für große Industrieländer wie die USA als auch für wichtige Schwellenländer wie China zu. Während in den USA strukturelle Probleme, die zum Teil für die Krise verantwortlich waren, nicht bewältigt sind und die wirtschaftliche Lage trüben, ist die chinesische Wirtschaftspolitik dämpfend ausgerichtet, um eine Überhitzung zu vermeiden. Daher dürften die deutschen Exporte sowohl in die betreffenden Länder als auch in diejenigen Regionen, die mit ihnen stark verflochten sind, wieder etwas an Dynamik einbüßen. Hinzu kommt, dass die Lage im Euroraum auch weiterhin von den finanzpolitischen Problemen einiger Länder belastet sein wird. An der aktuellen Entwicklung der Umlaufrenditen öffentlicher Anleihen lässt sich ablesen, dass das Vertrauen erschüttert bleibt. Deutliche Konsolidierungsanstrengungen stehen bevor und werden die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im übrigen Euroraum und damit auch die Nachfrage nach deutschen Produkten dämpfen. In Deutschland werden die angekündigten Sparmaßnahmen der Bundesregierung ebenfalls restriktiv wirken. Die Geldpolitik wird allerdings auch im kommenden Jahr stark expansiv ausgerichtet sein. Zudem wird sich die Beruhigung im Bankensektor graduell fortsetzen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die konjunkturelle Erholung 2011 verlangsamen wird. Die vorliegende Prognose sagt für 2011 einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland von 2% voraus, nach 3,5% im Jahr 2010. In Ostdeutschland fällt wegen der geringeren Exportquote und des niedrigeren Industrialisierungsgrades der Aufschwung schwächer aus als in Westdeutschland. In den Jahren 2010 bis 2014 wird der Zu-

wachs des Bruttoinlandsprodukts für Gesamtdeutschland jahresdurchschnittlich bei 1¾% liegen.

Erheblich verbessert haben sich die Perspektiven für die öffentlichen Finanzen. Noch im Frühjahr musste befürchtet werden, dass das Defizit des öffentlichen Gesamthaushaltes in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt das Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts bis in das Jahr 2013 hinein verletzen würde. Nun ist bereits für 2011 wieder eine Defizitquote unter 3% wahrscheinlich; wir rechnen mit 2,5%, nach 3,6% im

laufenden Jahr. Neben der sehr günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt spielt hierfür eine Rolle, dass sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zunehmend auf die inländische Verwendung verlagert. Zudem ist unterstellt, dass die Politik das Zukunftsprogramm oder aber Maßnahmen in ähnlichem Umfang umsetzt.

Arbeitskreis Konjunktur des IWH,
Kiel Economics (Seite 400)

Schuldenbremse: Bisherige Beschlüsse stellen Gelingen auf Länderebene infrage

– Kurzfassung –

Zu Beginn des Jahres 2011 wird in Deutschland eine neue Regel zur Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte in Kraft treten – die Schuldenbremse. Wie bei jeder Fiskalregel setzt ihr Gelingen notwendig eine zeitnahe Beobachtung der Haushaltsentwicklung voraus, denn nur so kann Fehlentwicklungen rechtzeitig gegengesteuert werden. Die Evaluierung der öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern wurde dem eigens geschaffenen Stabilitätsrat übertragen. Dazu wird er auf vier Kennzahlen zurückgreifen. Überschreiten diese mehrheitlich in zwei von drei aufeinanderfolgenden Jahren die festgelegten Schwellenwerte, wird der Stabilitätsrat prüfen, ob eine Haushaltsnotlage droht.

Zwar erscheinen die Kennziffern grundsätzlich geeignet, ein umfassendes Bild der Staatsfinanzen zu zeichnen, allerdings geben die gewählten Schwellenwerte Anlass, am Gelingen der Schuldenbremse zu zweifeln. Jeder der Schwellenwerte orientiert sich an der durchschnittlichen Entwicklung aller Länderhaushalte. Aus diesem Grund müssen die Kennziffern schon extreme Werte annehmen, um als „auffällig“ ausgewiesen zu werden.

Die Zielgröße der Schuldenbremse an sich ist der strukturelle Finanzierungssaldo. Dies ist der Haushaltssaldo, der sich ergeben würde, wenn die Einnahmen und Ausgaben des Staates um konjunkturelle Einflüsse korrigiert werden. Es hätte erwartet werden können, dass diese Zielgröße eine der herangezogenen Kennziffern sein würde. Dem ist nicht so; stattdessen wird der Rat den nomina-

len Finanzierungssaldo verwenden – bereinigt um bestimmte finanzielle Transaktionen.

Letztlich ist dies nur eine Notlösung, denn zur Schätzung des strukturellen Finanzierungssaldos gibt es mehrere Verfahren, und Bund und Länder haben sich bisher auf keine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt. Dies ist mehr als bedenklich. Nicht nur, dass der strukturelle Finanzierungssaldo ein wichtiges Kriterium für die Nachhaltigkeit von Finanzpolitik ist. Die Schuldenbremse kann nicht wirklich in Kraft treten ohne die konzeptionelle Einigung auf eine Schätzmethode. Aus diesem Grund schlägt das IWH ein praktikables Verfahren vor, mit dem die strukturellen Finanzierungssalden der Länder berechnet werden können. Das vorgeschlagene Verfahren trägt dabei sowohl den wissenschaftlich-methodischen Anforderungen bei der Konjunkturbereinigung Rechnung als auch der notwendigen Transparenz, die im politischen und administrativen Prozess unabdingbar ist.

Die nach diesem Verfahren geschätzten strukturellen Finanzierungssalden signalisieren vor allem eines: die Finanzpolitik war in den Jahren 1995 bis 2009 nicht nachhaltig und die Ländergesamtheit verschuldete sich in jedem Jahr strukturell. Nach den Kennziffern des Stabilitätsrates ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Eine drohende Haushaltsnotlage wäre nur in wenigen Ländern signalisiert worden. Dies zeigt: Soll die Schuldenbremse gelingen, so besteht dringender Handlungsbedarf.

Kristina van Deuverden,
Sabine Freye (Seite 438)

Energieeffizienz im Altbau: Werden die Sanierungspotenziale überschätzt? Ergebnisse auf Grundlage des ista-IWH-Energieeffizienzindex

– Kurzfassung –

Ein zentrales Element der europäischen Klimapolitik ist die Reduktion des Energieverbrauchs privater Haushalte. Im Fokus stehen dabei Wohnimmobilien, insbesondere im Mehrfamilienhausbestand. Die Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) fordert deshalb eine deutliche Reduktion des Energiebedarfs bei Sanierungen bzw. beim Neubau von Wohnimmobilien. Allerdings sind diese Vorgaben weitgehend undifferenziert, was Alter und Art einer Immobilie sowie die Marktbedingungen betrifft, unter denen errichtet oder saniert wird.

Der vorliegende Artikel zeigt auf Grundlage eines umfangreichen Datensatzes des Energiedienstleisters ista Deutschland GmbH, dass die Energiekennwerte von Mehrfamilienhäusern abhängig vom Jahr ihrer Errichtung sowohl im sanierten als auch im unsanierten Zustand deutlich variieren. Die Daten zeigen zudem, dass die allgemein angenommenen Einsparpotenziale, die sich vor allem am technisch Machbaren orientieren, die Realität erheblich überschätzen. So sind die tat-

sächlichen Verbräuche in unsanierten Immobilien und die unter Marktbedingungen realisierten Energieeinsparungen nach einer Sanierung teilweise deutlich geringer als bisher angenommen. Eine bautechnische und architektonische Betrachtung legt die Vermutung nahe, dass unterschiedliche Sanierungskostenverläufe und die Bestandeigenschaften des Altbaus zu den beobachtbaren Differenzen beitragen. Im Ergebnis sprechen die hier präsentierten Zahlen für eine differenziertere Strategie, die sowohl die Belange der Wirtschaftlichkeit von Sanierungen, als auch die Belange des Klimaschutzes und Städtebaus berücksichtigt. Konkret bedeutet dies, dass sich die spezifischen Eigenschaften von Immobilien auch in den rechtlichen Vorgaben und der Förderpolitik niederschlagen sollten, um Investitionsanreize auch tatsächlich zu setzen.

Claus Michelsen
Silke Müller-Michelsen (Seite 447)

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft lässt die Krise hinter sich*

Überblick

Die deutsche Konjunktur erholt sich deutlich schneller von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als weithin erwartet. Nach dem außerordentlich kräftigen Anstieg der Produktion im ersten Halbjahr 2010 unterschreitet das reale Bruttoinlandsprodukt seinen Stand von vor der Rezession nur noch um knapp 3%. Im Tiefpunkt Anfang 2009 betrug die Einkommenseinbuße noch 7%. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Wirtschaftsleistung weiter zügig an das Vorkrisenniveau annähern. Frühindikatoren deuten darauf hin, dass das Expansionstempo zwar etwas nachlassen, alles in allem aber hoch bleiben wird. Bereits Ende des kommenden Jahres wird das Bruttoinlandsprodukt nach der hier vorgelegten Prognose in etwa wieder zu dem Niveau von vor der Krise aufgeschlossen haben.

Dass die Einkommensverluste durch die Große Rezession so rasch wieder wettgemacht werden, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Bis vor kurzem musste davon ausgegangen werden, dass die Weltfinanzkrise nicht nur zu einem konjunkturellen Einbruch geführt, sondern auch die Aussichten für das Produktionspotenzial und damit für das mittelfristig erreichbare Wachstum verringert hat. Nicht zuletzt die internationalen Erfahrungen mit Finanz- und Bankenkrisen, etwa in Japan, schienen dafür zu sprechen, dass aufgrund der Krise entweder Produktivität oder Kapitalstock niedriger anzusetzen seien als bisher oder mit geringeren Produktivitätswachstumsraten zu rechnen sei. Weil deshalb die Unterauslastung im Vergleich zum scharfen Produktionseinbruch gering eingeschätzt wurde, schien der Spielraum für einen kraftvollen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Auch mit den kräftigen Produktionszuwächsen im laufenden Jahr muss diese Einschätzung wohl als zu pessimistisch angesehen werden.

Andere fortgeschrittene Volkswirtschaften erholen sich offenbar langsamer. So beträgt der Rückstand gegenüber dem Produktionsniveau von vor der Krise im restlichen Euroraum noch knapp 4% und dürfte bis zum Jahresende nur wenig sinken. Die USA werden das Bruttoinlandsprodukt von Ende 2007 wohl zu Beginn des kommenden

Jahres wieder erreichen; doch da ihr Produktionspotenzial, vor allem aus demographischen Gründen, um $\frac{1}{2}$ bis ein Prozentpunkt stärker wächst als das deutsche, werden die Produktionskapazitäten dort nach wie vor deutlich unterausgelastet sein. Sowohl in den USA als auch im übrigen Euroraum spiegelt sich die Unterauslastung auch in der relativ hohen Arbeitslosigkeit. Sehr rasch und kraftvoll haben sich dagegen die Schwellenländer erholt. Viele dieser Länder sind offenbar bereits wieder auf den Entwicklungspfad eingeschwenkt, der vor der Krise zu beobachten war.

Die Dynamik in den Schwellenländern ist der erste von drei Faktoren, die für den kräftigen Aufschwung in Deutschland von Bedeutung sind. So profitiert die deutsche Wirtschaft mit ihrer Spezialisierung auf Investitionsgüter in hohem Maße vom Produktionsanstieg in den Schwellenländern. Zwar sind die Industrieländer, der übrige Euroraum voran, weiterhin die wichtigsten Handelspartner; die größten Beiträge zum Zuwachs des Exports kamen in den vergangenen Quartalen jedoch aus den Schwellenländern, vor allem aus Asien.

Zweitens sorgt die starke Arbeitsnachfrage der Unternehmen für steigende Beschäftigung und Einkommen der privaten Haushalte. Diese erhöhte Nachfrage ist nicht allein Reflex der guten Konjunktur, sondern auch Konsequenz der seit Jahren andauernden Lohnzurückhaltung, in deren Folge sich das Verhältnis von realen Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität deutlich verringert hat. Am aktuellen Rand liegen die realen Lohnstückkosten um knapp 5% unter ihrem Stand von vor Beginn der Lohnzurückhaltung, d. h. von Seiten der Arbeitskosten gehen weiterhin Impulse auf die Arbeitsnachfrage aus. In den vergangenen Jahren dämpfte die Lohnzurückhaltung den Preisauftrieb; eine verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft war die Folge. Diese Entwicklung dürfte sich mittelfristig umkehren, denn infolge des Beschäftigungsanstiegs werden sich vermehrt Knappheitstendenzen am Arbeitsmarkt bemerkbar machen und sich in höheren Lohnsteigerungen äußern, die den Konsum stimulieren werden.

Drittens begünstigt die Niedrigzinspolitik der EZB angesichts der vergleichsweise geringen Verschuldung von Unternehmen und Haushalten in Deutschland früher und stärker Investitionen und Konsum als in anderen fortgeschrittenen Volks-

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 51/2010 gemeinsam mit Kiel Economics am 15. September 2010 veröffentlicht.

wirtschaften. Gleichzeitig hat sich die Situation auf den Finanzmärkten erneut etwas entspannt. Die Kapitalmarkt- und Bankkreditzinsen sind folglich niedrig und in einigen Marktsegmenten sogar gegenüber dem Frühjahr nochmals gesunken. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte sind also derzeit günstig und vor allem sind die Opportunitätskosten von Sachkapitalinvestitionen und privatem Konsum sehr gering. Zusammen mit den Erwartungen der privaten Haushalte und Unternehmen, dass der Tiefpunkt der Krise durchschritten und der alte Wachstumspfad wieder erreicht wird, werden Investitionen und Konsum zunehmend stimuliert.

Für den Prognosezeitraum zeichnet sich ab, dass sich die weltwirtschaftliche Dynamik verlangsamt. Das trifft sowohl für große Industrieländer wie die USA als auch für wichtige Schwellenländer wie China zu. Während in den USA strukturelle Probleme, die zum Teil für die Krise verantwortlich waren, nicht bewältigt sind und die wirtschaftliche Lage trüben, ist die chinesische Wirtschaftspolitik dämpfend ausgerichtet, um eine Überhitzung zu vermeiden. Daher dürften die deutschen Exporte sowohl in die betreffenden Länder als auch in diejenigen Regionen, die mit ihnen stark verflochten sind, wieder etwas an Dynamik einbüßen. Hinzu kommt, dass die Lage im Euroraum auch weiterhin von den finanzpolitischen Problemen einiger Länder belastet sein wird. An der aktuellen Entwicklung der Umlaufrenditen öffentlicher Anleihen lässt sich ablesen, dass das Vertrauen erschüttert bleibt. Deutliche Konsolidierungsanstrengungen stehen bevor und werden die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im übrigen Euroraum und damit auch die Nachfrage nach deutschen Produkten dämpfen. In Deutschland werden die angekündigten Sparmaßnahmen der Bundesregierung ebenfalls restriktiv wirken. Die Geldpolitik wird allerdings auch im kommenden Jahr stark expansiv ausgerichtet sein. Zudem wird sich die Beruhigung im Bankensektor graduell fortsetzen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die konjunkturelle Erholung 2011 verlangsamen wird. Die vorliegende Prognose sagt für 2011 einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland von 2% voraus, nach 3,5% im Jahr 2010. In den Jahren 2010 bis 2014 wird der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts jahresdurchschnittlich bei 1¾% liegen.

Die vorliegende Prognose ist mit einer Reihe von Unsicherheiten behaftet. So erwarten wir, dass es in den USA nicht zu einem erneuten Abgleiten

in eine Rezession kommt, und dass sich die Vertrauens- und Schuldenkrise einiger Euroraum-Länder nicht weiter zuspitzt. Beides würde dazu führen, dass der Produktionszuwachs weltweit geringer ausfiele, auch weil wichtige Reformen im Bereich des internationalen Finanzsystems, die notwendig sind, um eine erneute weltweite Krise zu verhindern, noch nicht erfolgt sind. Allerdings besteht auch die Chance, dass die Konjunktur in den großen Schwellenländern von der in den Industrieländern entkoppelt bleibt, und dass Länder mit international wettbewerbsfähigen Produktionsstrukturen von dieser Dynamik positiv beeinflusst werden.

Internationale Konjunktur

Erholung in den Schwellenländern weitgehend abgeschlossen, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften stockend

Die Weltwirtschaft bietet im Sommer 2010 ein gespaltenes Bild. Die asiatischen Schwellenländer haben die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise offenbar überwunden. Dort und auch in Lateinamerika hat die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe den steilen Wachstumspfad der vergangenen Jahre schon wieder erreicht. Aufgrund der hohen Dynamik in den Schwellenländern ist das Volumen des Welthandels fast wieder so groß wie während der Aufschwungsphase im Frühjahr 2008. Anders sieht es in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften aus: dort verläuft die Erholung schleppend. In den USA und in Japan hat die Konjunktur nach einem starken Winterhalbjahr im Sommer wieder deutlich an Fahrt verloren. Im Euroraum expandiert die Produktion erst seit dem Frühjahr kräftiger; zwei Drittel dieses Produktionszuwachses kommen dabei allein aus Deutschland, dem einzigen großen Land in Europa, für das sich ein kräftiger Aufschwung abzeichnet. Dies liegt auch daran, dass die deutsche Exportindustrie zurzeit in besonderem Ausmaß von der expandierenden Nachfrage aus den Schwellenländern profitiert.

Das gegenwärtige Bild der Weltkonjunktur ist nicht in seinen Grundzügen, sondern nur in seiner Deutlichkeit überraschend; denn Asien und Lateinamerika erfuhren die Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem als exogenen Nachfrageschock, den expansive Wirtschaftspolitik recht erfolgreich abfedern konnte. Das gelang nicht zuletzt dank einer vielfach soliden Verfassung der öffentlichen Haushalte, die expansive wirtschaftspolitische Impulse ermöglichte. Auch ohne starken Nachfrageanstieg

aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich die Wachstumsdynamik aus der Vorkrisenzeit – zumindest vorerst – wieder eingestellt. Zögerlich ist die Erholung nur in denjenigen Schwellenländern, die hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland erhielten, denn diese Ströme wurden durch die Finanzkrise stark reduziert; davon sind besonders Länder in Mittel- und Osteuropa betroffen.

Ihren Ausgang nahm die Krise aber in den USA und in Westeuropa. Bei allen Unterschieden zwischen den Ländern ähneln sich dort die Probleme, die nach dem Abebben der akuten Krise nicht verschwunden sind. Das Platzen der Hauspreisblasen hat das Vermögen der privaten Haushalte reduziert, ihre Verschuldung ist in vielen Ländern hoch. Der Immobiliensektor ist vielfach stark geschrumpft und dort entlassene Arbeitnehmer müssen sich Beschäftigung in anderen Sektoren suchen. Auch der Finanzsektor hat sich noch nicht wieder voll erholt, das Geschäft mit der Immobilienfinanzierung ist wohl auf lange Frist beschädigt. Darüber hinaus hat sich die Verfassung der öffentlichen Haushalte drastisch verschlechtert. Die Finanzpolitik ist in den meisten Ländern gezwungen, auf einen harten Restriktionskurs umzuschwenken, und auch dort, wo – wie in den USA – dieser Schwenk noch auf sich warten lässt, stellen sich viele Unternehmen und Haushalte auf eine lange Phase ausgeprägter Konsolidierung ein.

Skepsis an den Finanz- und Währungsmärkten bleibt

Sorgen um diese strukturellen Probleme prägen seit dem Frühjahr die Stimmung auf den internationalen Finanzmärkten. Auslöser des Stimmungsumschwungs in den Monaten April und Mai war der Schwund des Vertrauens in die Bonität einiger Euro-Raum-Länder mit hohen öffentlichen Budgetdefiziten und Schuldenständen (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, zu einem gewissen Grad auch Italien, im Folgenden kurz Defizitländer genannt). Griechenland ist seitdem auf die massiven finanziellen Hilfen durch die Euro-Raum-Partnerländer und den Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Die Einrichtung des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus im Mai und die daran anschließende Verabschiedung rigoroser Konsolidierungsprogramme haben den übrigen Defizitländern den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten bewahrt. Die Risikoprämien, welche die betroffenen Staaten zu zahlen haben, sind aber seitdem nicht wesentlich gesunken oder sogar noch gestiegen.

Die Flucht in als sicher geltende Anlagen spiegelt sich entsprechend in den außerordentlich niedrigen Renditen deutscher und US-amerikanischer Staatstitel. Der Euro hat wohl auch im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zukunft der Gemeinschaftswährung deutlich an Wert verloren, seit Jahresbeginn um 12% gegenüber dem US-Dollar, stabilisiert sich jedoch seit Mai. Das im Zuge der Vertrauenskrise ebenfalls aufgekommene Misstrauen in die Bonität europäischer Banken hat sich dagegen im Sommer wieder etwas gelegt. Dabei hat die Veröffentlichung von Stresstests durch die europäischen Aufsichtsbehörden wohl eine Rolle gespielt, vor allem aber die weltweit recht hohen Gewinne von Finanzinstituten im ersten Halbjahr. Auch für nichtfinanzielle Unternehmen in den USA und Europa ist die Ertragslage gegenwärtig im Allgemeinen gut. Umso bemerkenswerter ist, dass die Aktienindizes in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften gegenwärtig niedriger stehen als zu Jahresbeginn. Offensichtlich herrscht die Sorge vor, dass eine weitere Abkühlung der US-Konjunktur sowie eine Verlangsamung des Aufschwungs in den Schwellenländern die Unternehmensgewinne schmälern könnten.

Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik ist eng geworden

Ein moderates Nachlassen der konjunkturellen Dynamik ist in wichtigen Schwellenländern politisch gewollt. So haben die Zentralbanken Brasiliens und Indiens im Frühjahr begonnen, die Leitzinsen vorsichtig anzuheben. In China blieben die Zinsen bisher zwar unangetastet, mittels regulatorischer Maßnahmen wie der Anhebung von Mindestreservesätzen für Banken wurden die geldpolitischen Zügel aber schon im bisherigen Jahresverlauf gestrafft. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurden dagegen Ansätze zu einer behutsamen Rückführung des geldpolitischen Expansionsgrads schon wieder abgebrochen. Stattdessen kauft die EZB seit Ausbruch der Vertrauenskrise im Euro-Raum im Mai Staatstitel von Defizitländern auf, wenn auch in recht geringem Umfang. Die amerikanische Notenbank hat im August auf schwache Konjunkturdaten reagiert, indem sie das allmähliche Abschmelzen des von ihr gehaltenen Wertpapiervolumens aussetzte. Leitzinsänderungen sind weder für die USA noch für den Euro-Raum und auch nicht für Großbritannien oder Japan in Sicht.

In der Finanzpolitik kommt es dagegen im Prognosezeitraum zur Wende: Im nächsten Jahr

entfallen die expansiven fiskalischen Impulse auf die Konjunktur in den USA, denn das Gros der Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur wird bestenfalls aufrechterhalten. Deutlich restriktiv ist die Finanzpolitik schon in diesem Jahr in den Defizitländern des Euroraums und in Großbritannien, und der Restriktionsgrad wird im nächsten Jahr noch einmal verstärkt, getrieben durch die desolante Lage der öffentlichen Haushalte.

Alles in allem scheinen die Spielräume für die Wirtschaftspolitik nach bald zwei Jahren intensiver Stabilisierungsbemühungen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weitgehend ausgeschöpft. Bemühungen, die schleppende Erholung durch eine neue Runde expansiver Maßnahmen zu beschleunigen, würden im gegenwärtigen konjunkturellen Umfeld eher destabilisierend auf die Erwartungen von Haushalten und Unternehmen wirken.

Ausblick: Erholung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften setzt sich verlangsamt fort

Die Entwicklung in den Industrieländern wird im Prognosezeitraum schwach bleiben. Die jüngste Verlangsamung der Erholung in den USA wird zwar wohl nicht in eine erneute Rezession münden; aber ein kräftiger Aufschwung ist für den Prognosezeitraum aufgrund der strukturellen Probleme der US-Wirtschaft nicht in Sicht. In Europa dämpft der scharfe finanzpolitische Restriktionskurs die Erholung. Von der konjunkturellen Dynamik in Deutschland profitieren allerdings seine Nachbarländer. Auch in den Schwellenländern lässt das Expansionstempo nach. Vor allem in China zeichnet sich schon seit dem Frühjahr ab, dass die Maßnahmen zur Dämpfung des Aufschwungs greifen. Für den gesamten asiatischen Raum deutet sich eine etwas gemächlichere Produktionsausweitung in der zweiten Jahreshälfte an.

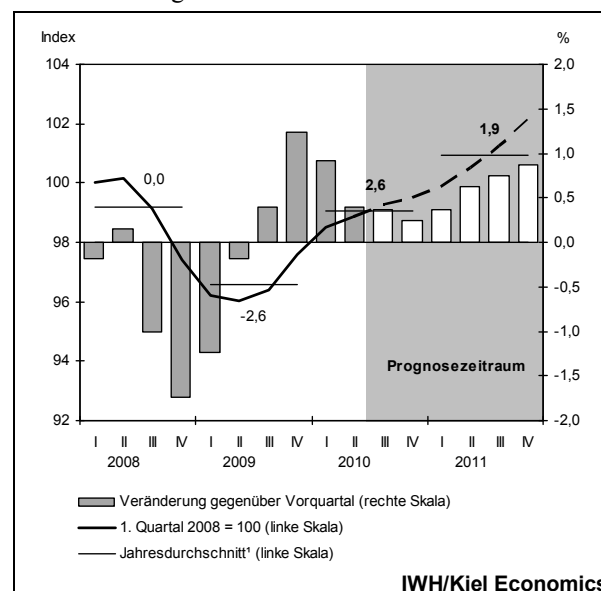
Da es nicht zu einem kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwung kommt, bleibt auch das Preisklima ruhig. In den USA und einigen westeuropäischen Ländern lässt der Preisauftrieb sogar nach. Die Preise für Rohstoffe und Energieträger bleiben relativ zu denen von Industriegütern hoch und stützen so in Produzentenländern wie Brasilien und Russland die Konjunktur.

USA: Weniger Impulse von der Wirtschaftspolitik, Strukturprobleme bleiben

Die Konjunktur in den USA hat sich im zweiten Quartal merklich verlangsamt; die reale gesamt-

wirtschaftliche Produktion expandierte nur noch um 0,4% (Abbildung 1). Allein die Anlageinvestitionen legten kräftig zu (4,6%). Dagegen trug der Lageraufbau kaum noch zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei; im Winterhalbjahr hatte er den Aufschwung noch maßgeblich gestützt. Der Zuwachs der realen Konsumnachfrage der privaten Haushalte betrug wie im Vorquartal 0,5%. Der Außenhandel dämpfte die wirtschaftliche Expansion zuletzt: Während sich der Anstieg der Exporte mit 2,2% leicht gegenüber dem ersten Quartal verlangsamte, beschleunigte sich der Importzuwachs auf 7,3%. Am Arbeitsmarkt zeigt sich noch keine wirkliche Entspannung. So lag die Arbeitslosenquote im August bei 9,6%, und die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung ist weiterhin sehr hoch. Auch der Beschäftigungsaufbau kommt – abgesehen von einem temporären Anstieg aufgrund der Volkszählung in den Sommermonaten – nicht in Gang; das Beschäftigungsniveau liegt immer noch rund 6% unter dem Vorkrisenniveau. Einige Faktoren sprechen dafür, dass dies kein rein zyklisches Phänomen ist, sondern die Arbeitslosigkeit auch mittelfristig hoch bleiben wird (vgl. Kasten 1).

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

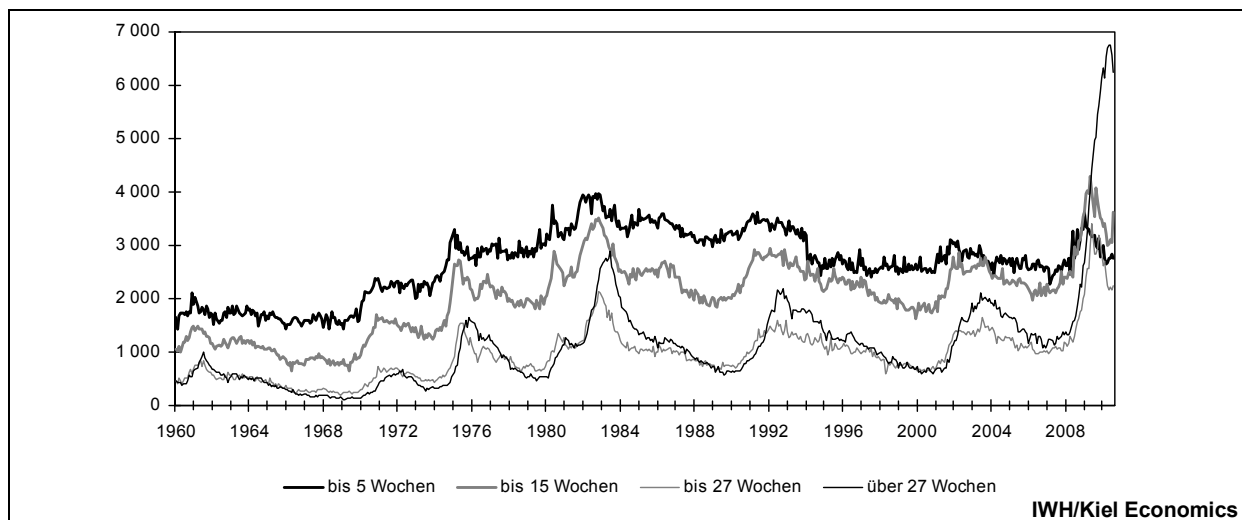
Quellen: Bureau of Economic Analysis; eigenen Berechnungen; ab 3. Quartal 2010: eigene Prognose.

Die schwache Arbeitsmarktentwicklung hat dazu beigetragen, dass der Lohnauftrieb in den USA

Kasten 1:
 Strukturprobleme auf dem US-Arbeitsmarkt

Im Zuge der jüngsten Rezession ist die Arbeitslosigkeit stärker als in vergangenen Rezessionen gestiegen; die Arbeitslosenquote verdoppelte sich von knapp 5% Anfang 2007 bis Ende 2009 auf über 10%. Dabei ist es zu einer ungewöhnlich starken Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit (über 27 Wochen) gekommen (Abbildung 2). Da Langzeitarbeitslose nach und nach ihre Fähigkeiten zu verlieren drohen oder sich nicht an Anforderungsänderungen am Arbeitsmarkt anpassen können, finden sie immer schwerer einen passenden Arbeitsplatz. Durch diesen Hysterese-Mechanismus kann sich mittelfristig die strukturelle Arbeitslosenquote erhöhen.

Abbildung 2:
 Arbeitslosigkeit in den USA nach Dauer
 - in 1 000 Personen -



Quellen: Bureau of Labor Statistics; eigene Darstellung.

Die Zahl der freien Stellen (in Relation zur Zahl der Erwerbspersonen) sank im Zuge der Rezession; die Arbeitslosenquote stieg gleichzeitig aber etwas stärker, als nach dem Muster der vergangenen zwei Dekaden zu erwarten gewesen wäre. Nach der Rezession, als wieder mehr Stellen angeboten wurden, sank die Arbeitslosigkeit kaum, sodass es momentan bei einem gegebenen Niveau von freien Stellen deutlich mehr Arbeitslose gibt, als es vor der Rezession der Fall war. Das derzeitige Verhältnis der beiden Größen ist in etwa so, wie es Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre war – zu einer Zeit, als die Arbeitslosigkeit in den USA dauerhaft hoch war.

Der Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit und auch das schlechtere Verhältnis zwischen der Zahl der offenen Stellen und jener der Arbeitslosen erklärt sich zu einem Gutteil aus dem Zwang zum sektoralen Strukturwandel: Von der Krise wurde mit dem Bausektor eine besonders beschäftigungsintensive Branche am stärksten getroffen. Die Vermittlung der betroffenen Arbeitslosen in andere Sektoren wird wohl einige Zeit in Anspruch nehmen. Zudem haben sich über eine Million potenzielle Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt zurückgezogen, weil sie gegenwärtig keine Perspektiven für eine Beschäftigung sehen; bei einem Anziehen der Konjunktur dürfte ein Großteil davon wieder zurück auf den Arbeitsmarkt drängen und einem Rückgang der Arbeitslosenquote entgegen wirken. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Arbeitslosigkeit in den USA nur sehr langsam sinken wird und mittelfristig wohl auf einem höheren Niveau liegen wird als vor der Krise.

mäßig ist. Außerdem sanken die Lohnstückkosten im Zuge der starken Reduzierung der Beschäftigung und lagen im zweiten Quartal um 2% unter dem Niveau von vor der Rezession Ende 2007. Vor diesem Hintergrund schwächte sich die Inflationsrate bis Juli auf 1,2% ab, nachdem sie im

ersten Halbjahr vor allem aufgrund von Energiepreissteigerungen auf über 2% geklettert war. Die Kernrate, in der die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise nicht berücksichtigt sind, sank im ersten Halbjahr kontinuierlich und lag im Sommer bei 0,9%. Gleichzeitig gingen die Inflationserwar-

tungen weiter zurück. Auch die Renditen langfristiger Staatsanleihen sind in den vergangenen Monaten deutlich gesunken und deuten darauf hin, dass die Rentenmärkte von einer langen Periode niedriger Zinsen und niedriger Inflation ausgehen.

Das Federal Reserve Board (die Fed) hat auf die sich abzeichnende Verlangsamung der Konjunktur reagiert und angekündigt, den Leitzins weiterhin bei 0% bis 0,25% zu halten sowie die Rückführung der Maßnahmen der quantitativen Lockerung vorerst auszusetzen. Das bedeutet, dass sie Liquiditätszuflüsse aus auslaufenden Anleihen wieder in Staatsanleihen investiert, sodass das Volumen der von der Notenbank gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere auf dem derzeitigen Niveau von gut 2 000 Mrd. US-Dollar gehalten wird. Wenn dieses Vorgehen auch keine zusätzlichen positiven Impulse für die Konjunktur gibt, so verhindert die Fed mit dieser Änderung ihrer Politik einen Aufwärtsdruck auf die Renditen.

Trotz der sich abschwächenden Dynamik der US-Konjunktur sind aufgrund des Rekorddefizits (über 9% im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) und des hohen Schuldenstands (über 90%) keine finanzpolitischen Stimuli zu erwarten. Allenfalls die befristeten Steuersenkungen, die planmäßig zum Ende des Jahres auslaufen, dürften zumindest teilweise verlängert werden. Das derzeit diskutierte zusätzliche Infrastrukturprogramm würde lediglich einen geringen Teil der entfallenden Impulse ausgleichen. Das Volumen der Maßnahmen im Rahmen des im Jahr 2009 beschlossenen Konjunkturpakets wird im zweiten Halbjahr 2010 deutlich abnehmen und damit weniger stützen als bisher. Die Defizitquote dürfte sich von 9,9% im Fiskaljahr 2009 (Oktober 2008 bis September 2009) auf 9,3% im laufenden Jahr verringern. Für das Fiskaljahr 2011 ist ein Rückgang der Defizitquote um etwa zwei Prozentpunkte zu erwarten.

Insgesamt sind größere stimulierende Impulse von Seiten der Wirtschaftspolitik für den Prognosezeitraum kaum zu erwarten. Zudem dürfte die Konjunktur keine größere Eigendynamik entfalten, sondern nur wenig aufwärtsgerichtet sein. Wichtige Indikatoren wie das von der Universität Michigan veröffentlichte Konsumentenvertrauen oder der Einkaufsmanagerindex deuten darauf hin, dass sich das Expansionstempo im dritten Quartal sogar nochmals verlangsamt hat. Auch gibt es jüngst Zeichen dafür, dass sich die Situation auf dem Arbeits- und am Immobilienmarkt wieder etwas verschlechtert. Eine neuerliche rezessive Phase ist aber nicht das wahrscheinlichste Szenario. So stimmt vorsichtig

optimistisch, dass die privaten Haushalte mit der Konsolidierung ihrer Vermögenspositionen schon ein Stück weit vorangekommen sind: Im zweiten Quartal lag ihre Verschuldung um 6,5% niedriger als auf ihrem Höchststand vom Herbst 2008,¹ und ihre Sparquote ist mit 6% vier Prozentpunkte höher als Ende 2007.

Tabelle 1:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2009	2010	2011
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	-2,6	2,6	1,9
Inlandsnachfrage	-3,6	3,0	1,9
Privater Verbrauch	-1,2	1,4	1,4
Staatsverbrauch	1,6	1,0	1,4
Anlageninvestitionen	-18,3	4,0	4,4
Vorratsveränderungen ^a	0,5	1,4	0,1
Außenbeitrag	1,0	-0,6	-0,1
Exporte	-9,5	11,5	8,8
Importe	-13,8	12,6	7,3
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise	-0,4	1,6	1,0
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote	9,3	9,8	9,4
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Budgetsaldo ^b	-9,9	-9,3	-7,2

^a Wachstumsbeitrag. – ^b Bund, Fiskaljahr.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; ab 2010: eigene Prognose.

Alles in allem erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 2010 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,6% und eine Arbeitslosenquote von 9,8% (Tabelle 1). Im kommenden Jahr wird sich das Expansionstempo im Jahresverlauf zwar steigern, wobei die Impulse hauptsächlich von Seiten der Investitionen und des Außenhandels kommen; im Jahresdurchschnitt dürfte die Produktion aber um nur knapp 2% zulegen und die Arbeitslosenquote nur leicht auf 9,4% zurückgehen. Aufgrund der deutlich unterausgelasteten Kapazitäten im gesamten Prognosezeitraum rechnen wir damit, dass sich der Preisauftrieb leicht abschwächen wird. Nach einer jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von 1,6% für dieses Jahr werden die Verbraucherpreise im Jahr 2011 voraussichtlich um nur 1% zulegen.

¹ FEDERAL RESERVE BANK OF NEW YORK: Quarterly Report on Household Debt and Credit, August 2010.

Asien: Aufschwung kommt in ruhigere Bahnen

In Asien hat sich die fast überall ausgesprochen hohe konjunkturelle Dynamik vom Frühjahr im Sommer etwas abgeschwächt. Das gilt besonders für China und Japan, also die beiden großen Volkswirtschaften der Region. In China war es der Wirtschaftspolitik schon Mitte des vergangenen Jahres gelungen, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beleben: Die Geschäftsbanken wurden veranlasst, in großem Umfang Kredite zur Finanzierung von Investitionen zu vergeben, mit besonderem Schwerpunkt auf der kommunalen Infrastruktur. Seit dem Frühjahr dieses Jahres haben dämpfende Maßnahmen wie die Erhöhung der Mindestreservesätze für Banken zu einer Beruhigung der Investitionstätigkeit gesorgt, denn die Wirtschaft drohte zu überhitzen, und es besteht der Verdacht, dass ein Großteil der Kredite für nicht rentable Projekte verwendet wurde. Ein Risikofaktor ist auch der starke Anstieg der Häuserpreise in den Metropolen. Um Preisblasen zu verhindern, wurden die Auflagen für Immobilienkredite verschärft. Die dämpfenden Maßnahmen werden zwar zu einer Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion führen. Ein regelrechter Abschwung scheint aber auch deshalb gegenwärtig unwahrscheinlich, weil der private Konsum in China mittlerweile robust zunimmt. Dabei spielt auch eine Rolle, dass es den Arbeitnehmern wegen zunehmend spürbarer Knappheit des Faktors Arbeit zu gelingen scheint, ihre Verteilungsposition nach und nach zu verbessern. Alles in allem rechnen wir für China (einschließlich Hongkongs) mit einem Produktionszuwachs von 9,5% für dieses Jahr und 8,5% im Jahr 2011.

Japan hat als Volkswirtschaft mit starken Exportindustrien – ähnlich Deutschland – erst unter dem Einbruch des Welthandels stark gelitten und dann im vergangenen Winterhalbjahr von der Belebung der Nachfrage aus den benachbarten Schwellenländern besonders profitiert. Die Binnennachfrage expandierte aber nur mäßig, und im zweiten Quartal stagnierte sie gar. Zugleich hat sich die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt der japanischen Produzenten durch die Aufwertung des Yen seit dem Frühjahr (um real effektiv rund 5%) verschlechtert. Die Wirtschaftspolitik hat kaum Möglichkeiten, auf herkömmliche Weise die Konjunktur anzukurbeln. Das Zinsniveau für Staatstitel liegt gegenwärtig – unabhängig von der Fristigkeit – unter 1%, und die hohen Staatsschulden (rund 220% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sowie die beträchtliche Defizitquote (knapp 10%)

lassen einen strikten Konsolidierungskurs geboten erscheinen, auch angesichts der ungünstigen demographischen Entwicklung. Die Konjunktur in Japan wird auch weiterhin auf Impulse von den benachbarten Wachstumszentren angewiesen sein. In diesem Jahr expandiert die Produktion in Japan nach unserer Einschätzung mit 2,8%, im Jahr 2011 mit 1,5%. Die Verbraucherpreise sinken 2010 um etwa 1%, im Jahr darauf um knapp ½%.

Konjunktur in der Europäischen Union

Divergenzen im Euroraum haben sich verschärft

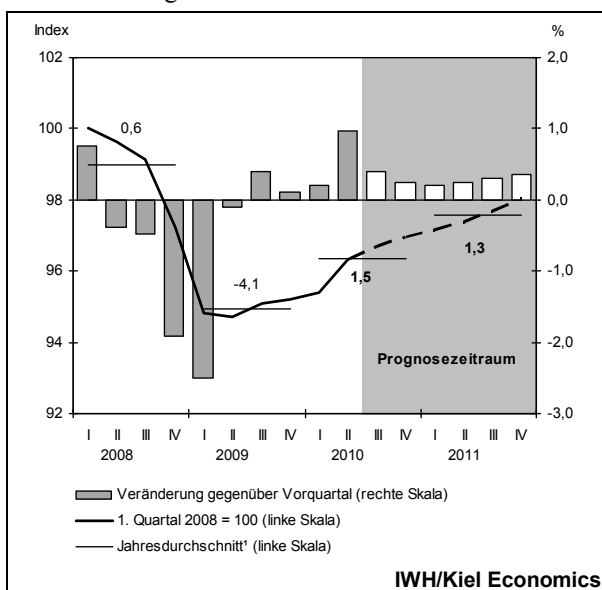
Die Konjunktur im Euroraum hat im Lauf des ersten Halbjahres 2010 erheblich an Fahrt gewonnen (Abbildung 3). Die Produktion stieg im zweiten Quartal um 1%, nach zuvor 0,2%. Während am Anfang des Jahres ein Produktionszuwachs nur aufgrund höherer Lagerinvestitionen zustande kam, ging er im zweiten Quartal vor allem auf kräftig steigende Anlageinvestitionen zurück. Dabei spielte eine Rolle, dass das Baugewerbe Produktionsausfälle aufgrund des in vielen Gegenden kalten Winters wettmachte. Aber auch der private Konsum belebte sich. Allerdings verbirgt sich hinter diesem Bild ein zunehmendes Gefälle in der konjunkturellen Dynamik zwischen den einzelnen Partnerländern. In Deutschland scheint sich ein kräftiger Aufschwung zu entwickeln, von dem besonders die kleineren Nachbarländer Niederlande und Österreich profitieren. Während die deutsche Produktion zuletzt um 2,2% zunahm, war die konjunkturelle Dynamik in Frankreich und Italien (mit einem Zuwachs von 0,6 bzw. 0,4%) mäßig, in Spanien (0,2%) schwach. Griechenland befindet sich in einer Stabilisierungskrise, die Produktion schrumpft dort weiter.

Die Beschäftigung ist im ersten Halbjahr in etwa konstant geblieben. Seit März liegt die Arbeitslosenquote bei 10%. Auch hier schlagen sich die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Konjunkturerholung nieder: Während die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland kräftig sank, stieg sie in Spanien seit Jahresbeginn um einen weiteren Prozentpunkt auf 20% im Juni.

Die Verbraucherpreise im Euroraum lagen im August um 1,6% höher als ein Jahr zuvor. Ein erheblicher Teil dieses recht geringen Anstiegs ist darauf zurückzuführen, dass der Ölpreis höher ist und der Euro schwächer notiert als vor Jahresfrist. Die Kernrate (Verbraucherpreise ohne Energie und

Nahrungsmittel) liegt seit einem Jahr bei etwa 1%. Auch hier gibt es bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Ländern: Dort wo rigorose Konsolidierungsprogramme schon in diesem Jahr umgesetzt werden, trägt die Erhöhung von Mehrwertsteuersätzen und administrierten Preisen zu höheren Inflationsraten bei; sie liegen etwa in Spanien bei knapp 2% und in Griechenland gar bei 5½%. Damit verschlechtert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, etwa in der Tourismusbranche, erneut. Die Ausnahme ist Irland, wo das Preisniveau seit Anfang vergangenen Jahres sinkt.

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen; ab 3. Quartal 2010: eigene Prognose.

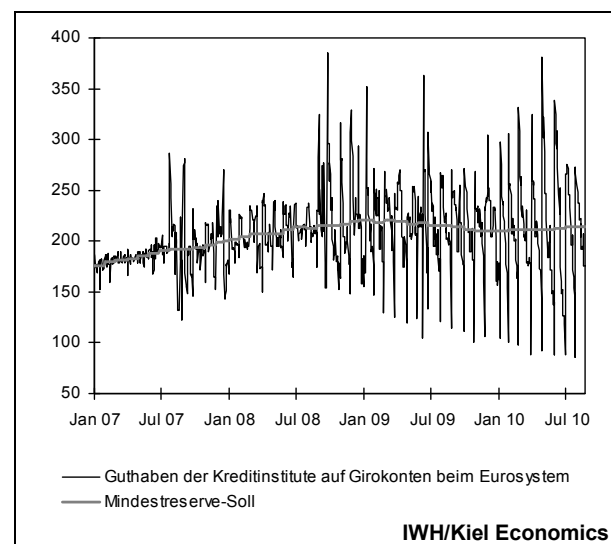
Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum günstig, aber Interbankenmarkt weiterhin angespannt

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Leit-zins seit dem Frühjahr unverändert auf dem niedrigen Niveau von 1% belassen. Jedoch ist der Tagesgeldsatz (Eonia) seit März um sechs Basispunkte auf durchschnittlich 0,38% im August gestiegen. Die längerfristigen Geldmarktzinsen zogen ebenfalls leicht an. So lag der durchschnittliche Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) im August bei 0,9%, für besichertes Dreimonatsgeld lag der Zins (Eurepo) 40 Basispunkte darunter.

Die EZB hat dem Markt mit der Fälligkeit ihres ersten Zwölfmonatstenders am 1. Juli dieses Jahres

442 Milliarden Euro entzogen; die Geldbasis als Summe der monetären Verbindlichkeiten des Eurosystems sank in dem Monat hingegen nur um etwa 50 Milliarden auf 1258 Milliarden Euro. Zwischen März und Juli kam es zu einer leichten Entspannung der Lage der Banken. So verringerte sich die Volatilität der Guthaben der Kreditinstitute beim Eurosystem etwas (Abbildung 4). Auch die Versicherungsprämien für Ausfälle von Bankschulden sanken vorübergehend um 70 Basispunkte. Zuletzt stiegen diese aber wieder etwas. Die von den Kreditinstituten noch immer im beträchtlichen Umfang gehaltenen Überschussreserven deuten ebenfalls darauf hin, dass das Vertrauen gegenüber und unter den Banken noch nicht wieder hergestellt ist. Dies dürfte insbesondere auf die Schuldenproblematik einiger Euroraum-Länder zurückzuführen sein.

Abbildung 4:
Tägliche Liquiditätsbedingungen im Euroraum
- in Mrd. Euro -



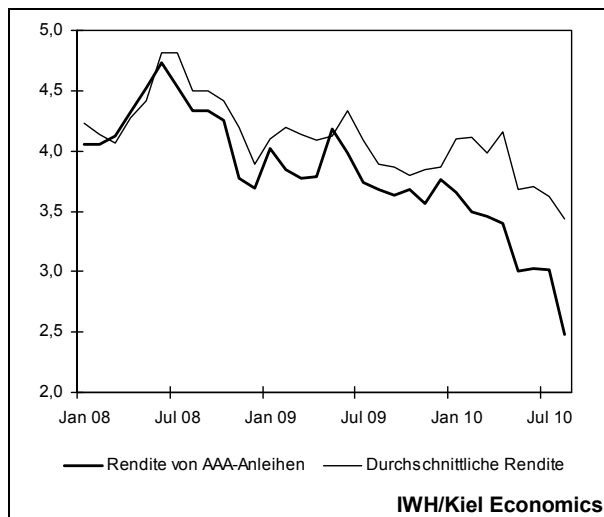
Quellen: Europäische Zentralbank; eigene Darstellung.

Die Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren im Euroraum sind seit März um 50 Basispunkte gesunken und lagen im August bei durchschnittlich 3,6%. Dieser Rückgang ging mit einer leichten Abflachung der zeitlichen Zinsstruktur einher. Allerdings sind die Renditeunterschiede für Anleihen von Staaten mit unterschiedlicher Bonität über die vergangenen Monate nach wie vor beträchtlich (Abbildung 5).

Die Bedingungen für die Finanzierung nichtfinanzieller Unternehmen an den Kapitalmärkten haben sich leicht verbessert. So sind die Umlaufrenditen von Unternehmensanleihen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr in den vergangenen

Monaten weiter gesunken. Für Schuldner mit höchster Bonität (AAA) lagen sie im August mit durchschnittlich 2,3% um 0,6 Prozentpunkte niedriger als im März dieses Jahres. Für Schuldner mittlerer Bonität (BBB) lag die Umlaufrendite zuletzt mit 3,2% um 0,3 Prozentpunkte unter dem Stand von März 2010.

Abbildung 5:
Umlaufrendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren
- in % -



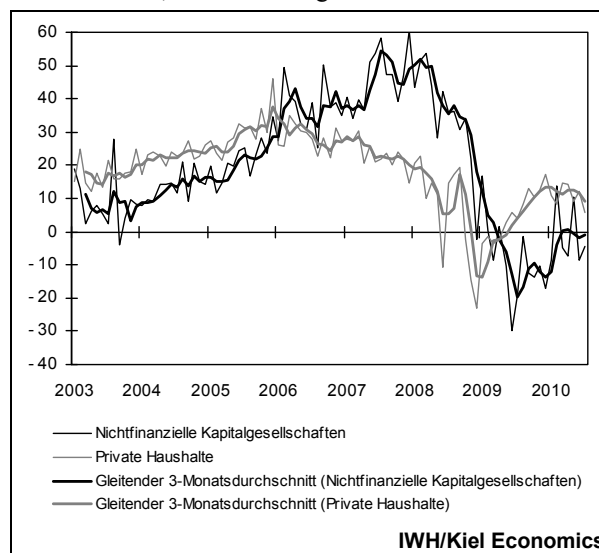
Quellen: Europäische Zentralbank; eigene Darstellung.

Der Rückgang des Kreditneugeschäfts der Banken mit dem privaten Sektor ist mit 0,8% im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahr weniger stark gewesen als im Vorquartal (-1,5%). Jedoch ist die Veränderung der Kredite an Unternehmen und an private Haushalte weiterhin sehr unterschiedlich (Abbildung 6). Die Kreditforderungen an private Haushalte wurden vor allem durch die nach wie vor stabile Ausweitung der Wohnungsbaukredite gestützt; jedoch nahmen sie zuletzt etwas gedämpfter zu als noch im Frühjahr. Hingegen nahmen die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen weiter ab, wenn auch weniger stark. Die Ergebnisse der jüngsten Umfrage unter den Banken im Eurosystem (Bank Lending Survey) zeigen, dass die Kreditvergabebedingungen europäischer Banken an Unternehmen im zweiten Quartal per Saldo nochmals leicht verschärft wurden.

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar hat sich von seinem vorübergehenden Tiefpunkt im Juni 2010 wieder erholt. Er ist von 1,20 Euro/Dollar auf zuletzt knapp 1,30 Euro/Dollar gestiegen und liegt wieder auf dem Niveau vom Frühjahr. Der gewichtete Wechselkurs des Euro gegen-

über den wichtigsten Handelspartnern des Euroraums ist hingegen bis zur Jahresmitte weiter gefallen. Der reale effektive Wechselkurs (gemessen gegenüber 41 Partnerländern) lag im Juli auf dem niedrigen Niveau vom Dezember 2002.

Abbildung 6:
Transaktionsbedingte Veränderungen der Kreditbestände im Euroraum
- in Mrd. Euro, saisonbereinigt -



Quellen: Europäische Zentralbank; eigene Berechnungen.

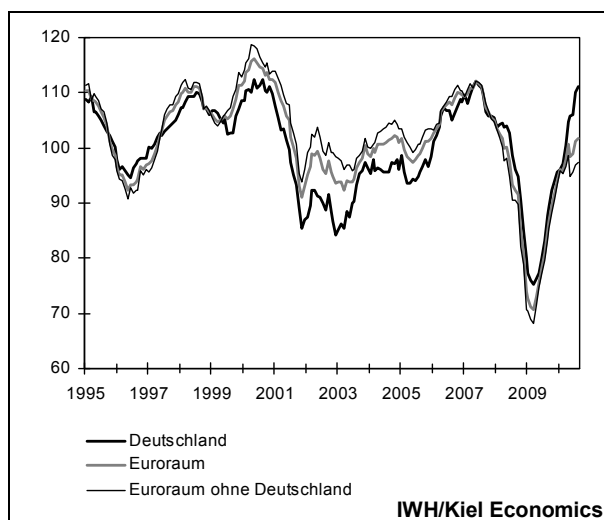
Verhangener Ausblick für den Euroraum

Der Produktionsanstieg im Euroraum war im zweiten Quartal nicht zuletzt wetterbedingt überzeichnet. Die Grundtendenz der konjunkturellen Dynamik ist deutlich niedriger: Der Stimmungsindikator der Europäischen Kommission verbesserte sich im Sommer nur zögerlich und liegt nach wie vor auf mäßigem Niveau. Er hat für Deutschland in den vergangenen Monaten deutlich stärker zugelegt als für den übrigen Euroraum (Abbildung 7).

Zu Beginn des kommenden Jahres schwächt sich die Konjunktur im Euroraum wohl weiter ab. Maßgeblich hierfür sind die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen. Insbesondere in den Defizitländern werden die drastischen Sparmaßnahmen die Nachfrage weiter dämpfen. Vor allem in Irland und in Spanien belasten darüber hinaus die Verschuldung der privaten Haushalte und Probleme auf den Immobilienmärkten die Konjunktur. Das sehr niedrige Niveau der Leitzinsen wird deshalb die Investitionstätigkeit dort nicht in dem ansonsten zu erwartenden Umfang stimulieren. Mit kräftigen außenwirtschaftlichen Impulsen ist nicht zu rechnen, denn die Konjunktur in der übrigen Welt verlang-

samt sich, und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer ist bisher nur im Fall Irlands in Gang gekommen. Zwar sind in den südlichen Defizitländern jüngst einige Arbeitsmarktreformen verabschiedet worden, sie werden sich aber erst in einiger Zukunft auszahlen. Gegenwärtig kann die Reformpolitik die Stimmung nur über die Aussicht auf mittelfristig verbesserte Angebotsbedingungen aufhellen.

Abbildung 7:
Indikator des wirtschaftlichen Klimas im Euroraum



Quellen: DG EcFin; eigene Berechnungen.

Insgesamt rechnen wir für das laufende Jahr mit einer durchschnittlichen Zunahme der Produktion im Euroraum von 1,5% und für 2011 mit 1,3% (Tabelle 2). Deutschland ausgenommen wird der Produktionsanstieg 0,7% im Jahr 2010 und 0,9% im Jahr 2011 betragen. Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt mit 1,6% in diesem und 1,4% im nächsten Jahr niedrig.

Großbritannien: Scharfer Konsolidierungskurs

Großbritannien ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart getroffen worden: Der Finanzsektor ist für das Land von besonderer Bedeutung, eine Immobilienblase ist geplatzt, und die Verschuldung der privaten Haushalte (gut 100% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sowie das Budgetdefizit (etwa 11%) sind besonders hoch. Zwar expandiert auch die britische Wirtschaft seit Herbst vergangenen Jahres wieder, zuletzt sogar erheblich beschleunigt. Die Erholung steht jedoch nach wie vor auf wackeligen Beinen. Ein Großteil des Zuwachses ging auf einen Lageraufbau zurück, während die Anlageinvestitionen sanken. Die pri-

Tabelle 2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2009	2010	2011
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	-4,1	1,5	1,3
Private Konsumausgaben	-1,1	0,8	0,8
Staatskonsum	2,4	1,0	0,2
Anlageinvestitionen	-11,3	-0,4	1,7
Inländische Verwendung	-3,3	-0,4	1,7
Exporte ^a	-13,1	10,8	9,0
Importe ^a	-11,7	10,5	7,4
Außenbeitrag	-0,8	0,3	0,6
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise	0,3	1,6	1,4
Lohnstückkosten ^b	3,8	0,0	0,2
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^c	9,4	9,8	9,8
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Budgetsaldo	-6,3	-6,4	-5,6
Leistungsbilanzsaldo	-0,6	-0,5	-0,2

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten. – ^c Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Zentralbank; eigene Berechnungen; ab 2010: eigene Prognose.

vaten Haushalte tätigten zwar deutlich mehr Konsumausgaben, aber seit März geht das Konsumentenvertrauen in der Tendenz wieder zurück. Der Außenhandel hat trotz der kräftigen Abwertung des Pfundes seit Ausbruch der Krise bis zuletzt nicht zum Produktionszuwachs beigetragen. Die Umlenkung der Ressourcen in die Produktion handelbarer Güter, die durch den Fall der Währung ertragreicher geworden ist, braucht offensichtlich viel Zeit.

Die neue Regierung hat im Juni einen Konsolidierungsplan verkündet, der eine Rückführung des konjunkturbereinigten Defizits um jährlich etwa einhalb Prozentpunkte relativ zum Bruttoinlandsprodukt vorsieht. Die Konsolidierung soll vor allem auf Ausgabenkürzungen beruhen, im Januar 2011 wird aber auch die Mehrwertsteuer um 2,5 Prozentpunkte erhöht werden. Angesichts solch drastischer Restriktionen von Seiten der Finanzpolitik steht zu erwarten, dass die Bank von England ihre sehr expansive Politik trotz gegenwärtig recht hoher Inflationsraten² bis auf weiteres fortsetzen kann. Für eine weitere, wenn auch stockende, Erholung der

² Die hohe Verbraucherpreis-inflation von zuletzt 3,1% ist auch auf die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer von 15% auf 17,5% Anfang 2010 zurückzuführen.

britischen Wirtschaft im zweiten Halbjahr dieses Jahres und im Jahr 2011 sprechen auch die Stabilisierung der Preise auf den Immobilienmärkten und Anzeichen für Gesundungsprozesse im Finanzsektor. Dort haben sich nämlich Erträge und Eigenkapitalquoten in diesem Jahr deutlich verbessert. Wir rechnen mit einem Produktionszuwachs von 1,6% in diesem Jahr und von 1,7% im Jahr 2011. Die Verbraucherpreise dürften dieses Jahr um 3% und nächstes Jahr um knapp 2½% steigen.

Unterschiedlich ausgeprägter Erholungskurs in den mittel- und osteuropäischen Ländern

Die Konjunkturaussichten in Mittel- und Osteuropa haben sich zuletzt aufgehellt, wenngleich das Bild nach wie vor sehr uneinheitlich ist. Die begonnene Erholung im Vorjahr hat sich stabilisiert und an Breite gewonnen. In Polen setzt sich die im Krisenjahr 2009 erstaunlich robuste Konjunktur fort. Aber auch in der Slowakei und in der Tschechischen Republik wird die Produktion in diesem Jahr wieder zunehmen; in Estland und Litauen zeichnet sich ein Ende der Rezession ab. Die auffallend positive Entwicklung in Estland, dem einzigen Land in Mittel- und Osteuropa mit soliden öffentlichen Haushalten, wird der Euroeinführung zum Januar 2011 zugeschrieben, die auf Investoren, Konsumenten und Finanzmarktteilnehmer vertrauensbildend wirkt. Selbst in Lettland, wo der wirtschaftliche Einbruch zuvor besonders stark ausgefallen war, verlangsamte sich der Produktionsrückgang zuletzt deutlich. In Ungarn stagnierte die Produktion, während sie in Bulgarien und Rumänien weiter sank.

Positive Impulse für die Konjunktur kamen vor allem von der anziehenden Auslandsnachfrage, die sich stimulierend auf die Industrieproduktion und die Exporte auswirkte, unterstützt von der Abwertungstendenz der flexiblen Wechselkurse. Die Wettbewerbsposition der Region hat sich dadurch gegenüber Drittländern (Asien, Lateinamerika) verbessert. Die Inlandsnachfrage hingegen, die im vergangenen Jahr (mit Ausnahme Polens) regelrecht eingebrochen war, wird sich im Prognosezeitraum nur schwach entwickeln, da die Investitionsnachfrage vielfach rückläufig bleibt, und der private Konsum durch die fiskalischen Sparprogramme sowie die verbreitet gestiegene Arbeitslosigkeit gedämpft wird.

Die Inflation hat sich nach einem starken Rückgang im vergangenen Jahr zuletzt wieder leicht beschleunigt, liegt aber aktuell zumeist noch auf niedrigem Niveau. Die Geldpolitik wurde in den Ländern

überwiegend gelockert. Dort, wo die Zentralbanken ein Inflationsziel anstreben, wurden umfangreiche Leitzinssenkungen vorgenommen, in Ungarn und Rumänien mit vergleichsweise hohen Inflationsraten allerdings erst zu Beginn dieses Jahres. Die Budgetdefizite werden in den mittel- und osteuropäischen Ländern bis auf Estland und Bulgarien auch in diesem Jahr die 3%-Grenze überschreiten. Die Handlungsspielräume von Geld- und Finanzpolitik sind gering.

Angesichts der binnenwirtschaftlich trüben Aussichten wird für die wirtschaftliche Erholung im Prognosezeitraum der Konjunkturverlauf in den Handelspartnerländern ausschlaggebend sein. Insbesondere Deutschland spielt dabei für die Region eine große Rolle, namentlich für die Slowakei, die ein Vorreiter der wirtschaftlichen Erholung ist. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt der Region nach einem Rückgang im vergangenen Jahr 2010 um etwa 1,4% und 2011 um etwa 2,5% zulegen.

Der größte Risikofaktor für diese Prognose einer allmählichen Erholung der Region ist die Möglichkeit des erneuten Ausbruchs einer Schuldenkrise, besonders in Ungarn. Belastend wirkt dort die Abwertung des Forint gegenüber dem Schweizer Franken (um 20% seit Jahresbeginn), auf den ein großer Teil der ungarischen Hypothekenkredite lautet. Zudem stocken die Verhandlungen um eine Verlängerung des Beistandkreditabkommens mit dem IWF und der Europäischen Union.

Deutsche Konjunktur

Erholung der Konjunktur zunehmend von Binnenkräften getragen

Der Anstieg der Produktion in Deutschland hat sich in der ersten Jahreshälfte 2010 deutlich beschleunigt. Dazu haben vor allem das Verarbeitende Gewerbe sowie – nach den ungünstigen Bedingungen im Winter – der Bau beigetragen. Darüber hinaus erholte sich der Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr überdurchschnittlich kräftig, in etwas geringerem Maße legten auch die Unternehmensdienstleister zu. Insgesamt ist die reale Bruttowertschöpfung im ersten Vierteljahr um 1,4% und im zweiten um 1,7% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt legte im ersten Quartal um 0,5% und im zweiten Quartal um 2,2% gegenüber dem Vorquartal zu, sodass es jetzt nur noch etwa 3% unter seinem

Tabelle 3:
 Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a
 - Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal -

	2008				2009				2010				2011			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,8	-0,9	0,7	-0,3	0,3	0,3	-1,0	-0,2	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,0	0,4	0,4	0,6
Öffentlicher Konsum	0,4	1,1	0,2	0,8	1,1	0,6	0,8	-0,3	2,0	0,4	0,7	1,2	-0,1	-0,6	0,6	0,4
Ausrüstungen	-0,9	-0,5	1,2	-3,4	-19,3	-2,7	0,8	-1,4	4,4	4,4	1,5	4,0	-0,5	1,3	2,0	2,0
Bauten	5,4	-5,5	-0,5	-0,6	0,9	-0,2	0,5	-0,7	-0,7	5,2	0,9	1,5	-0,9	-0,9	-0,7	-0,7
Sonstige Anlagen	-0,2	2,5	1,9	1,4	0,1	1,4	2,5	2,0	0,2	1,7	1,5	2,0	1,0	1,0	1,5	2,0
Vorratsinvestitionen ^b	0,5	-0,4	0,2	-0,2	0,1	-1	1,4	-1,3	1,0	0,1	0,0	-0,3	0,4	0,2	0,0	-0,1
Inländische Verwendung	1,6	-1,3	0,8	-0,5	-1,0	-0,9	1,1	-1,6	1,7	1,5	0,6	0,6	0,2	0,3	0,5	0,5
Außenbeitrag ^b	-0,1	0,4	-1,1	-1,7	-2,5	1,3	-0,4	1,9	-1,1	0,8	0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,4	-0,1	-0,1	-7,4	-10,2	-1,4	3,2	2,7	3,1	8,2	1,8	1,1	1,1	1,3	1,4	1,5
Importe	1,9	-1,3	2,8	-4,5	-5,4	-4,8	4,4	-1,8	6,7	7,0	1,6	1,4	1,1	1,5	1,6	1,7
Bruttoinlandsprodukt	1,4	-0,7	-0,4	-2,2	-3,4	0,5	0,7	0,3	0,5	2,2	0,8	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4

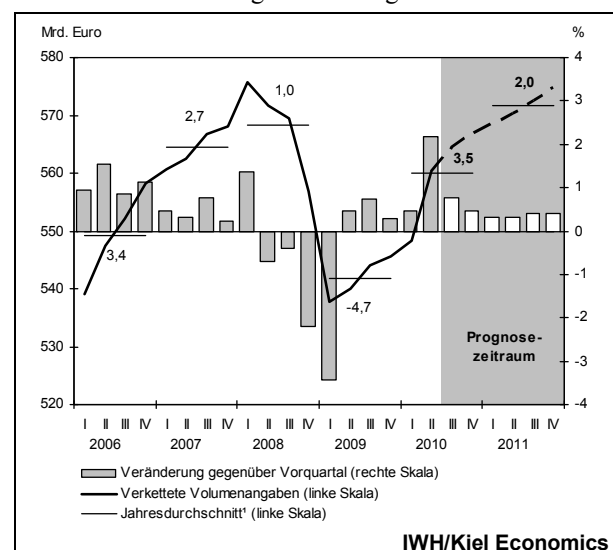
^a Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2010: eigene Prognose.

Höchstwert von vor der Krise liegt.³ Die Auswertung von etwa 120 Frühindikatoren für die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes im laufenden und im kommenden Quartal deutet darauf hin, dass sich die konjunkturelle Dynamik zwar etwas abschwächen wird;⁴ die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsproduktes dürften aber auch im dritten und vierten Quartal deutlich über dem Wachstum des Produktionspotenzials liegen (Tabelle 3, Abbildung 8). Insgesamt dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um 3,5% gegenüber 2009 zulegen (Tabelle 4).

Die Wiederbelebung des Welthandels hat die Erholung der deutschen Wirtschaft kräftig angestoßen. Insbesondere aufgrund der dynamischen Entwicklung in den Schwellenländern werden die deutschen Exporte einen Großteil ihrer Einbußen am Ende dieses Jahres wettgemacht haben. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels dürfte etwa 1,2 Prozentpunkte betragen (Tabelle 5).

Abbildung 8:
 Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 - Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen; ab 3. Quartal 2010: eigene Prognose.

³ Die Abweichung in den Wachstumsraten zwischen Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt ergeben sich aus Veränderungen im Saldo der Gütersteuern und -subventionen.

⁴ Zur Methodik der Auswertung der Frühindikatoren siehe DRECHSEL, K.; SCHEUFELE, R.: Should We Trust in Leading Indicators? Evidence from the Recent Recession. IWH Discussion Paper 10/2010.

Nunmehr nimmt auch die Binnenkonjunktur in Deutschland an Fahrt auf. Der Anstieg des privaten Konsums bleibt zwar in diesem Jahr noch schwach, auch weil es Basiseffekte aufgrund finanzpolitischer Maßnahmen aus dem Vorjahr gab. Der Staatskonsum und die Investitionen liefern aber kräftige Impulse. Dies ist teilweise auf das Wirksamwerden

Tabelle 4:
Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
- in % bzw. Prozentpunkten -

Position	2009	2010	2011
Statistischer Überhang ^a	-2,0	0,7	1,2
Jahresverlaufsrate ^b	-2,0	3,9	1,4
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	-4,7	3,3	2,1
Kalendereffekt ^c	-0,05	0,12	-0,06
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	-4,7	3,5	2,0

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2010: eigene Prognose.

Tabelle 5:
Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2009	2010	2011
Konsumausgaben	0,4	0,7	1,0
Private Konsumausgaben	-0,1	0,1	0,7
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,7	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-1,9	1,0	0,5
Ausrüstungen	-1,8	0,6	0,4
Bauten	-0,1	0,4	0,0
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,3	0,5	0,3
Inländische Verwendung	-1,8	2,3	1,8
Außenbeitrag	-2,9	1,2	0,2
Exporte	-6,8	6,0	3,1
Importe	3,9	-4,8	-2,9
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	3,5	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2010: eigene Prognose.

von Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen, insbesondere bei den Bauten, zurückzuführen. Daneben dürften die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der besseren konjunkturellen Aussichten kräftig zunehmen. Der Wachstumsbeitrag der Inländischen Verwendung wird wohl 2,3 Prozentpunkte betragen.

Diese positive konjunkturelle Entwicklung strahlt auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die Beschäftigung wird weiter zunehmen, und die Arbeitslosigkeit dürfte – noch durch den rückläufigen Trend bei den Erwerbspersonen verstärkt – abnehmen. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird die Arbeitslosenquote 7,4% betragen.

Für das kommende Jahr erwarten wir eine weitere zügige Erholung der Konjunktur; die vorliegende

Prognose impliziert, dass die Produktionslücke bereits im Verlauf des Jahres 2011 geschlossen werden wird. Dies bedeutet, dass sich Deutschland von der konjunkturellen Entwicklung in anderen großen Industrieländern wie den USA und dem übrigen Euroraum absetzen wird. Ein zentraler Bestandteil unserer Prognose ist, dass die Beschäftigung weiter kräftig steigt und die Arbeitslosenquote 2011 auf jahresdurchschnittlich 6,6% sinkt. Diese Einschätzung basiert auf der Annahme, dass sich die Lohnentwicklung an Produktivität und Preisentwicklung orientiert und unverhältnismäßig hohe Lohnabschlüsse ausbleiben. Die unter dieser Annahme relativ günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die weiterhin gute preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und niedrige Zinsen begünstigen die Konjunktur in Deutschland. Infolgedessen dürften im kommenden Jahr sowohl der private Konsum als auch die Ausrüstungsinvestitionen erheblich zum Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes von voraussichtlich 2% beitragen. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird hingegen wohl abnehmen, weil die Nachfrage nach Exporten aus Deutschland sowohl aufgrund der sich abschwächenden weltweiten konjunkturellen Dynamik als auch aufgrund einer sich anbahnenden Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit weniger stark zunehmen wird als in diesem Jahr. Gleichzeitig dürften die Importe im Gleichschritt mit der Binnennachfrage zunehmen. Der Außenbeitrag in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte sich allerdings nur langsam abbauen.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Für diese Prognose wird unterstellt, dass der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ab dem dritten Quartal 2010 bei 1,30 liegt. Der Ölpreis (Brent) wird in den Jahren 2010 und 2011 bei 76 US-Dollar pro Barrel verharren. Der Weltmarkt dürfte im Jahr 2010 um 11% und im nächsten Jahr um 6,5% zunehmen. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich im vergangenen halben Jahr deutlich verbessert, wird sich aber tendenziell verschlechtern.

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen in Deutschland blieben trotz der Schuldenkrise in einigen Ländern des Euroraums in den vergangenen Monaten nahezu unverändert. Zwischen März und Juli 2010 sanken die Umlaufrenditen deutscher Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit von 3,1% auf 2,6%; dies entspricht der durchschnittlichen Verringerung der Umlaufrenditen im

Euroraum um 50 Basispunkte. Diese Verringerung der Zinsen spiegelt nicht zwangsläufig eine entsprechende Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für die deutsche Wirtschaft wider. So sind die durchschnittlichen Umlaufrenditen von Anleihen nichtfinanzieller Unternehmen in Deutschland seit März nur um 20 Basispunkte gesunken, nachdem sie im Gefolge der Vertrauens- und Schuldenkrise im Euroraum vorübergehend sogar leicht gestiegen waren. Der Netto-Absatz von Anleihen nichtfinanzieller Unternehmen ist seit März rückläufig, und seit Mai tilgten die Unternehmen ihre Verbindlichkeiten an den Kapitalmärkten per Saldo. Die Zinsen auf Bankkredite im Neugeschäft mit nichtfinanziellen Unternehmen geben kein einheitliches Bild ab. Während die Zinsen auf Kredite unter einer Million Euro und mit einer Laufzeit von über fünf Jahren um knapp 40 Basispunkte auf 3,8% sanken, blieben sie auf Kredite über einer Million Euro mit einer Zinsbindung von unter einem Jahr weitgehend unverändert. Da letztere jedoch den größten Anteil am Neugeschäft insgesamt haben, hat sich die Kreditfinanzierung nicht wesentlich verbilligt. Die kurzfristigen Ausreichun-

gen für Kredite bis zu einer Million Euro an nichtfinanzielle Unternehmen verringerten sich im Juli gegenüber März um 36%, während die Kredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren um 13% zunahmen. Zudem änderten sich die Kreditvergabe-standards in Deutschland laut Ergebnis des jüngsten Bank Lending Surveys nicht, für große Unternehmen wurden sie, wenn auch nur geringfügig, sogar weiter verschärft. Für die kommenden drei Monate gehen die Banken von einer leichten Lockerung der Standards aus.

Die Finanzpolitik stützt seit dem Jahr 2009 die konjunkturelle Entwicklung deutlich. Auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagierte die Politik mit großen fiskalischen Impulsen. Teilweise werden auch im Jahr 2011 noch solche Mittel verausgabt werden, insbesondere für Investitionen; das verbleibende Volumen ist aber vergleichsweise gering. Die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik läuft damit aus. Ab dem 1. Januar 2011 gilt in Deutschland die Schuldenbremse. Für die Finanzpolitik bedeutet dies, dass die strukturelle Defizitquote des Bundes bis zum Jahr 2016 auf 0,35% zurückgeführt werden muss. Auch einige Bundesländer, die ab dem kom-

Tabelle 6:

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen^a

- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber 2009 -

	2010	2011
Maßnahmen vor Sommer 2010 (einschließlich Konjunkturpakete)	-24,0	-20,3
Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen	4,4	
Neuberechnung der Regelsätze für Kinder beim ALG II		-0,5
Zukunftspaket		
Luftverkehrsteuergesetz		1,0
Energie- und Stromsteuergesetz		1,3
Insolvenzordnung		0,3
Elterngeld		0,7
Wegfall des befristeten Zuschlags beim Übergang von ALG in ALG II		0,2
Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld		0,1
Kernbrennstoffsteuer (netto)		1,5
Bahndividende		0,5
Änderungen im SGB II und III		2,0
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben		1,5
Verwaltungsausgaben		0,8
Stadtschloss		0,1
Erhöhung des gesetzlichen Beitragssatzes zur Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5% zum 01.01.2011		6,2
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 auf 3,0% zum 01.01.2011		2,1
Umsetzung von Einsparmaßnahmen im Gesundheitssektor		3,5
Summe	-19,6	1,5
<i>Nachrichtlich:</i>		
weiterer Zuschuss an die Gesetzliche Krankenversicherung		2,0
Wegfall der Erstattung einigungsbedingter Leistungen		0,3
Wegfall der Beiträge zur Rentenversicherung für die Bezieher von ALG II		1,9

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

menden Jahr Konsolidierungshilfen erhalten, werden mit dem Abbau ihrer Haushaltsdefizite beginnen müssen. Im Haushaltsbegleitgesetz 2011 hat die Bundesregierung Maßnahmen konkretisiert, die hierzu beitragen sollen. Weitere Eingriffe sind angekündigt, beispielsweise im Energiebereich. Zudem sind Änderungen bei der Bundesagentur für Arbeit geplant, die zu Einsparungen führen sollen und es gibt Pläne für den Gesundheitsbereich. In dieser Prognose wird angenommen, dass die Bundesregierung ihre Ankündigungen oder aber Maßnahmen in ähnlichem Umfang umsetzt. Damit schwenkt die Finanzpolitik ab dem Jahr 2011 auf einen deutlich restriktiven Kurs ein (Tabelle 6).

Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich weiter

Infolge des kräftigen Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im zweiten Quartal dieses Jahres weiter entspannt. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 81 000 bzw. 0,2% gegenüber dem Vorquartal zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im zweiten Quartal saisonbereinigt sogar um 161 000 Personen (0,6%), wobei auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten gegenüber dem Vorjahresquartal zugenommen hat (0,2%), nachdem sie in den vier Quartalen zuvor deutlich gesunken war. Allerdings nahm im gleichen Zeitraum die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 3,4% zu. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beträgt nunmehr 19,4%, nachdem er im vierten Quartal 2008 – dem Quartal mit dem höchsten Stand bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung während des vergangenen konjunkturellen Aufschwungs – noch bei 18,1% lag.

Das Arbeitsvolumen erhöhte sich im zweiten Quartal dieses Jahres das vierte Quartal in Folge. Mit 0,4% nahm es stärker zu als die Zahl der Erwerbstätigen, da die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen deutlich ausgeweitet wurde. Dies liegt zum einen an der kräftigen Verringerung der Zahl der Kurzarbeiter. So bezogen im Juni dieses Jahres nur noch 406 000 Personen konjunkturelles Kurzarbeitergeld. Dies waren 960 000 Personen weniger als vor einem Jahr.⁵ Zum anderen wurden in den

Unternehmen deutlich mehr Überstunden geleistet, und die Arbeitszeitkonten, die während der Krise deutlich abgeschmolzen waren, wurden wieder aufgefüllt.⁶ Zudem zeigt sich die Ausweitung von Vollzeitarbeitsplätzen. Insgesamt nimmt seit dem dritten Quartal vergangenen Jahres die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit eines Erwerbstätigen wieder zu.

Die Beschäftigungsentwicklung verlief in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Im stark exportabhängigen Verarbeitenden Gewerbe, in dem die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um 4,8% gegenüber dem Vorquartal zugenommen hat, ging die Zahl der Erwerbstätigen das siebente Quartal in Folge zurück und erreichte mit knapp 7,3 Millionen Personen den tiefsten Stand seit dem Jahr 1991. Allerdings wird die Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe unterschätzt, da gerade in diesem Bereich in großem Umfang Leiharbeiter eingesetzt werden. Diese zählen statistisch aber zum Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleister.⁷ Die Zahl der im Verarbeitenden Gewerbe geleisteten Arbeitsstunden hat zwar vor allem wegen des Rückgangs der Kurzarbeit zugenommen. Sie ist aber immer noch um knapp 10% niedriger als im vierten Quartal des Jahres 2007, dem Zeitraum mit dem höchsten Stand der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im vergangenen konjunkturellen Aufschwung. Trotz dieses drastischen Rückgangs des Arbeitseinsatzes lagen im zweiten Quartal dieses Jahres die – auf die Arbeitsstunde bezogenen – Lohnstückkosten noch um etwa zehn Prozentpunkte über dem Stand des vierten Quartals 2007. Dass der Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe angesichts dieser hohen Lohnkostenbelastung nicht noch stärker ausgefallen ist, liegt darin begründet, dass die Unternehmen wegen des im vergangenen konjunkturellen Aufschwungs spürbar gewordenen Fachkräftemangels bemüht waren, ihr qualifiziertes Personal über die Krise hinweg zu halten. Dies war vor allem deshalb möglich, weil während des vergangenen konjunkturellen Aufschwungs der Lohnkostenanstieg moderat war und die Unternehmen ihre Eigenkapitalbasis deutlich stärken konnten.

Der Beschäftigungsaufbau im tertiären Bereich hat den Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe mehr als kompensiert. Im Bereich der öffentlichen

⁵ Im Berichtsmonat April dieses Jahres wurde von der Bundesagentur für Arbeit die Kurzarbeiterstatistik umgestellt. Die hier genannten Zahlen beruhen auf dem neuen Statistikverfahren.

⁶ Vgl. IAB: Arbeitszeitrechnung (Stand: September 2010).

⁷ Die Zahl der Leiharbeiter betrug im zweiten Quartal dieses Jahres knapp 650 000 Personen. Dies waren nur 10% weniger als im dritten Quartal des Jahres 2008, als der bislang höchste Bestand an Leiharbeitern zu beobachten war.

Tabelle 7:
Übersicht über die Tarifabschlüsse in ausgewählten Branchen im Jahr 2010

Branche	Vereinbarung Tarifsteigerung	Einmalzahlungen	Nebenabreden	Laufzeit	Ursprüngliche Forderung
Bankgewerbe	1,6% ab 01/2011	300 Euro für 05/ bis 12/2010	Verlängerung der Öffnungsklausel zur Beschäftigungs- sicherung	10.06.2010 bis 29.02.2012	Angemessene Erhöhung
Chemische Industrie	0%	550 bis 715Euro bis 06/2010 + 260 Euro in Betrieben, die nicht wesentlich von der Krise betroffen sind	Vereinbarungen zur Beschäftigungs- sicherung	ab 01/ bis 04/2010 für dann 11 Monate	Angemessene Erhöhung
Metall- industrie	2,7% ab 04/2011 (+/-2 Monate)	320 Euro für 05/2010 bis 03/2011	TV „Zukunft der Arbeit“	18.02.2010 bis 31.12.2012	8%
Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden	1,2% ab 01/2010 0,6% ab 01/2011 0,5% ab 08/2011	240 Euro 01/2011	Leistungsentgelt 0,25%/Jahr bis 2013	15.12.2009 bis 29.02.2012	5%
Stahl- industrie ^a		Laufende Verhandlungen			6%

^a Angaben aus Pressemitteilungen.

Quelle: Tarifarchiv WSI.

und privaten Dienstleister, die überwiegend für regionale Märkte produzieren, wurde der Personalbestand weiter aufgestockt. So nahm im zweiten Quartal dieses Jahres die Zahl der Erwerbstätigen bei den unternehmensnahen Dienstleistern um 0,8% und bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern um 0,3% gegenüber dem Vorquartal zu. Besonders kräftig stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Bereichen Arbeitnehmerüberlassung (26,2%), im Gesundheits- und Sozialwesen (3,5%) sowie Erziehung und Unterricht (2,7%) gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei dürfte es sich zu einem beträchtlichen Teil um Teilzeitbeschäftigte handeln.⁸

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt saisonbereinigt bereits seit Mitte vergangenen Jahres. Hierbei spielt allerdings ein statistischer Sondereffekt eine Rolle: Im Zuge der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden arbeitslose Personen, die von privaten Vermittlern betreut werden, nicht mehr als arbeitslos gezählt. Doch auch bei Berücksichtigung dieser Problematik war im August 2010 die Zahl der Arbeitslosen den neunten Monat in Folge gesunken.

Während in der schweren Wirtschaftskrise die Tariflohnentwicklung noch von den relativ hohen

Tarifabschlüssen aus der Zeit davor profitierte, zeichnete sich bei den im Jahr 2009 getroffenen Abschlüssen eine starke Lohnzurückhaltung ab. Oft wurde auf Lohnsteigerungen verzichtet und dafür eine Beschäftigungssicherung vereinbart. Mit anziehender Konjunktur im ersten Halbjahr 2010 war zwar auch weiterhin der Aspekt der Beschäftigungssicherung ein wesentliches Element der Vereinbarungen, und die Anhebung der regelmäßigen Grundgehälter fiel insgesamt eher bescheiden aus (Tabelle 7). Jedoch wurden häufig Einmalzahlungen beschlossen, die kurzfristig zu einem kräftigen, aber nicht nachhaltigem Impuls auf die Tarifgehälter führten. Beispielsweise stiegen allein im zweiten Quartal 2010 durch die Einmalzahlungen die Tarifgehälter so, dass sie damit insgesamt um 2,1% höher als im Vorjahr lagen. Wird dieser Kurs weiterverfolgt, so dürften die Tarifgehälter in diesem Jahr um 1,9% und im nächsten Jahr um 1,8% steigen.

Auch die Effektivverdienste je Beschäftigten legten stärker zu als durch den Abbau der Kurzarbeit erklärt werden kann. Die Effektivverdienste je geleisteter Stunde stagnieren seit drei Quartalen in etwa. Sie waren zuvor durch den Abbau von Arbeitszeitkonten und Ausgleichszahlungen im Rahmen der Kurzarbeit stark gestiegen. Die Effektivverdienste je Beschäftigten dürften in diesem Jahr um 2% und 2011 um 1,7% steigen; je Stunde bedeutet dies eine Erhöhung von 0,4% in diesem und 1,6% im nächsten Jahr.

⁸ Vgl. auch: FUCHS, J.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; SPITZNAGEL, E.; WANGER, S.; ZIKA, G: Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar, in: IAB-Kurzbericht 3/2010, S. 2 f.

Im Prognosezeitraum wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern. Dafür spricht unter anderem die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots.⁹ Die Zahl der offenen Stellen stieg im zweiten Quartal um etwa 9% gegenüber dem Vorjahresquartal. Beim Stellenangebot auf dem ersten Arbeitsmarkt betrug die Zunahme sogar 14%. Die Zahl der Erwerbstätigen wird infolge der kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion und begünstigt durch die moderate Entwicklung der Arbeitskosten bis Ende dieses Jahres gegenüber dem ersten Quartal um 245 000 Personen (0,6%) und im Verlauf des nächsten Jahres um 225 000 (0,6%) Personen zunehmen. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen Anstieg um 101 000 Personen (0,3%) in diesem und um 319 000 Personen (0,8%) im nächsten Jahr. Dabei wird der Beschäftigungsaufbau getragen von einer Ausweitung der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit der Erwerbstätigen wird bis Ende dieses Jahres noch leicht zunehmen, da die Zahl der Kurzarbeiter weiter sinkt, die Arbeitnehmer wieder mehr Überstunden leisten und ihre Arbeitskonten auffüllen werden. Für das kommende Jahr wird erwartet, dass die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen – entsprechend dem langfristigen Trend – wieder leicht abnehmen wird. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird wegen des rückläufigen Arbeitsangebots stärker sinken als die Zahl der Erwerbstätigen zunimmt.¹⁰ Im Jahr 2010 werden im Durchschnitt 3,24 Millionen und im kommenden Jahr 2,87 Millionen Personen arbeitslos registriert sein. Die Arbeitslosenquote in Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird 7,4% in diesem und 6,6% im kommenden Jahr betragen.

Exporte fast wieder auf Vorkrisenniveau

Nach dem historischen Einbruch infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise befinden sich die deutschen Ausfuhren seit Herbst vergangenen Jahres in einem kräftigen Aufwärtstrend, der sich auch in den

zurückliegenden Monaten fortgesetzt hat. So erreichten die Warenexporte im zweiten Quartal 2010 den stärksten Zuwachs seit 20 Jahren und erhöhten sich im Vergleich zum Vorquartal um fast 9%. Die Lieferungen in die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) und nach Südostasien expandierten seit Ende 2009 teilweise gar mit zweistelligen Raten. Hier profitierte Deutschland von seiner vergleichsweise hohen Spezialisierung auf Investitionsgüter, die gerade von den aufstrebenden Schwellenländern besonders stark nachgefragt werden (Tabelle 8). Doch auch die Ausfuhren in einige mittel- und osteuropäische Länder und in die USA, die in der Rezession überdurchschnittlich eingebrochen waren, wurden im zurückliegenden Halbjahr aufgrund der dort anziehenden Binnen- nachfrage wieder kräftiger ausgeweitet. Dagegen legten die Lieferungen in die alten EU-Mitgliedstaaten nur unterdurchschnittlich zu. Aufgrund der deutlichen Erholung lagen die deutschen Exporte im zweiten Quartal 2010 nur noch geringfügig unterhalb des Vorkrisenniveaus im Frühjahr 2008. Dabei haben die asiatischen Absatzmärkte für die deutsche Exportwirtschaft während der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich an Bedeutung gewonnen, während der Anteil der meisten Industrieländer an der Nachfrage nach deutschen Exporten sank.

Im Prognosezeitraum wird sich die zuletzt hohe Exportdynamik nicht weiter fortsetzen. Zwar werden die Ausfuhren in die Schwellenländer, insbesondere aufgrund der anhaltenden Investitionsdynamik, auch weiterhin kräftig expandieren. Demgegenüber werden jedoch die Handelspartner im Euroraum, dem nach wie vor wichtigsten Absatzmarkt der deutschen Exporteure, ihre Nachfrage im Winterhalbjahr nur geringfügig ausweiten. Hierzu tragen sowohl das Auslaufen konjunkturstimulierender Maßnahmen in diesen Ländern als auch die Konsolidierungszwänge insbesondere in den südeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten bei. Auch in den USA verlangsamt sich die konjunkturelle Erholung. Ebenso gehen von den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten aufgrund einer im weiteren Verlauf nur schwachen Erholung der Binnen- nachfrage zunächst nur geringe Impulse auf den deutschen Export aus. Im kommenden Jahr werden die deutschen Ausfuhren mit der anziehenden konjunkturellen Dynamik in den Industrieländern im Verlauf wieder etwas stärker ausgeweitet, obgleich sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht weiter verbessert. Vor allem aufgrund der kräftigen Expansion im ersten Halbjahr werden die deutschen Exporte 2010 um

⁹ Vgl. IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots: Presseinformation des IAB vom 05.08.2010. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit, der die Entwicklung der Arbeitsnachfrage am ersten Arbeitsmarkt am aktuellsten erfasst, stieg bis August dieses Jahres weiter an.

¹⁰ Nach Berechnungen des IAB nimmt das Erwerbspersonenpotenzial in diesem Jahr um knapp 110 000 Personen ab (Vgl. FUCHS, J. et al., a. a. O., S. 6 f.). Dieser Wert wird auch für das 2011 unterstellt.

Tabelle 8:

Anteile einzelner Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes am deutschen Warenexport nach Ländern und Regionen 2009

- in % -

	Vorleistungsgüter	Investitionsgüter	Ge- und Verbrauchsgüter	Landwirtschaftsgüter	Sonstige Waren
EU-15	28,9	37,7	20,6	1,0	11,8
neue EU-Mitgliedsstaaten	36,8	33,2	15,7	1,0	13,3
Russland	26,6	47,9	20,7	0,6	4,2
Japan	26,6	50,5	20,2	0,3	2,4
China	29,3	61,3	3,8	0,1	5,5
Indien	34,7	53,5	3,9	0,2	7,7
Südostasien ^a	40,4	46,0	9,5	0,2	3,9

^a Hongkong, Südkorea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

14,7% zulegen; im kommenden Jahr dürften die Ausfuhren um 6,8% gesteigert werden (Abbildung 9).

Auch die Einfuhren stiegen im ersten Halbjahr 2010 kräftig. Während der Import von Vorleistungsgütern bereits seit Herbst vergangenen Jahres mit dem Wiederanziehen der Exporte deutlich ausgeweitet wurde, erhöhte sich im ersten Halbjahr 2010 mit der hohen inländischen Investitionsdynamik auch die Einfuhr von Ausrüstungsgütern überdurchschnittlich. Ähnlich wie bei den Ausfuhren wird sich jedoch auch bei den Importen das hohe Expansionstempo der Vorquartale im Prognosezeitraum zunächst deutlich abschwächen. So deutet der hohe Import von Vorleistungsgütern im ersten Halbjahr darauf hin, dass die Produzenten die in der Krise abgebauten Lagerbestände aufgefüllt haben, ein Effekt, der nun nachlassen wird. Zudem werden die inländischen Exportgüterproduzenten ihre Nachfrage nach Vor- und Zwischenprodukten aufgrund der nachlassenden Exportdynamik weniger ausweiten als zuvor. Auch die im kommenden Winterhalbjahr wieder schwächer expandierende Konsumnachfrage wird den Importanstieg dämpfen. Im Verlauf des kommenden Jahres werden die Einfuhren mit der wieder stärker zunehmenden Export- und Binnennachfrage etwas kräftiger expandieren. Alles in allem legen die Einfuhren mit 13,5% im Jahr 2010 und 7% im Jahr 2011 zu; der Außenbeitrag erhöht sich in beiden Jahren.

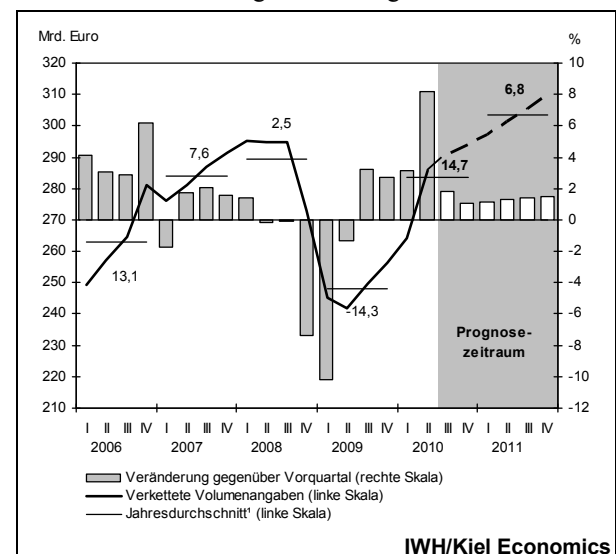
Ähnlich wie die Export- und Importvolumina gaben auch die Außenhandelspreise in der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich nach. So lagen etwa die Warenimportpreise Ende 2009 um gut 10% unter dem Vorjahreswert. Mit der Belebung der Weltkonjunktur zogen die Einfuhrpreise seitdem jedoch wieder kräftig an. Diese Entwicklung war wesentlich durch den Anstieg der Rohstoffpreise bedingt,

der seit Herbst vergangenen Jahres, anders als zuvor, nicht mehr durch eine Euro-Aufwertung kompensiert wurde, sondern durch die Abwertung der Gemeinschaftswährung verstärkt auf die Einfuhrpreise durchschlug. Im weiteren Verlauf wird sich der Anstieg der Importpreise aufgrund nur geringfügig steigender Rohstoffpreise und der in dieser Prognose unterstellten Konstanz des Euro-Außenwerts jedoch abschwächen. Damit werden die Terms of Trade, nach einer deutlichen Verschlechterung im Jahr 2010, im kommenden Jahr bei leicht anziehenden Ausfuhrpreisen nahezu stagnieren.

Abbildung 9:

Reale Exporte

- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen; ab 3. Quartal 2010: eigene Prognose.

Investitionsbereitschaft der privaten Investoren steigt

Im Zuge der weltweiten Erholung hat sich das Investitionsklima deutlich aufgehellt. Nach dem krisenbedingten Investitionseinbruch im vergangenen Jahr haben die Unternehmen im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 ihre Investitionen um etwa 5% ausgeweitet. Vorrangig wurde in den Ersatz von Ausrüstungen und Software investiert, langsam gewinnt mit zunehmender Kapazitätsauslastung aber auch die Erweiterung wieder an Bedeutung. Dafür sprechen unter anderem die nun wieder höheren Investitionsausgaben der Unternehmen für gewerbliche Bauten. Hierbei dürfte es sich zu einem großen Teil um Projekte handeln, die mit dem Ausbruch der Finanzkrise auf Eis gelegt und nun mit steigender Kapazitätsauslastung und anhaltend hohen Absatzerwartungen in Angriff genommen werden. Diese Impulse dürften zunächst vor allem von den Exportunternehmen ausgegangen sein.

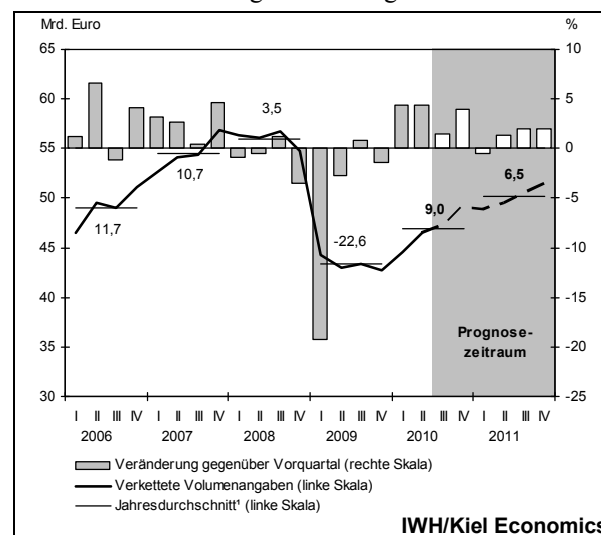
Die Erholung der Unternehmensinvestitionen wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen; die Investitionstätigkeit wird dabei zunehmend auf einem breiteren Fundament ruhen. Der anziehende private Verbrauch dürfte vermehrt Investitionen in den konsumnahen Bereich notwendig machen. Die noch überwiegende Ersatzbeschaffung wird mehr und mehr ergänzt durch Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Industrie liegt aktuellen Umfragen zufolge derzeit bei 82%, elf Prozentpunkte über dem Tiefpunkt im Frühjahr des vergangenen Jahres und nur knapp unter dem langfristigen Durchschnitt.¹¹ Auch die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller aus dem Inland signalisieren in der Breite eine zunehmende Nachfrage nach Ausrüstungen. Zusätzliche Impulse erhalten die Ausrüstungsinvestitionen von Projekten, die die Unternehmen wegen der bis zum Jahresende 2010 befristeten degressiven Abschreibungsbedingungen zeitlich vorziehen. Stützend wirken dabei die mit der konjunkturellen Belebung kräftig gestiegenen Gewinne, die sowohl die Innenfinanzierungskräfte der Unternehmen stärken als auch die Außenfinanzierung erleichtern sollten.

Im Jahr 2011 dürften die Unternehmen ihre Investitionen leicht schwächer ausdehnen. Zwar werden die Ausrüstungsinvestitionen zu Jahresbeginn

¹¹ Von den sechs umsatzstärksten Branchen lasten zwei – die Chemie und die Elektrotechnik – ihre Anlagen mittlerweile wieder überdurchschnittlich aus. In der Metallindustrie, im Ernährungsgewerbe und im Maschinenbau liegt die Kapazitätsauslastung nur noch wenig unter dem Branchendurchschnitt.

wegen der ins Jahr 2010 vorgezogenen Projekte wohl einen Dämpfer erhalten, das Investitionsklima bleibt aber angesichts einer fortgesetzten, wenn auch etwas weniger starken Expansion der Weltwirtschaft günstig. Steigende Absatzerwartungen und eine höhere Kapazitätsauslastung werden bei stagnierenden realen Arbeitskosten die Ausrüstungsinvestitionen weiter anregen. In deren Sog wird auch vermehrt in bauliche Anlagen investiert. Angesichts der nochmals verbesserten Gewinn-situation sind die Unternehmen in der Lage, einen großen Teil der Investitionen selbst zu finanzieren, zudem dürften die Kreditkonditionen die Investitionstätigkeit kaum erschweren. Alles in allem nehmen die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2010 wohl um 9% und im Jahr 2011 um 6,5% zu (Abbildung 10, Tabelle 9).

Abbildung 10:
Reale Ausrüstungsinvestitionen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen; ab 3. Quartal 2010: eigene Prognose.

Die Investitionen in den Wohnungsbau sind im Verlauf des vergangenen Jahres allmählich und zu Beginn dieses Jahres deutlich gestiegen. Die günstigen Hypothekenzinsen, die nachlassende Arbeitsplatz- und Einkommensunsicherheit der privaten Haushalte, aber auch die wieder steigenden Mieten haben sowohl den Neubau als auch die Modernisierung und Sanierung von Wohnungen deutlich ange-regt. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte gespielt haben, dass die Risiken von Finanzanlagen seit der Krise stärker in das Bewusstsein der Investoren ge-rückt sind. Auch zeichnen sich in Ballungsräumen Deutschlands zunehmend Engpässe ab. Diese Ein-

flussfaktoren werden auch im Prognosezeitraum den Wohnungsbau stützen. So waren die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe zuletzt nochmals kräftig, und die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten hat weiter zugenommen. Die Genehmigungsstatistik deutet darauf hin, dass zukünftig insbesondere die privaten Haushalte ihre Investitionen weiter ausdehnen werden. So sind die Bewilligungsvolumina für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie von Eigentumswohnungen weiter gestiegen. Wesentlich tragen dazu die im Prognosezeitraum zu erwartenden höheren verfügbaren Einkommen und günstigeren Kreditkonditionen bei. Dagegen lassen die Impulse vom Mehrfamilienhausbau nach einer kurzen Erholungsphase zunächst wieder nach. Die energetische Sanierung im Wohnungsbestand wird von allen Bauherrengruppen fortgesetzt, allerdings dürfte sie wegen der zum Teil eingeschränkten und zum Teil ungünstigeren Förderbedingungen wohl nicht mehr so kräftig zunehmen wie in den zurückliegenden Jahren. Im Jahr 2010 steigen die Wohnungsbauinvestitionen um mehr als 4% und im Jahr darauf um knapp 3,5%.

Tabelle 9:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

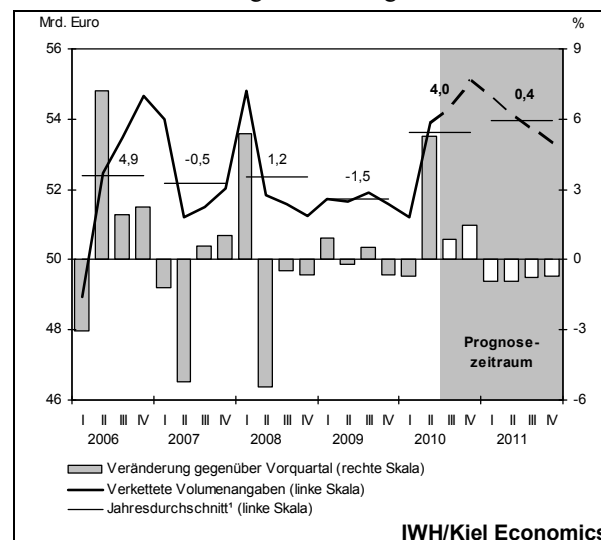
	2009	2010	2011
Anlageinvestitionen insg.	-10,1	5,9	3,0
Ausrüstungen	-22,6	9,0	6,5
Sonstige Anlagen	5,6	6,0	5,8
Bauinvestitionen insg.	-1,5	4,0	0,4
Wohnbauten	-1,2	4,3	3,5
Nichtwohnbauten insg.	-1,8	3,6	-3,7
Gewerbliche Bauten	-4,5	1,7	0,8
Öffentliche Bauten	5,0	8,0	-13,7
<i>Nachrichtlich:</i>			
Unternehmensinvestitionen	-16,1	6,6	4,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2010: eigene Prognose.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres hat sich die Aufwärtsbewegung der öffentlichen Bauinvestitionen aus dem Jahr 2009 zunächst nicht fortgesetzt. Die wegen des harten Winters zu Jahresbeginn unterbrochenen Bauprojekte konnten in den Folgemonaten offensichtlich nicht voll abgearbeitet werden. Im späteren Verlauf des Jahres wird es mit den noch anstehenden Bauvorhaben aus den Konjunkturprogrammen aber zu einer deutlichen Ausweitung kommen. Die Dynamik dürfte allerdings etwas schwächer ausfallen als in früheren Prognosen unterstellt, da größere Teile der konjunkturstützenden Maßnahmen wohl in den Volks-

wirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Vorleistungskäufe des Staates verbucht werden. Im nächsten Jahr dürften die staatlichen Investitionsausgaben mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme deutlich zurückgehen, auch wenn die Projekte, die in diesem Jahr begonnen werden, noch bis Ende nächsten Jahres umgesetzt werden können. Im Durchschnitt des Jahres 2010 nehmen die öffentlichen Bauinvestitionen mit 8% nochmals kräftig zu, im Jahr darauf schrumpfen sie um knapp 14%. Insgesamt steigen die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 4% (Abbildung 11). Im Jahr 2011 legen sie nur wenig zu, da die höheren Investitionen der Unternehmen und privaten Haushalte die Nachfrage rückgänge im öffentlichen Bereich nur geringfügig überkompensieren können.

Abbildung 11:
Reale Bauinvestitionen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen; ab 3. Quartal 2010: eigene Prognose.

Einkommen und Konsum der privaten Haushalte auf Erholungskurs

Nachdem die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Krisenjahr 2009 um 1% sanken, hat in diesem Jahr die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu einem Anstieg der Erwerbseinkommen geführt, der sich auch im nächsten Jahr fortsetzen wird. Insgesamt steigt die Summe der Bruttolöhne und -gehälter in diesem und im nächsten Jahr mit 2,2% bzw. 2,6% wieder. Die von den privaten Haushalten empfangenen Transfers, die im Jahr 2009 insbesondere wegen des Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der Zunahme Kurzarbeit sowie der

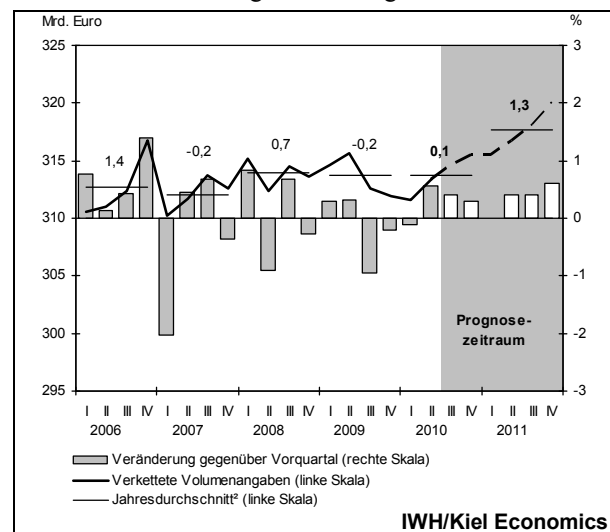
Renten- und Kindergelderhöhung gestiegen waren, nehmen in diesem Jahr weniger zu und werden im nächsten sogar zurückgehen. Die Masseneinkommen insgesamt entwickeln sich damit dieses Jahr ähnlich wie im Vorjahr, im nächsten Jahr aufgrund des etwas weniger dynamischen Beschäftigungsaufbaus jedoch schwächer. Die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen nehmen nach den außerordentlich hohen Verlusten, die bis in das Winterhalbjahr 2010 andauerten, wieder kräftig zu. Insgesamt steigen die nominalen verfügbaren Einkommen in den Jahren 2010 und 2011 um jeweils 2,4%, wobei der Anstieg bis zur Jahresmitte 2010 hauptsächlich aus der Zunahme der Einkommen abhängig Beschäftigter resultiert, danach jedoch verstärkt aus der Dynamik der Selbstständigen- und Vermögenseinkommen.

Der private Konsum ging im Jahr 2009 weniger stark zurück als die verfügbaren Einkommen, weil die privaten Haushalte die Krise als vorübergehend ansahen und den Konsum über die Zeit glätten wollten. Entsprechend sanken die Ersparnisse um knapp 6% und die Sparquote ging um gut einen halben Prozentpunkt auf 11,1% zurück. Gefördert wurde dieses Verhalten vor allem durch das historisch niedrige Zinsniveau, aber auch durch die Abwrackprämie. Entsprechend sank die Konsumnachfrage noch bis Ende des ersten Quartals 2010, stieg aber bereits im zweiten Quartal stark. Mit der für den Prognosezeitraum erwarteten Verschiebung der Bedeutung von Selbstständigen- und Vermögenseinkommen relativ zu den Einkommen aus abhängiger Beschäftigung dürfte sich der Anstieg der Konsumausgaben im kommenden Winterhalbjahr vorübergehend verlangsamen. Im Verlauf des Jahres 2011 nimmt der Konsum aber wieder kräftig zu.

Die Verbraucherpreise steigen zwar weiterhin nur wenig, jedoch nimmt der Konsumdeflator in diesem Jahr wesentlich stärker zu als im Vorjahr. Dies ist insbesondere auf statistische Sondereffekte im Zusammenhang mit der Finanzkrise zurückzuführen.¹² Im Jahresdurchschnitt steigen die realen privaten Konsumausgaben um nur 0,1% und im kommenden Jahr um 1,3% (Abbildung 12).

¹² Die in den Finanzdienstleistungen (FISIM) enthaltene Wertschöpfung wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anhand eines Modells bestimmt, da eine direkte Erhebung nicht möglich ist. Aufgrund der Finanzkrise kommt es derzeit zu extrem starken Verzerrungen, die letztlich dazu führen, dass die (fiktiven) Preise im Modell extrem gestiegen sind. Dies wirkt sich derzeit stark auf den Konsumdeflator aus, der ohne die Preiseffekte der FISIM ca. 0,8 Prozentpunkte geringer wäre.

Abbildung 12:
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Einschl. Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen; ab 3. Quartal 2010: eigen Prognose.

Die Sparquote wird in diesem und im kommenden Jahr wieder moderat zunehmen. Hierbei werden die privaten Haushalte aufgrund der niedrigen Finanzierungskosten und der stabilen Immobilienpreise ihr Vermögen zunehmend in Form von Wohneigentum bilden – begünstigt durch die Wahrnehmung hoher Risiken bei Finanzanlagen.

Verbraucherpreise steigen langsam

Das Verbraucherpreisniveau wird im Prognosezeitraum voraussichtlich nur langsam steigen. Die Inflationsrate lag im August bei 1,0%. Im Vormonatsvergleich stagnierte die Preisentwicklung zuletzt. Hauptverantwortlich für den Anstieg der Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten ist die Preisentwicklung von Heizöl und Kraftstoffen (26,5% bzw. 11,2% im Vorjahresvergleich). Auch in den Bereichen Verkehr, sowie Nahrungsmittel und alkoholische Getränke sind die Preise deutlich gestiegen. Dagegen sanken die Preise für Gas und Fernwärme. Rechnet man volatile Komponenten aus dem Warenkorb heraus, zeigt sich, dass der Preisauftrieb sich im bisherigen Jahresverlauf verlangsamt hat. Der Anstieg ging seit dem Frühjahr von 0,9% auf zuletzt 0,6% zurück.

Da die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen angesichts der Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten am Anfang des Prognosezeitraums noch begrenzt sind und die

Rohstoffpreise im Prognoseverlauf annahmegemäß nur leicht steigen, dürfte die Teuerung im Jahr 2010 mit 1,1% moderat ausfallen. Im Jahr 2011 wird die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten abgebaut, sodass die Spielräume der Unternehmen, Kostensteigerungen an die Verbraucher weiterzugeben, zunehmen werden. Von den Arbeitskosten dürften zunächst nur moderate Impulse auf die Inflation ausgehen. Allerdings wird die Belastung durch die Einführung der Luftverkehrsabgabe, der Brennelementesteuer und die Abschaffung von Subventionen bei der Ökosteuer für energieintensive Betriebe von den betroffenen Unternehmen teilweise an die Kunden weiter gegeben werden. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die Lebenshaltungskosten im kommenden Jahr leicht beschleunigt um 1,4% zulegen werden.

Ostdeutsche Wirtschaft: Aufschwung fällt schwächer als im Westen aus

Die von den Auslandsmärkten ausgehende konjunkturelle Erholung hat auch der ostdeutschen Wirtschaft Impulse gegeben. Vor allem die Industrie, die neben dem Finanzsektor der Krise am stärksten ausgesetzt war, hat in diesem Jahr wieder Fahrt aufgenommen. Im ersten Halbjahr 2010 stieg der Auslandsumsatz der ostdeutschen Industrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 15%. Dies war allerdings weniger als im stärker exportorientierten Westen (20%). Zudem war auch die Exportquote der Industrie im Jahr 2009 im Osten auf 33% (Westen: 45%) gesunken. Dieses Gefälle in der Exportorientierung konnten die ostdeutschen Industrieunternehmen auch nicht durch die geringfügig kräftiger gestiegenen Verkäufe von Industriegütern im Inland aufwiegen. Zudem ist der Wachstumsrückstand gegenüber dem Westen durch den geringeren Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bedingt (Ostdeutschland: 16% gegenüber Westdeutschland: 20%). Die industrielle Aufwärtstendenz wird sich, wie die Bestellungen und die aktuellen Unternehmensumfragen des IWH zum Geschäftsklima signalisieren, im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen, wenn auch abgeschwächt. Dem Anstieg stehen auch keine Engpässe auf Seiten der Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen sowie der Finanzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch die Kreditinstitute entgegen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat zwar, gemessen an den Lohnstückkosten, vor allem infolge des Produktionsrückgangs je Erwerbstätigen im Krisenjahr gelitten,

jedoch haben sich die relativen Positionen zwischen den Industrieunternehmen in Ost und West nur wenig verschoben. Der Vorteil in den Neuen Bundesländern dürfte weiterhin rund 15% betragen.

Beiträge zum Produktionsanstieg leistet auch das Baugewerbe. Es hat inzwischen die witterungsbedingten Produktionsausfälle vom Jahresanfang mehr als aufgeholt. Die Bauproduktion dürfte – gestützt auf die Auftragsbestände – weiter zunehmen. Dies signalisieren auch die Umfragen des IWH. Anregungen kommen noch eine gewisse Zeit aus dem Konjunkturpaket II. Aber auch die nach der Finanzkrise gestiegene Neigung der Privaten zur Anschaffung von Wohnimmobilien regt die Bauproduktion noch an. Die Erholung im produzierenden Gewerbe zieht auch die produktionsnahen Dienstleister, darunter vor allem den Großhandel und das Verkehrsgewerbe, mit. Dagegen bleiben die konsumnahen Anbieter aufgrund einer weiterhin sinkenden Einwohnerzahl im Aufschwung zurück. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,5% steigen und damit Ende des Jahres nur noch um knapp 1% unter dem Stand im konjunkturellen Höhepunkt des vergangenen Aufschwungs bleiben.¹³ Mit dem Wechsel der konjunkturellen Auftriebskräfte auf den deutschen Binnenmarkt werden sich die Wachstumschancen der ostdeutschen Wirtschaft im nächsten Jahr verstetigen. Angesichts der gemächlicheren Gangart der Konjunktur wird der Abstand im Produktionsanstieg gegenüber Westdeutschland dann deutlich geringer ausfallen als in diesem Jahr. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 2011 mit 1,5% zunehmen.

Auch auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt verbessert sich die Situation allmählich. So nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im zweiten Quartal dieses Jahres im Sog des Produktionsanstiegs um 45 000 Personen bzw. 1,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Die in der schweren Wirtschaftskrise aufgestaute hohe Lohnkostenbelastung zwang allerdings auch viele Unternehmen, trotz Ausdehnung der Produktionsaktivitäten ihren Personalbestand weiter zu reduzieren. Im Verarbeitenden Gewerbe ging die Beschäftigung um 1,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. In den vorwiegend auf die regionalen Märkte orientierten Dienstleistungsbereichen wurden teilweise

¹³ Damit liegt diese Prognose um einen Prozentpunkt über der im Juli veröffentlichten (vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2010: Krise durchstanden – strukturelle Schwächen bremsen wirtschaftliche Erholung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2010, S. 298-336).

beträchtliche Beschäftigungsgewinne erreicht. So stieg im Gesundheits- und Sozialwesen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 3,7%. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern wurde der Personalbestand sogar um 7,6% ausgebaut, wobei der stärkste Zuwachs von den Unternehmen der Arbeitnehmerüberlassung kam. Hingegen ging die Beschäftigung im Bereich Erziehung und Unterricht in Ostdeutschland erneut zurück. Die Zahl der Kurzarbeiter lag im Mai dieses Jahres – neuere Daten liegen nicht vor – bei rund zwei Fünftel des Vorjahresstandes. Die registrierte Arbeitslosigkeit sank gegenüber dem Vorjahresquartal um 103 000 Personen (Westdeutschland: -114 000). Dass der Abbau der Arbeitslosigkeit – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportional stark ausfiel, ist durch die demographische Entwicklung sowie die Wanderungsverluste bedingt.

Im Prognosezeitraum wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in diesem Jahr um etwa 0,2% und im Jahr 2011 um 0,4% über dem Vorjahresstand liegen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird wegen des stark rückläufigen Arbeitsangebots erneut deutlicher sinken als die Zahl der Erwerbstätigen zunimmt. Im Jahr 2010 werden im Durchschnitt 780 000 Personen und im kommenden Jahr 725 000 Personen arbeitslos registriert sein. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote wird 11,9% (Westdeutschland: 6,6%) in diesem und 11,1% (Westdeutschland: 5,8%) im kommenden Jahr betragen.

Öffentliche Haushalte: Bessere Kassenlage – aber keine Entwarnung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich mittlerweile vollends in den öffentlichen Haushalten niedergeschlagen. Entgegen den Erwartungen vom Frühjahr dieses Jahres wird das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt aber nur bei 3,6% liegen. Im kommenden Jahr wird die Defizitquote sogar auf 2,5% zurückgehen; damit wird das Defizitkriterium des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes bereits wieder eingehalten.

Im vergangenen Jahr sind die Steuereinnahmen – auch infolge diskretionärer Maßnahmen – deutlich geschrumpft. Zwar ist im Jahr 2010 der Einkommensteuertarif nochmals gesenkt worden und mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind nennenswerte Steuererleichterungen verbunden; dennoch ist die Talfahrt gestoppt und die Steuer-

einnahmen insgesamt stagnieren. Aufgrund der genannten Eingriffe geht das Lohnsteueraufkommen noch zurück. Vor allem die Gewinnsteuern expandieren aber schon wieder merklich. Insbesondere die Körperschaftsteuer wird in diesem Jahr spürbar zulegen, denn die Unternehmensgewinne haben bereits kräftig zugenommen. Selbst die Gewerbesteuer, die im vergangenen Jahr um 9½ Mrd. Euro eingebrochen war, dürfte sich stabilisieren. Die Einnahmen bei den Steuern vom Umsatz legen dagegen mit 2% kräftig zu, denn die wirtschaftliche Erholung wird auch durch den privaten Konsum gestützt. Im kommenden Jahr werden dann die Einkommen- und Vermögensteuern spürbar zunehmen. Die Gewinnsteuern expandieren weiter und die Beschäftigungslage am Arbeitsmarkt lässt nun auch das Lohnsteueraufkommen merklich steigen. Da die konjunkturelle Erholung nach wie vor von der Binnenwirtschaft getragen wird, nehmen die Steuern vom Umsatz weiter zu. Die indirekten Steuern werden zudem aufgrund der im Zukunftspaket eingestellten Maßnahmen zulegen.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen nehmen im Jahr 2010 mit 2,4% zu. Zum einen steigt die Lohnsumme pro Kopf deutlich, und der Aufbau von Beschäftigung findet im sozialversicherungspflichtigen Bereich statt. Zum anderen hatte die Kurzarbeit im Jahr 2009 beträchtliche Mindereinnahmen bei den Beiträgen zur Folge; mit ihrem Rückgang lassen diese dämpfenden Effekte nun nach. Im Jahr 2011 werden die Sozialbeiträge mit 2,7% kräftig zulegen, denn die Belebung am Arbeitsmarkt hält weiter an. Vor allem aber werden der Beitragssatz zur Arbeitslosen- und der zur gesetzlichen Krankenversicherung angehoben (um insgesamt 0,8 Prozentpunkte). Dämpfend wirkt hingegen der Beschluss, die ohnehin schon herabgesetzten¹⁴ Beitragszahlungen des Bundes für ALG II-Bezieher an die Rentenversicherung künftig vollständig zu streichen.

Die übrigen Einnahmen werden im Jahr 2010 nochmals spürbar zurückgehen. Dies liegt vor allem an den Vermögenseinkommen des Staates, denn der an den Staat ausgeschüttete Bundesbankgewinn war merklich niedriger als im Vorjahr. Die Einnahmen des Staates insgesamt werden im Jahr 2010, mit 0,8%, leicht und im Jahr 2011 wieder kräftig, mit 2,3%, zunehmen. Damit werden sie bereits im kommenden Jahr ihr Niveau im Jahr 2008 deutlich überschritten haben.

¹⁴ Für die Empfänger von ALG II gilt zurzeit eine herabgesetzte Bemessungsgrundlage für Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung von 205 Euro pro Monat.

Die Ausgaben des Staates wurden im vergangenen Jahr um knapp 5% ausgeweitet, zu einem großen Teil veranlasst durch die Konjunkturpakete. Auch in diesem Jahr nehmen sie nochmals zu, um 2,3%.¹⁵ Im kommenden Jahr werden sie um 0,3% zurückgehen. Die Arbeitnehmerentgelte werden im Jahr 2010 um 2,9% und im kommenden um 1,5% steigen – vornehmlich aufgrund des Tarifabschlusses von Bund und Kommunen zu Beginn des Jahres, der auf die Beamten übertragen wurde. Unterstellt ist, dass der Bund die im Haushaltsentwurf 2011 eingeplanten, dämpfenden Maßnahmen bei den Personalausgaben umsetzt. Auch bei den Vorleistungen sind solche Eingriffe beschlossen. Dennoch werden diese Ausgaben auch in Zukunft eine hohe Dynamik aufweisen, vor allem wegen der Einführung des doppischen Rechnungswesens in den Kommunen. Diese Umstellung hat zur Folge, dass es weniger Anreize gibt, die investiven Ausgaben so hoch wie möglich auszuweisen; so wird ein immer größerer Teil der Ausgaben im Sachaufwand berichtet. Neben den Einsparungen bei den disponiblen Ausgaben wird maßgeblich dieses Verhalten dazu führen, dass im Jahr 2011 die Vorleistungen leicht zurückgehen, denn auch ein Teil der in den Konjunkturpaketen bereitgestellten, zusätzlichen Investitionsmittel dürfte in den Sachaufwand geflossen sein. Die Sozialen Sachleistungen, die in diesem Jahr noch mit 4,6% zulegen, werden im kommenden Jahr ebenfalls an Dynamik verlieren und nur noch mit 2,5% steigen. Dahinter steht die Annahme, dass die ausgabenbegrenzenden Maßnahmen im Gesundheitssektor greifen.

Die monetären Sozialleistungen werden in diesem Jahr mit 1,7% leicht zulegen. So ist das Kindergeld nochmals erhöht worden. Auch die Ausgaben der Rentenversicherung steigen mit 1½%, denn in der ersten Jahreshälfte wirkt die Rentenanpassung aus dem vorigen Jahr nach. Dämpfend wirkt, dass eine Rentenanpassung in diesem Jahr ausbleibt, denn die durchschnittliche Lohnsumme je Beschäftigten ist im Vorjahr gesunken. Zudem gehen die Ausgaben für Lohnersatzleistungen im Jahresdurchschnitt bereits zurück. Im kommenden Jahr wird die Belegung auf dem Arbeitsmarkt mit einem kräftigen Rückgang dieser Leistungen verbunden sein. Außerdem werden die Ausgaben für Wohngeld und Elterngeld im Zuge der Haushalts-

konsolidierung leicht zurückgeführt. Vor allem aber wird die Abschaffung der Beiträge des Bundes für ALG-II Bezieher an die Gesetzliche Rentenversicherung die Transferausgaben reduzieren. Hinzu kommt, dass die Rentenerhöhungen wohl auf absehbare Zeit gering ausfallen werden; zwar steigen die Löhne pro Kopf wieder spürbar, allerdings waren in der Vergangenheit rentendämpfende Faktoren ausgesetzt worden und müssen nun nachgeholt werden. Alles in allem werden die monetären Sozialleistungen um 2,4% sinken.

Die Ausgaben für Subventionen, die infolge der Konjunkturpakete im Jahr 2009 deutlich expandierten, sinken in beiden Jahren des Prognosezeitraums. Hier wird ein Teil des Kurzarbeitergeldes berichtet und diese Ausgaben gehen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Die Bruttoinvestitionen des Staates werden im Jahr 2010 maßgeblich von den in den Konjunkturpaketen bereitgestellten Mitteln bestimmt; gegenüber dem Vorjahr steigen sie abermals um 6,6%. Projekte, die bis Ende dieses Jahres begonnen werden, dürfen noch bis Ende des Jahres 2011 beendet werden und stützen somit die Investitionstätigkeit. Trotzdem werden die Investitionsausgaben im Jahresdurchschnitt bereits um 11,9% sinken.

Die aktuelle Entwicklung bestätigt die Einschätzung vom Ende vergangenen Jahres nicht, nach der bis in das Jahr 2013 hinein mit einer Verletzung des Maastricht-Kriteriums zu rechnen sei. Nicht nur die konjunkturelle Erholung ist stärker als erwartet, auch der Potenzialeinbruch dürfte geringer sein als damals angenommen. Vor allem aber der Arbeitsmarkt entwickelt sich deutlich besser als zuvor prognostiziert. Werden die im Zukunftspaket enthaltenen Maßnahmen umgesetzt, dürfte der öffentliche Gesamthaushalt wohl bereits in der mittleren Frist wieder ausgeglichen sein. Allerdings darf dies kein Anlass sein, nun über Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungen nachzudenken, da das strukturelle Defizit im Jahr 2010 noch bei 3,3% liegen wird.

Risikoszenarien

Auch nach dem Abebben der Weltfinanzkrise verbleiben zahlreiche Probleme, deren Verschärfung eine Erholung in Deutschland erheblich zurückwerfen könnte. Neben den offensichtlichen Verschuldungsproblemen im Euroraum gehören dazu auch ein erneutes Aufflammen der Finanzkrise durch einen Rückfall der USA in die Rezession

¹⁵ Da die Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen als negative Ausgabe gebucht werden, ist der Anstieg in diesem Jahr über- und der Rückgang im kommenden Jahr unterzeichnet.

sowie die bisher nur schwer abschätzbaren Folgen der weltweit starken Ausdehnung der Liquiditätsversorgung.

Solche Extremrisiken lassen sich durch die üblichen Konfidenzintervalle in ökonometrischen Schätzungen, wie sie der Prognose zugrunde liegen, nur unzureichend einfangen. Hier geht es nicht länger um mehr oder minder große Abweichungen in einzelnen Indikatoren, die sich normal verteilt um die wahrscheinlichste Entwicklung gruppieren. Vielmehr würde jedes dieser Risiken, sollte es sich verwirklichen, zu einer grundlegenden Veränderung der Konjunkturdynamik in den kommenden Quartalen oder sogar Jahren führen. Daher sind diese Fälle hier als Risikoszenarien, getrennt von der Kernprognose, aufgeführt. Während eine leichte Intensivierung der beschriebenen Probleme in den meisten Fällen denkbar oder sogar wahrscheinlich erscheint, sind die in diesem Rahmen skizzierten Extrementwicklungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt als wenig wahrscheinlich zu betrachten.

Szenario 1: Verschärfung der Verschuldungsprobleme im Euroraum

Eines der größten Risiken für die Erholung Deutschlands ist eine Verschärfung der Verschuldungsproblematik in einigen Mitgliedstaaten des Euroraums. In den vergangenen Monaten, also auch nach der Hilfszusage für Griechenland durch die Europäische Union, wurden die Bewertungen für Staatsanleihen von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien jeweils durch mindestens eine der drei großen Ratingagenturen (Moody's, S&P, Fitch IBCA) herabgestuft. Dabei werden die Zukunftsaussichten fast durchweg als „negativ“ bewertet, sodass weitere Abstufungen zu befürchten sind. Während besonders für Portugal und Irland eine Anschlussfinanzierung in den letzten Monaten bereits teuer war, konnten die Anleihen dieser Staaten bisher dennoch ohne Hilfe der anderen EU-Mitglieder auf dem freien Markt platziert werden.

Sollte sich die Situation aber so sehr verschärfen, dass die Staaten des Euroraums unterstützend eingreifen müssen, wäre dies für die konjunkturelle Entwicklung in der EU und insbesondere in Deutschland aus folgenden Gründen kritisch:

Erstens würde der scharfe Konsolidierungskurs, der bei Inanspruchnahme der Unterstützung durch die Europäische Union notwendig ist, in den betroffenen, hochverschuldeten Ländern eine Stabilisierungskrise, ähnlich der zur Zeit in Griechenland zu beobachtenden Rezession, auslösen. Da Deutsch-

land seine maßgeblichen Absatzmärkte nach wie vor im Euroraum hat, wäre ein solcher Einbruch – wenn er sich nicht auf ein einzelnes kleines Land wie Griechenland beschränkt – konjunkturell sicherlich spürbar. Allein Spanien – die größte der gegenwärtig durch die Verschuldungsprobleme bedrohten Volkswirtschaften – bezieht annähernd 4% der deutschen Exporte.¹⁶ Zudem wirkt sich ein negativer Impuls nicht nur direkt von den betroffenen Ländern auf Deutschland aus, sondern es sind auch andere Absatzmärkte Deutschlands betroffen, deren sinkende Nachfrage dann wiederum auf Deutschland durchwirken würde.

Zweitens könnte die Belastung Deutschlands durch die genannten Effekte u. U. auch Deutschlands Kreditwürdigkeit beeinträchtigen. Eine extreme Verschlechterung des Ratings, wie sie in den Krisenländern beobachtet wurde, ist gegenwärtig nahezu auszuschließen. Allerdings kann selbst eine marginale Abstufung zu Zinsaufschlägen führen, die angesichts des hohen Schuldenstandes mit erheblichen Belastungen verbunden sind. Da die Zinsausgaben anders als die denkbaren Garantien unmittelbar gegenfinanziert werden müssten, wären in diesem Fall aufgrund der Schuldenbremse Steuererhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen kaum umgänglich. Diese würden mittelfristig auch zu Produktionseinbußen führen.

Im schlimmsten Fall könnte eine Verschuldungskrise in weiteren Ländern des Euroraums aufgrund dieses Zinseffektes eine Kettenreaktion auslösen: Bei einem Zahlungsausfall eines Landes könnten auch die von den Finanzmärkten geforderten Risikoaufschläge für Anleihen ursprünglich nicht betroffener Länder des Euroraums steigen, weil sich in diesem Fall aufgrund der Rettungszusagen das Ausfallrisiko aller Länder erhöht. Die Kreditaufnahme wird so für alle Länder verteuert. Sollten diese Belastungen ausreichen, um ein weiteres Land zum Unterstützungsfall zu machen, wäre für weniger verbleibende Länder eine noch größere Bürde zu stemmen. Der konsekutive Fall weiterer Länder, der letztlich ein Aufrechterhalten des Hilfsystems undenkbar macht, wäre in diesem Fall als Worst-Case-Szenario nicht auszuschließen. Spätestens dann würde es zu massiven Kreditausfällen kommen, die den noch fragilen Bankensektor

¹⁶ Berücksichtigt man die Importelastizitäten von Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien und den jeweiligen Anteil dieser Länder an den deutschen Exporten, so ergibt sich für einen gleichzeitigen Produktionsverlust von 1% in diesen Ländern bei statischer Betrachtung ein Rückgang der deutschen Exporte um 0,3%.

destabilisieren würden. Eine solche erneute Finanzmarktkrise, die zudem im Unterschied zur letzten Krise in Europa ihren Anfang nähme und in die europäische Banken unmittelbar deutlich stärker verwickelt wären, wäre für Europa – und auch für Deutschland – mit einer quantitativ kaum abschätzbaren Rezession verbunden.

Drittens wäre Deutschland im Fall einer Eskalation der Verschuldungskrise zumindest langfristig auch durch die dann zu ziehenden Bürgschaften betroffen, die sich auf 148 Milliarden Euro belaufen. Zumindest die laufenden Zinskosten, die daraus entstehen, müssten wohl durch Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen finanziert werden. Im schlimmsten Fall einer vollständigen Inanspruchnahme der Bürgschaften bedeutet dies bei einem durchschnittlichen Zins von 3¾% eine jährliche Belastung von gut 5½ Milliarden. Bei einem Steuermultiplikator¹⁷ von ca. 1,8 impliziert dies einen (dauerhaften) Rückgang der Produktion um etwa 0,4%. Selbst wenn die denkbaren Ausfälle zunächst nicht durch Steuererhöhungen finanziert werden, kann die Erwartung in Zukunft drohender Steuererhöhungen die Investitionsbereitschaft bereits jetzt trüben und so ähnliche Folgen haben. Zudem ist ein eventueller Rückgang der Zentralbankgewinne durch ausfallende Staatsanleihen der Krisenländer hier noch nicht berücksichtigt.

Szenario 2: Rückfall der USA in die Rezession

Während die Konjunktur in den Schwellenländern derzeit stabil scheint und sich in den letzten Quartalen wiederum als Wachstumsmotor erwiesen hat, ist die Erholung in den USA noch gefährdet. Ein erneutes Abgleiten in die Rezession kann dort zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gänzlich ausgeschlossen werden.¹⁸ Sollte sich die leichte Wachstumsabschwächung im zweiten Quartal 2010 in den USA als Beginn einer länger andauernden Schwäche oder neuerlichen Rezession erweisen, könnte dies auch für Deutschland mit erheblichen konjunkturellen Belastungen verbunden sein.

Dabei kommen die bedeutendsten Konjunkturrisiken in den USA weiterhin aus dem Immobilien-

sektor. Die Indikatoren liegen zum Teil nur knapp über dem Niveau, das sie während der Rezession hatten. So war die Zahl der Baubeginne für Wohnimmobilien im Juli nur leicht höher als an ihrem Tiefpunkt Anfang 2009, und die Geschäftserwartungen im Bausektor waren laut National Association of Home Builders im August kaum optimistischer als im Rekordtief im Januar 2009. Die Preise für Wohnimmobilien steigen zwar seit gut einem Jahr leicht. Allerdings sind die Zahlen der Verkäufe sowohl aus dem Bestand als auch für Erstbezug auf Rekordtiefständen, und die Zahl der zum Verkauf stehenden Wohnimmobilien ist weiter sehr hoch. Auch finanzieren die halbstaatlichen Immobilienfinanzierer, vor allem Fannie Mae und Freddie Mac, mittlerweile rund 90% der Hypotheken. Nachfrage nach Immobilien wird also zu einem Großteil nur dadurch ermöglicht, dass der Staat über Finanzierungsgarantien Kreditrestriktionen der privaten Haushalte verringert. Dies alles spricht dafür, dass die Stabilisierung am Immobilienmarkt fragil ist. Sollten die Preise für Wohnimmobilien, anders als in der Basisprognose unterstellt, in den kommenden Monaten wieder deutlich nachgeben, käme es wohl zu einer erneuten Abwärtsspirale aus Zwangsversteigerungen, Konsumschwäche, Abschreibungen im Bankensektor und einem Rückgang des Kreditangebots. In diesem Fall wäre ein Rückfall in eine Rezession wahrscheinlich. Auch der Markt für Gewerbeimmobilien, der von der jüngsten Krise nur wenig betroffen war, wird im Moment von den Marktakteuren kritisch beobachtet. Sollte sich das Wachstum deutlich stärker als erwartet verlangsamen, dürften die Investitionen, die typischerweise eine der stark zyklischen Nachfragekomponenten sind, erheblich zurückgehen, was sich auch auf die Nachfrage nach Gewerbeimmobilien durchschlagen würde. Gerade, da es bei den Gewerbeimmobilien noch nicht zu einer Abschreibungswelle des Ausmaßes kam, wie es bei den Privatimmobilien beobachtet wurde, dürften hier noch große Risiken verborgen liegen.

Das wesentliche Risiko für Deutschland liegt dabei vor allem in einer neuerlichen Destabilisierung des Finanzsystems. Erneute gehäufte Kreditausfälle und die damit verbundenen Ausfälle von Kreditderivaten dürften das noch geschwächte Bankensystem empfindlich treffen. Der sich ohnehin nur zögerlich erholende Interbankenmarkt würde aller Wahrscheinlichkeit nach in einem solchen Fall global nochmals deutlich zurückgeworfen. Die Finanzierungsbedingungen für Investitionen würden

¹⁷ Zu dieser Schätzung vgl. PLÖTSCHER et al.: Fiskalpolitik in Deutschland: Eine empirische Analyse am Beispiel des Vorziehens der Steuerreform, in: Kredit und Kapital, Bd. 38 (1), 2005, S. 23-51.

¹⁸ Neben dem Wiederaufflammen der Finanz- und Immobilienkrise in den USA, das ein Kernpunkt dieses Szenarios darstellt, besteht ohnehin ein inhärentes Rezessionsrisiko für die USA (vgl. Kasten 2).

Kasten 2:

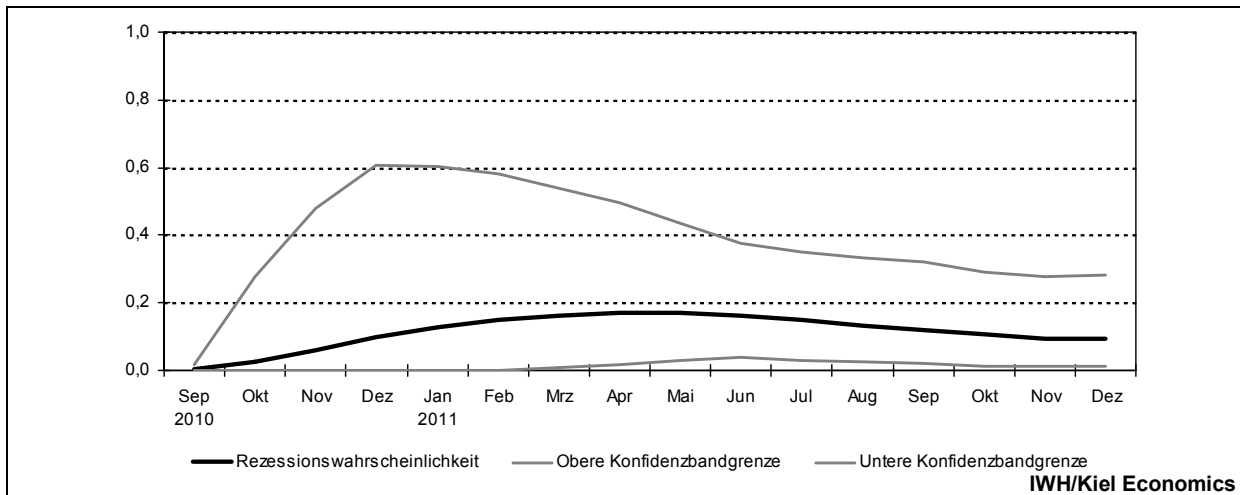
Zur Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls in die Rezession in den USA

Um die Wahrscheinlichkeit von Rezessionen in den USA zu schätzen und zu prognostizieren, wird oftmals auf Probit-Modelle zurückgegriffen, mit denen die vom NBER für die Vergangenheit klassifizierte Phasen des Konjunkturzyklus modelliert werden. Chauvet und Potter^a zeigen, dass dynamische Spezifikationen die Eigenschaften dieser Phasenfolge besser abbilden als statische Modelle.

Zur Einschätzung des derzeitigen Risikos eines Abgleiten in einer neuerliche Rezession in den USA wird ein dynamisches Probit-Modell verwendet, in dem der latente Prozess des Probit-Modells als eine Funktion von fünf eigenen Verzögerungen sowie einem kontemporären Faktor geschätzt wird. Dieser Faktor wird aus einer Menge von 28 Konjunkturindikatoren extrahiert.^b Der Vorteil des Faktorsansatzes ist, dass der Faktor im Gegensatz zu einzelnen Indikatoren (z. B. der Steigung der Zinsstrukturkurve), bei denen es im Zeitablauf häufig zu Instabilitäten im Gleichlauf mit der Konjunktur kommt, Rezessionen relativ zuverlässig anzeigt.

Das Modell wird auf Basis von monatlichen Daten für den Zeitraum von Anfang 1960 bis August 2010 geschätzt. Dazu werden 4 000 Durchläufe des Gibbs-Samplers durchgeführt, wobei die ersten 3 000 für die Schätzung nicht berücksichtigt werden; bei jedem Durchlauf wird die Prognose der Rezessionswahrscheinlichkeit als Mittelwert von wiederum 1 000 Simulationen möglicher Pfade der latenten Variable ermittelt.^c

Abbildung 13:
Rezessionswahrscheinlichkeiten für die USA



Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; National Bureau for Economic Research; eigene Schätzung und Prognose.

Aufgrund der dynamischen Spezifikation hat das Modell über den Stützzeitraum eine ausgesprochen gute Anpassung. Die Prognose auf Basis des Probit-Modells zeigt an, dass die Rezessionswahrscheinlichkeit bis Frühjahr 2011 auf knapp 17% steigt (Abbildung 13). Vor allem zeigen die auf Basis der Simulation berechneten Konfidenzbänder, dass das Risiko eines Rückfalls in die Rezession für den Prognosezeitraum nur sehr unsicher einzuschätzen ist; das 95%-Konfidenzintervall reicht für Mai 2011 von 3% bis 44%. Die Modellergebnisse deuten also darauf hin, dass ein Rückfall in die Rezession für die US-Konjunktur zwar nicht das wahrscheinlichste Szenario ist; zu vernachlässigen ist das Risiko jedoch nicht.

^a CHAUVET, M.; POTTER, S.: Forecasting Recessions Using the Yield Curve, in: Journal of Forecasting, Vol. 24, 2005, pp. 77-103. – ^b Die Menge umfasst u. a. Größen des Arbeitsmarkts, der Finanzmärkte und Umfrageergebnisse. Der Faktor wird geschätzt nach der Methode von GIANNONE, D.; REICHLIN, L.; SMALL, D.: Nowcasting: The Real-Time Informational Content of Macroeconomic Data, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 55, 2008, pp. 665-676. – ^c Die Geweke-Statistik weist darauf hin, dass die Zahl der Durchläufe zur Schätzung der Rezessionswahrscheinlichkeiten ausreichend ist.

sich entsprechend weltweit und nicht nur in den USA verschärfen.

Selbst wenn die Staaten weltweit wieder ähnlich entschlossen eingreifen wie 2008/2009 wären die Folgen einer Krise angesichts der geleerten

„Kriegskassen“ ungleich schwerer. Neue kreditfinanzierte Konjunkturpakete dürften auch für relativ stabile Staaten mit Zinsaufschlägen verbunden sein. Eine weitere Lockerung der geldpolitischen Rahmenbedingungen ist kaum möglich. Da die

Zinsen bereits an der Untergrenze verharren und eine weitere quantitative Lockerung ohne eine entsprechende qualitative Lockerung der monetären Rahmenbedingungen kaum möglich ist, könnte der Preis aufgrund der verschlechterten Aktivastruktur der Zentralbanken eine dauerhafte Schädigung des Vertrauens in diese sein. Die Konjunktur würde sich in diesem Fall wohl kaum derart schnell wieder stabilisieren, wie es sich im Moment abzeichnet.

Wenn dabei die Finanzmärkte stabil blieben, wäre hingegen eine konjunkturelle Abkühlung in den USA für die Prognose von deutlich kleinerer Bedeutung, weil sich das Konjunkturmodell für Deutschland dann nicht qualitativ ändern würde. Allerdings könnte eine nachhaltige Schwächung der US-Konjunktur mit einer Abwertung des Dollar verbunden sein, welche die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands senkt. Außerdem sind die USA einer der bedeutenden Absatzmärkte für die in Südostasien gefertigten Produkte. Eine Schwächung der US-Konjunktur würde also diese Staaten belasten und so mittelbar zu einer Reduktion von deren Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern beitragen, die die jüngste Erholung maßgeblich mit getragen hat. Eine Schätzung mit dem strukturellen internationalen Konjunkturmodell des IWH (Halle Economic Projection Model¹⁹) ergibt, dass ein negativer Nachfrageimpuls in den USA zu einem entsprechenden Impuls halber Größe für die deutsche Volkswirtschaft führt.

Szenario 3: Konjunkturelle Überhitzung in den Schwellenländern und Rohstoffpreisblasen

Anders als im Basisszenario könnte es in den Schwellenländern zu einer konjunkturellen Überhitzung und zur Blasenbildung an den Rohstoffmärkten kommen; dies hätte kurz- und mittelfristig entgegengesetzte Effekte.

Die Leitzinsen in den Industrieländern sind derzeit auf einem historisch niedrigen Niveau. Theoretische Überlegungen sowie die Erfahrungen in der vergangenen Dekade legen nahe, dass mit sehr niedrigen Zinsen das Risiko von Übertreibungen und Blasen steigt, da mit niedrigen Geldmarktzinsen sowohl Investitionen in Finanzvermögen als auch in Sachkapital oder Immobilien tendenziell attraktiver werden. Zwar dürfte dieses Risiko für die Mehrzahl von Anlageobjekten in

¹⁹ Vgl. GIESEN, S.; HOLTEMÖLLER, O.; SCHARFF, J.; SCHEUFELE, R.: A First Look on the New Halle Economic Projection Model. IWH Discussion Paper 6/2010.

den Industrieländern derzeit gering sein, denn die niedrige gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung und die relativ hohe private und öffentliche Verschuldung dämpfen dort die Renditeerwartungen. Anders sieht es aber für viele Schwellenländer aus, die nicht unter den Lasten einer hohen Verschuldung leiden, und deren konjunkturelle Erholung bereits weit fortgeschritten ist. Dass die Notenbanken dort auf die Besserung der Konjunktur bereits mit Leitzinserhöhungen reagiert haben, macht die Länder als Anlageregionen noch attraktiver. Ähnlich verhält es sich mit den rohstoffexportierenden Ländern, die stark von einem Anziehen der Rohstoffpreise profitieren würden. Die Nachfrage nach Rohstoffen (sowie Finanzderivate auf Rohstoffbasis) wird wohl selbst durch das niedrige Zinsniveau in den Industrieländern befeuert.

Kurzfristig stellen die durch die beschriebenen Renditedifferenzen ausgelösten Kapitalströme in Richtung der Schwellenländer ein Aufwärtsrisiko für die Konjunktur in Deutschland dar. Sie könnten dazu führen, dass sich das konjunkturelle Fahrttempo dort nicht wie in unserem Basisszenario unterstellt im Jahr 2010 verlangsamt, sondern unverändert bleibt oder gar noch zunimmt. Da mehr als ein Fünftel des deutschen Exports in Länder außerhalb Europas und der USA gehen, würde dies die Konjunktur hierzulande 2011 spürbar stimulieren, gleichzeitig würde der Aufwärtsdruck auf Löhne und Preise zunehmen. Selbst wenn sich gleichzeitig die Rohstoffpreise weiter erhöhten, wäre der Gesamteffekt auf die Konjunktur in Deutschland wohl positiv. Zwar würde die Binnennachfrage hier durch steigende Rohstoffpreise gebremst, gleichzeitig würde aber der Export – vor allem jener von Investitionsgütern – vom Recycling der Einnahmen der Rohstoffländer profitieren; dieses Muster war zumindest in den vergangenen Jahren zu beobachten.²⁰

Mittelfristig ergäben sich dagegen erhebliche Abwärtsrisiken für die deutsche Konjunktur. Im Falle einer Veränderung des weltwirtschaftlichen Umfelds, etwa eines Zinsanstiegs in den Industrieländern, könnten unvermittelt größere Mengen an Kapital aus den Schwellenländern abgezogen werden.²¹ Dadurch könnte die Konjunktur dort ein-

²⁰ TASK FORCE OF THE MONETARY POLICY COMMITTEE OF THE EUROPEAN SYSTEM OF CENTRAL BANKS: Energy Markets and the Euro Area Economy. ECB Occasional Paper No. 113, Juni 2010.

²¹ Zu den Risiken zu niedriger Zinsen in Schwellenländern vgl. auch BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGS-AUSGLEICH: Jahresbericht 2010, S. 50 ff.

brechen, was bei einem dann weiter gestiegenen Anteil des auf diese Länder entfallenden Exportanteils empfindliche Konsequenzen in Deutschland haben würde, die über jene der Krisen in Asien und Russland vor der Jahrtausendwende hinaus gehen würden.

Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2014

Nach dem historischen Einbruch der Produktion im Winterhalbjahr 2008/2009, befindet sich die deutsche Konjunktur im Sommer 2010 auf einem steilen Expansionskurs. Damit hat sich auch die starke Unterauslastung der deutschen Volkswirtschaft zuletzt deutlich reduziert. Die Produktionslücke ist derzeit noch negativ, allerdings steuert das Niveau des Bruttoinlandsprodukts nach der vorliegenden Prognose bereits im Jahr 2011 seinen Trend wieder an.

Momentan profitiert die deutsche Wirtschaft stark vom Außenhandel, vor allem, weil die Schwellenländer kräftig expandieren. Im weiteren Projektionszeitraum dürfte sich dies jedoch ändern. So wird der Produktionsanstieg in den Schwellenländern bereits im zweiten Halbjahr 2010 an Schwung verlieren, da die Erholung von der Krise dort nicht nur abgeschlossen ist, sondern sich vielfach sogar Anzeichen für eine konjunkturelle Überhitzung zeigen. Maßgeblich für das Nachlassen der Exportdynamik ist allerdings, dass sich die konjunkturelle Situation Deutschlands deutlich von der vieler anderer Industrieländer unterscheidet, die mit den Folgen von Immobilienblasen und Banken Krisen zu kämpfen haben und in denen private und öffentliche Verschuldung zurückgefahren werden müssen. Dies dämpft die Nachfrage nach deutschen Exporten. Gleichzeitig wirken die konjunkturellen Unterschiede ab dem Jahr 2011 in Richtung auf eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Denn die in vielen Ländern mit der Krise stark gestiegene Arbeitslosigkeit und die Unterauslastung der Produktionskapazitäten werden sich wegen der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dort nur zögerlich verringern, und dies wird dort den Auftrieb von Preisen und Löhnen dämpfen. Da gleichzeitig in Deutschland die Arbeitslosigkeit in der Krise kaum gestiegen ist, seit Jahresbeginn bereits wieder sinkt und dieser Rückgang wohl noch einige Zeit anhalten dürfte, ist hierzulande tendenziell mit Aufwärtsdruck auf Preise und Löhne zu

rechnen. Ausgelöst durch die sinkende Wettbewerbsfähigkeit dürfte die deutsche Wirtschaft sowohl im Ausland als auch im Inland – durch höhere Importe – Marktanteile einbüßen. Alles in allem wird die Konjunktur in Deutschland im Projektionszeitraum wohl weniger Anregungen aus dem Ausland erhalten als vor der Rezession.

Unter den Ländern, deren Konjunktur im Projektionszeitraum durch die Spätfolgen von Immobilienkrisen und Verschuldung belastet wird, befinden sich einige im Euroraum. Trotz der kräftigen Konjunktur in Deutschland, werden die Produktionskapazitäten im übrigen Euroraum insgesamt voraussichtlich noch mehrere Jahre unterausgelastet bleiben. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) dürfte vor diesem Hintergrund expansiv ausgerichtet und die Leitzinsen niedrig bleiben. Gemessen an einem hypothetischen neutralen Zins für Deutschland, wird die Geldpolitik der EZB hierzulande anregend wirken. Dies wird vor allem die Investitionstätigkeit deutlich stimulieren. Dabei ist unterstellt, dass sich die derzeit noch bestehenden Probleme im Bankensektor zurückbilden und dass die im Rahmen neuer internationaler Standards zur Bankenregulierung zu erwartenden höheren Eigenkapitalvorschriften für Banken die Finanzierungskosten im Projektionszeitraum nur wenig erhöhen.

Gebremst wird die Konjunktur im Projektionszeitraum dagegen durch die Finanzpolitik. Nach wie vor ist der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte hoch, wenn auch er sich aufgrund des schnellen konjunkturellen Aufholprozesses geringer darstellt als vor Jahresfrist erwartet.

Rahmenbedingungen

Die Projektion unterstellt, dass das Wachstum in allen Regionen der Welt weiter aufwärtsgerichtet bleibt. Von den Industrieländern werden allerdings nur moderate Impulse ausgehen. Die USA werden nach einer vorübergehenden Schwächephase im zweiten Halbjahr 2010 nach und nach wieder ihre Trendwachstumsrate von 2,5% erreichen und im Jahre 2011 überschreiten. Allerdings birgt die stark gestiegene Verschuldung und die daraus resultierenden Konsolidierungsmaßnahmen ein großes Risiko für einen Rückschlag im Erholungsprozess. Im Euroraum (ohne Deutschland) bleiben die Aussichten getrübt. Strukturelle Anpassungen in einer Vielzahl von Ländern werden das Wachstum weiter bremsen. Bis 2011 hinein sind somit kaum Wachstumsraten von 2% und mehr zu erwarten. In

den asiatischen Ländern und in Lateinamerika wird sich das aktuelle Wachstumstempo leicht verringern. Vor diesem Hintergrund wird der Welthandel im Zeitraum 2012-2014 um durchschnittlich 6½% zunehmen.

Der Ölpreis wird im Jahr 2010 bei 76 US-Dollar pro Barrel liegen und für den restlichen Prognosezeitraum wird reale Konstanz unterstellt. Der nominale Ölpreis wird mit der durchschnittlichen Preisentwicklung in den USA von 2% fortgeschrieben. Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt im gesamten Projektionszeitraum 1,30 US-Dollar je Euro.

Bezüglich der Finanzpolitik wird angenommen, dass sie den stark expansiven Kurs verlässt und somit das strukturelle Defizit zurückführt. Es wird ferner davon ausgegangen, dass das Ziel eines Defizits des Bundeshaushalts von maximal 0,35% – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – im Jahr 2016 erreicht wird. Dämpfende Impulse werden daher von der Finanzpolitik ausgehen. Die öffentlichen Investitionen und der Staatskonsum werden im Projektionszeitraum darum zeitweise zurückgeführt oder abgeschwächt ausgeweitet werden. Zudem wird davon ausgegangen, dass die Beitragsätze zu einzelnen Zweigen der Sozialversicherungen weiter angehoben werden.

Für die Geldpolitik wird angenommen, dass die langfristigen Inflationserwartungen konstant bleiben und die Zinssetzung an einer geldpolitischen Reaktionsfunktion ausgerichtet bleibt. Die EZB wird bestrebt sein, die stark gestiegene Liquidität zu begrenzen; allerdings wird aufgrund der herrschenden Unterauslastung im Euroraum erst zum Ende des Projektionszeitraums ein neutraler Kurs angesteuert. Die im Zuge der Finanzkrise stark gestiegenen und danach wieder gesunkenen Risikoaufschläge bei der Unternehmensfinanzierung werden sich bis Ende des Jahres noch etwas zurückbilden, dann aber auf diesem Niveau verharren. Dies impliziert für den Projektionszeitraum etwas höhere Risikoaufschläge als in den Boomjahren 2006/2007.

Bestimmung des Produktionspotenzials

Die mittelfristige Projektion des Wachstums beruht auf Berechnungen zum Produktionspotenzial. Grundlage dieser Rechnung ist der Methodenrahmen des EU-Verfahrens, der für die Anwendung der deutschen Schuldenregel auf Bundesebene maßgeblich ist. Die Ausgangsbasis bildet eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt

(TFP).²² Der Kapitalstock folgt dem Nettoprinzip und errechnet sich aus den Bruttoanlageinvestitionen abzüglich Abschreibungen. Der technische Fortschritt wird über eine Wachstumszerlegung (Solow-Residuum) bestimmt. Der Faktor Arbeit, definiert als gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen in Stunden, setzt sich aus folgenden Teilkomponenten zusammen: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Partizipationsrate, Erwerbsquote, Pendlersaldo und durchschnittlich geleistete Arbeitszeit. Die Berechnung des Produktionspotenzials erfolgt mit Hilfe von Jahresdaten. Als Datenbasis dienen die Daten des Statistischen Bundesamtes und die Ameco-Datenbank.²³

Für die meisten Variablen werden univariate Zeitreihenmodelle spezifiziert und für den Zeitraum 2012 bis 2017 Prognosen generiert.²⁴ Für die Bestimmung der trendmäßigen Größen wird ein Hodrick-Prescott-Filter bis einschließlich 2017 verwendet.

Entwicklung des Produktionspotenzials

Die Berechnungen anhand des so angewendeten EU-Verfahrens ergibt für den Zeitraum 2009 bis 2014 einen durchschnittlichen Anstieg des Produktionspotenzials von 1,3% (Tabelle 10). Das Arbeitsvolumen wird dazu keinen nennenswerten Beitrag leisten, da die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes im Projektionszeitraum sinkt. Diese Entwicklung verschärft sich in den Jahren ab 2013. Außerdem wird die jährliche Arbeitszeit im Trend weiter sinken, da davon auszugehen ist, dass in bestimmtem Maße Vollzeitarbeitsplätze durch Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung substituiert werden. Zwar zeigen die Schätzungen am aktuellen Rand einen leichten Anstieg der Erwerbsquote, im weiteren Projektionszeitraum bleibt sie aber unverändert. Somit dürfte die strukturelle Arbeitslosenquote (ILO) im Restzeitraum bei etwa

²² In Übereinstimmung mit dem EU-Verfahren wird eine Produktionselastizität des Faktors Kapital von 0,35 unterstellt.

²³ Die Daten vor 1991 beziehen sich auf die alten Bundesländer. Auf eine Rückverketzung der Daten wurde verzichtet, da hierbei Inkonsistenzen (etwa bei Quoten) auftreten.

²⁴ Die Modelle werden anhand ihres Erklärungsgehalts innerhalb des Stützzeitraums ausgewählt und auf Brüche getestet. Bei Vorliegen eines Bruchs wird nur die Zeit nach Auftreten des Bruchs als Stützzeitraum unterstellt. Für die Jahre 2010 und 2011 wird die Kurzfristprognose unterstellt.

7% liegen. Weiterhin positiv dürfte sich die Partizipationsrate entwickeln.

Aufgrund des Absturzes der Investitionstätigkeit in Folge der Finanzkrise läuft die Sachkapitalbildung zunächst etwas gedämpfter und kann erst dann, wenn die Investitionen annähernd ihr Vorkrisenniveau erreicht haben, wieder beschleunigt zunehmen. Für den technischen Fortschritt wird unterstellt, dass dessen Trendwachstum gegen Ende des Projektionszeitraums wieder aufschließt und mit Raten des langjährigen Durchschnitts zunimmt.

Tabelle 10:
Entwicklung des Produktionspotenzials
- 1995 bis 2017; jahresdurchschnittliche Veränderung^a
in % -

	1995 bis 2009	2009 bis 2014 ^b	2009 bis 2017 ^b
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,3	1,4
Kapitalstock	1,5	1,3	1,4
Totale Faktorproduktivität	0,7	0,8	0,9
Arbeitsvolumen	-0,2	0,0	-0,1
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	-0,2	-0,3	-0,4
Partizipationsrate	0,7	0,6	0,6
Erwerbsquote	0,0	0,2	0,1
Jährliche Arbeitszeit	-0,7	-0,4	-0,4
<i>Nachrichtlich:</i>			
Arbeitsproduktivität	1,3	1,4	1,5

^a Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung. – ^b Trendmäßige Entwicklung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2010: eigene Prognose.

Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2014

Die Mittelfristprojektion setzt direkt an der Konjunkturprognose auf und basiert auf den oben dargelegten Potenzialüberlegungen.²⁵ Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte auch nach 2011 recht robust verlaufen und die Produktion sollte dann im Mittel mit der Potenzialrate zunehmen. Durchschnittlich wird somit das Bruttoinlandsprodukt im gesamten Projektionszeitraum um 1¾% steigen (Tabellen 11 und 12). Im Jahr 2012 wird das Pro-

²⁵ Umgesetzt wird die Mittelfristprojektion mit Hilfe des makroökonomischen Modells des IWH, vgl. SCHEUFELE, R.: Das makroökonomische Modell des IWH: Eine angebotsseitige Betrachtung. IWH-Diskussionspapiere 9/2008. Hierfür wurden sowohl die Potenzialberechnung nach EU-Verfahren als auch die Kurzfristprognose in das Modell übernommen.

duktionsniveau des Jahres 2008 wieder erreicht, die Produktionslücke ist bereits im Jahr 2011 annähernd geschlossen.

Wesentliche Impulse kommen dabei von den außerordentlich niedrigen Zinsen, die die Investitionstätigkeit stimulieren. Das Auslaufen der Konjunkturpakete wird dadurch weit mehr als ausgeglichen. Vom Außenbeitrag kommen dagegen zunehmend geringere Anregungen. Der Export wird aufgrund der schwachen Konjunktur in den Absatzländern und der sich verschlechternden preislichen Wettbewerbsfähigkeit nur mäßig zunehmen, gleichzeitig legen die Importe mit der anziehenden inländischen Nachfrage und den fallenden relativen Importpreisen rascher zu. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte profitieren im gesamten Projektionszeitraum von der zunehmenden Beschäftigung und steigenden Löhnen.

Der Preisanstieg bleibt zunächst gedämpft und wird in der kurzen Frist noch von der herrschenden Unterauslastung geprägt sein. Im Zuge einer kräftigeren Lohnentwicklung zum Ende des Projektionszeitraums werden allerdings auch die inländischen Preise wieder deutlicher anziehen. Im Projektionszeitraum wird die durchschnittliche Inflationsrate 1½% (BIP-Deflator) betragen. Die Importpreise werden aufgrund der Annahmen zur Rohstoffpreisentwicklung nur mäßig zunehmen. Die Konsumentenpreise steigen in etwa mit der gleichen Rate wie die Preise im Inland. Das nominale Bruttoinlandsprodukt wird in den Jahren 2010 bis 2014 mit durchschnittlich 3¼% steigen.

Am Arbeitsmarkt dürfte sich die jüngst sehr positive Entwicklung zum Ende des Projektionszeitraums zunehmend abschwächen. Die Beschäftigungsentwicklung wird dann deutlich schwächer sein. Die Zahl der Arbeitslosen (BA) liegt dann bei knapp 2,4 Millionen. Die in der kurzen Frist angelegte gedämpfte Entwicklung der Löhne wird sich im Restzeitraum beschleunigen, da sich die Knappheitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verschärfen. Dies ist nicht zuletzt der demografischen Entwicklung geschuldet, da vermehrt Erwerbspersonen altersbedingt aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden.

Anhang

Das IWH und Kiel Economics veröffentlichen im folgenden Tabellenanhang erstmals jährliche Sektorkonten und damit eine komplette Einkommenskreislaufrechnung für die institutionellen Sektoren Private Haushalte (einschließlich privater Organi-

Tabelle 11:
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum
- 2004 bis 2014 -

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigen- stunden		
in 1 000		in Stunden	in Mrd. Euro	in Euro		in Mrd. Euro	2000 = 100	
2004	38 880	34 658	1 441,5	2 108,7	54 236	38	2 210,9	104,8
2009	40 271	35 862	1 390,2	2 169,4	53 870	39	2 397,1	110,5
2014	41 731	37 186	1 387,8	2 374,7	56 881	41	2 811,3	118,4
<i>Veränderungen insgesamt in %</i>								
2009/2004	3,6	3,5	-3,6	2,9	-0,7	3,0	8,4	5,4
2014/2009	3 ¼	3 ¾	-¼	9 ½	5 ½	5 ¾	17 ¼	7 ¼
<i>Jahresdurchschnittliche Veränderung in %</i>								
2009/2004	0,7	0,7	-0,7	0,6	-0,1	0,6	1,6	1,1
2014/2009	½	¾	0	1 ¾	1	1	3 ¼	1 ½

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2010: eigene Prognose.

Tabelle 12:
Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts
- 2004 bis 2014 -

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlagen- investitionen	Vorrats- veränderungen	
		in Mrd. Euro					
2004	2 210,9	1 303,1	415,9	379,0	387,0	-8,0	112,9
2009	2 397,1	1 411,1	472,1	395,4	422,7	-27,3	118,5
2014	2 811,3	1 593,9	546,3	556,6	565,2	-8,6	114,5
<i>Anteile am BIP in %</i>							
2004	100	58,9	18,8	17,1	17,5	-0,4	5,1
2009	100	58,9	19,7	16,5	17,6	-1,1	4,9
2014	100	56,7	19,4	19,8	20,1	-0,3	4,1
<i>Veränderungen insgesamt in %</i>							
2009/2004	8,4	8,3	13,5	4,3	9,2		
2014/2009	17 ¼	13	15 ½	41	33 ¾		
<i>Jahresdurchschnittliche Veränderung in %</i>							
2009/2004	1,6	1,6	2,6	0,9	1,8		
2014/2009	3 ¼	2 ½	3	7	6		

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2010: eigene Prognose.

sationen ohne Erwerbzweck), Staat, Kapitalgesellschaften (finanzielle und nicht-finanzielle) und Übrige Welt. Die Sektorrechnung stellt die primäre gesamtwirtschaftliche Verteilung und Verwendung der Einkommen und deren Umverteilung auf die Sektoren in einem übersichtlichen geschlossenen Kontenrahmen dar. So leitet sich auf der Ausgabenseite der Sektoren die Ersparnis aus den Größen „Vermögensbildung“ und „Vermögens-transfers“ ab. Zentraler Bestandteil der Vermögensbildung sind die Nettoinvestitionen und der Finanzierungssaldo, die damit für alle Sektoren aus-

gewiesen werden und eine weitere Plausibilisierungsfunktion der Projektion darstellen. Diese Rechnung ist konsistent verzahnt mit der Verwendungsrechnung der Projektion in jährlicher Darstellung.

*Arbeitskreis Konjunktur des IWH,
Kiel Economics
Ansprechpartner: Oliver Holtemöller
(Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)*

Hauptaggregate der Sektoren
- in Mrd. Euro -

	Gegenstand der Nachweisung	2009				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung		2 140,6	1 415,7	212,9	512,0	-
2 - Abschreibungen .		366,1	209,8	39,8	116,5	-
3 = Nettowertschöpfung ¹		1 774,5	1 206,0	173,1	395,5	-118,5
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte		1 225,8	870,0	177,6	178,2	8,1
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben		47,3	37,1	0,1	10,1	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen		31,5	27,9	0,6	3,0	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen		533,0	326,8	-4,1	210,2	-126,6
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte		1 225,9	-	-	1 225,9	8,0
9 - Geleistete Subventionen		31,5	-	31,5	-	6,4
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .		304,5	-	304,5	-	5,7
11 - Geleistete Vermögenseinkommen		845,9	732,6	62,2	51,2	160,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen		879,0	448,9	19,7	410,4	127,0
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)		2 064,9	43,2	226,4	1 795,2	-152,3
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern		255,9	16,4	-	239,6	4,3
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern		260,0	-	260,0	-	0,2
16 - Geleistete Sozialbeiträge		496,7	-	-	496,7	2,7
17 + Empfangene Sozialbeiträge		497,8	87,4	409,9	0,5	1,6
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen		495,9	51,8	443,5	0,5	0,4
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen		490,3	-	-	490,3	6,0
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers		183,5	69,7	45,2	68,6	3,5
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers		151,5	64,6	13,3	73,6	35,4
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)		2 032,5	57,3	420,9	1 554,3	-120,0
23 - Konsumausgaben		1 883,2	-	472,1	1 411,1	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche		-	-33,6	-	33,6	-
25 = Sparen		149,3	23,8	-51,3	176,8	-120,0
26 - Geleistete Vermögenstransfers		46,2	7,3	32,8	6,1	3,2
27 + Empfangene Vermögenstransfers .		45,9	20,6	9,5	15,7	3,5
28 - Bruttoinvestitionen		395,4	205,1	39,3	151,0	-
29 + Abschreibungen		366,1	209,8	39,8	116,5	-
30 - Nettozugang an nicht prod. Vermögensgütern		-	0,5	-1,4	0,9	-
31 = Finanzierungssaldo		119,7	41,3	-72,7	151,0	-119,7
<i>Nachrichtlich:</i>						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept).		2 032,5	57,3	420,9	1 554,3	-120,0
35 - Geleistete soziale Sachtransfers		284,8	-	284,8	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers		284,8	-	-	284,8	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)		2 032,5	57,3	136,1	1 839,0	-120,0
38 - Konsum ²		1 883,2	-	187,4	1 695,8	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche		-	-33,6	-	33,6	-
40 = Sparen		149,3	23,8	-51,3	176,8	-120,0

Fortsetzung: Hauptaggregate der Sektoren
- in Mrd. Euro -

	Gegenstand der Nachweisung	2010				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	2 248,7	1 512,7	217,7	518,3	-
2 -	Abschreibungen .	358,4	210,8	36,4	111,2	-
3 =	Nettowertschöpfung ¹	1 890,4	1 301,9	181,3	407,1	-142,5
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 246,3	882,3	182,8	181,2	8,5
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	51,2	41,0	0,1	10,1	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	32,3	29,5	0,6	2,2	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	625,2	408,2	-0,9	218,0	-151,0
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 246,1	-	0,0	1 246,1	8,5
9 -	Geleistete Subventionen	31,3	-	31,3	-	6,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben .	309,5	-	309,5	-	5,9
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	865,1	747,2	64,1	53,8	148,9
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	891,7	453,4	15,6	422,7	122,3
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 176,1	114,4	228,8	1 832,9	-169,7
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	253,8	15,6	-	238,2	4,0
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	257,3	-	257,3	-	0,5
16 -	Geleistete Sozialbeiträge	511,0	-	-	511,0	2,9
17 +	Empfangene Sozialbeiträge	512,3	91,6	419,2	1,5	1,6
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	504,1	52,8	451,1	0,2	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	498,6	-	-	498,6	6,0
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	188,3	71,7	47,3	69,2	3,6
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	154,9	63,8	13,7	77,3	37,0
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 142,0	129,7	420,5	1 591,8	-135,6
23 -	Konsumausgaben	1 930,4	-	489,3	1 441,1	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-35,2	-	35,2	-
25 =	Sparen	211,6	94,4	-68,7	185,9	-135,6
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	42,0	4,5	30,5	7,0	2,8
27 +	Empfangene Vermögenstransfers .	44,4	18,0	8,9	17,5	0,5
28 -	Bruttoinvestitionen	434,4	225,3	42,0	167,1	-
29 +	Abschreibungen	358,4	210,8	36,4	111,2	-
30 -	Nettozugang an nicht prod. Vermögensgütern	-	0,5	-5,8	5,3	-
31 =	Finanzierungssaldo.	137,9	92,9	-90,3	135,3	-137,9
	<i>Nachrichtlich:</i>		-			
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 142,0	129,7	420,5	1 591,8	-135,6
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	286,0	-	286,0	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	286,0	-	-	286,0	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 142,0	129,7	134,5	1 877,8	-135,6
38 -	Konsum ²	1 930,4	-	203,3	1 727,1	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-35,2	-	35,2	-
40 =	Sparen	211,6	94,4	-68,7	185,9	-135,6

Fortsetzung: Hauptaggregate der Sektoren
- in Mrd. Euro -

	Gegenstand der Nachweisung	2011				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung		2 312,3	1 548,0	220,8	543,5	-
2 - Abschreibungen .		362,0	211,4	37,2	113,3	-
3 = Nettowertschöpfung ¹		1 950,4	1 336,6	183,6	430,2	-146,6
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte		1 268,6	898,6	185,5	184,4	9,2
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben		53,3	43,0	0,1	10,2	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen		32,9	30,0	0,4	2,5	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen		661,4	425,0	-1,6	238,0	-155,8
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte		1 268,5	-	0,0	1 268,5	8,2
9 - Geleistete Subventionen		29,4	-	29,4	-	6,8
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .		316,3	-	316,3	-	6,0
11 - Geleistete Vermögenseinkommen		900,6	777,1	68,1	55,4	157,2
12 + Empfangene Vermögenseinkommen		931,3	476,1	15,7	439,6	126,4
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)		2 247,6	124,0	232,8	1 890,7	-179,2
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern		259,6	19,4	-	240,1	3,5
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern		262,6	-	262,6	-	0,5
16 - Geleistete Sozialbeiträge		522,8	-	-	522,8	2,9
17 + Empfangene Sozialbeiträge		524,1	93,1	430,4	0,6	1,6
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen		495,3	53,6	441,1	0,6	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen		489,6	-	-	489,6	6,2
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers		195,3	74,6	48,0	72,7	4,9
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers		165,0	65,3	13,7	86,0	35,2
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)		2 215,8	134,8	450,4	1 630,7	-147,5
23 - Konsumausgaben		1 971,0	-	496,4	1 474,7	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche		-	-36,1	-	36,1	-
25 = Sparen		244,8	98,6	-46,0	192,2	-147,5
26 - Geleistete Vermögenstransfers		42,5	6,0	27,5	9,0	3,0
27 + Empfangene Vermögenstransfers .		42,5	18,5	9,0	15,0	2,9
28 - Bruttoinvestitionen		459,3	238,2	37,0	184,1	-
29 + Abschreibungen		362,0	211,4	37,2	113,3	-
30 - Nettozugang an nicht prod. Vermögensgütern		-	0,5	-1,4	0,9	-
31 = Finanzierungssaldo.		147,5	83,8	-62,9	126,6	-147,5
<i>Nachrichtlich:</i>			-			
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept).		2 215,8	134,8	450,4	1 630,7	-147,5
35 - Geleistete soziale Sachtransfers		288,5	-	288,5	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers		288,5	-	-	288,5	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)		2 215,8	134,8	161,9	1 919,2	-147,5
38 - Konsum ²		1 971,0	-	207,9	1 763,2	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche		-	-36,1	-	36,1	-
40 = Sparen		244,8	98,6	-46,0	192,2	-147,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – ² Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachtransfers).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; ab 2010: eigene Prognose.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,0	0,3	0,8	0,0	0,5	0,8	0,8
Arbeitsvolumen	-2,6	1,7	0,8	1,9	1,5	1,0	0,6
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen	-2,5	1,4	0,0	1,9	1,0	0,2	-0,2
Produktivität ¹	-2,2	1,8	1,2	1,2	2,3	1,9	0,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4,7	3,5	2,0	3,1	3,8	3,0	1,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	1 883,2	1 930,4	1 971,1	936,7	993,7	959,7	1 011,4
Private Haushalte ²	1 411,1	1 441,1	1 474,7	699,4	741,7	718,4	756,3
Staat	472,1	489,3	496,4	237,2	252,0	241,3	255,1
Anlageinvestitionen	422,7	447,7	464,3	207,6	240,1	221,3	243,1
Ausrüstungen	154,7	166,6	176,6	77,6	89,0	83,5	93,1
Bauten	240,1	252,6	258,2	116,5	136,2	123,7	134,5
Sonstige Anlageinvestitionen	27,9	28,4	29,5	13,5	14,9	14,0	15,5
Vorratsveränderung ³	-27,3	-13,3	-5,1	2,1	-15,4	5,8	-10,9
Inländische Verwendung	2 278,6	2 364,8	2 430,3	1 146,3	1 218,5	1 186,7	1 243,6
Außenbeitrag	118,5	128,5	134,7	65,4	63,1	72,6	62,1
Exporte	978,8	1 143,8	1 234,9	545,4	598,4	603,0	631,9
Importe	860,3	1 015,2	1 100,3	480,0	535,3	530,5	569,8
Bruttoinlandsprodukt	2 397,1	2 493,3	2 565,0	1 211,7	1 281,6	1 259,3	1 305,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	2,5	2,1	1,9	3,1	2,5	1,8
Private Haushalte ²	-0,2	2,1	2,3	1,2	3,0	2,7	2,0
Staat	5,0	3,6	1,5	4,0	3,3	1,7	1,2
Anlageinvestitionen	-10,3	5,9	3,7	3,5	8,1	6,6	1,2
Ausrüstungen	-23,3	7,7	6,0	4,3	11,0	7,6	4,6
Bauten	-0,6	5,2	2,2	3,2	7,0	6,2	-1,2
Sonstige Anlageinvestitionen	-1,4	1,8	3,8	1,0	2,5	4,1	3,6
Inländische Verwendung	-1,9	3,8	2,8	3,0	4,5	3,5	2,1
Exporte	-16,9	16,9	8,0	15,5	18,1	10,6	5,6
Importe	-15,5	18,0	8,4	14,4	21,5	10,5	6,4
Bruttoinlandsprodukt	-3,4	4,0	2,9	4,0	4,0	3,9	1,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	1 685,7	1 701,1	1 722,3	831,3	869,8	843,6	878,7
Private Haushalte ²	1 254,4	1 255,7	1 271,8	612,6	643,1	621,4	650,4
Staat	432,0	446,5	451,7	219,2	227,3	222,9	228,8
Anlageinvestitionen	418,2	443,0	456,2	205,4	237,6	217,0	239,2
Ausrüstungen	173,9	189,5	201,7	87,6	101,9	94,7	107,0
Bauten	207,3	215,5	216,3	100,0	115,5	103,9	112,3
Sonstige Anlageinvestitionen	36,6	38,8	41,1	18,2	20,6	19,3	21,8
Inländische Verwendung	2 070,9	2 121,2	2 161,0	1 035,7	1 085,5	1 061,0	1 100,0
Exporte	994,7	1 140,7	1 218,7	546,6	594,1	597,1	621,6
Importe	901,0	1 022,3	1 094,9	486,5	535,8	529,8	565,1
Bruttoinlandsprodukt	2 169,4	2 244,6	2 289,9	1 097,7	1 146,9	1 130,1	1 159,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	0,5	0,9	1,3	0,3	1,5	1,5	1,0
Private Haushalte ²	-0,2	0,1	1,3	-0,7	0,9	1,4	1,1
Staat	2,9	3,4	1,2	3,2	3,5	1,7	0,6
Anlageinvestitionen	-10,1	5,9	3,0	3,8	7,8	5,7	0,6
Ausrüstungen	-22,6	9,0	6,5	5,6	12,1	8,1	5,0
Bauten	-1,5	4,0	0,4	2,4	5,3	4,0	-2,8
Sonstige Anlageinvestitionen	5,6	6,0	5,8	6,5	5,6	6,2	5,5
Inländische Verwendung	-1,9	2,4	1,9	1,6	3,2	2,4	1,3
Exporte	-14,3	14,7	6,8	13,6	15,7	9,2	4,6
Importe	-9,4	13,5	7,1	11,0	15,8	8,9	5,5
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	3,5	2,0	3,1	3,8	3,0	1,1

Fortsetzung: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	0,0	2,0	1,0	1,9	2,1	1,3	0,8
Konsumausgaben des Staates	2,1	0,3	0,3	0,8	-0,2	0,0	0,5
Anlageinvestitionen	-0,3	0,0	0,7	-0,4	0,3	0,9	0,6
Ausrüstungen	-0,9	-1,1	-0,5	-1,2	-1,0	-0,5	-0,4
Bauten	0,9	1,2	1,8	0,8	1,6	2,1	1,6
Exporte	-3,0	1,9	1,1	1,7	2,1	1,2	0,9
Importe	-6,8	4,0	1,2	3,1	4,9	1,5	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,5	0,8	0,8	0,2	0,9	0,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 795,2	1 833,0	1 890,8	898,7	934,3	932,5	958,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	233,5	232,1	228,6	116,2	115,9	110,3	118,3
Bruttolöhne und -gehälter	992,4	1 014,0	1 039,9	481,6	532,4	493,6	546,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	569,4	586,9	622,2	300,9	286,0	328,5	293,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	269,6	343,1	356,7	146,0	197,1	160,9	195,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 064,9	2 176,1	2 247,5	1 044,7	1 131,4	1 093,4	1 154,1
Abschreibungen	366,1	358,4	362,0	176,2	182,2	177,9	184,0
Bruttonationaleinkommen	2 430,9	2 534,4	2 609,5	1 220,8	1 313,6	1 271,3	1 338,1
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	1 791,8	1 897,8	1 960,6	912,6	985,2	952,4	1 008,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	566,0	651,8	692,1	314,8	336,9	348,5	343,7
Arbeitnehmerentgelt	1 225,9	1 246,1	1 268,5	597,8	648,3	603,9	664,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-2,5	2,1	3,2	0,6	3,6	3,8	2,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,1	-0,6	-1,5	2,0	-3,0	-5,0	2,0
Bruttolöhne und -gehälter	-0,2	2,2	2,6	1,9	2,4	2,5	2,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	-0,2	2,0	1,7	2,1	1,8	1,6	1,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	-8,0	3,1	6,0	-1,8	8,8	9,2	2,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-13,5	27,2	4,0	55,5	12,2	10,2	-0,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,1	5,4	3,3	5,9	5,0	4,7	2,0
Abschreibungen	-0,3	-2,1	1,0	-5,6	1,5	1,0	1,0
Bruttonationaleinkommen	-3,6	4,3	3,0	4,0	4,5	4,1	1,9
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	-4,2	5,9	3,3	7,4	4,6	4,4	2,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-12,6	15,2	6,2	19,5	11,4	10,7	2,0
Arbeitnehmerentgelt	0,2	1,6	1,8	1,9	1,4	1,0	2,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	1 042,5	1 064,0	1 067,2	516,7	547,3	513,5	553,6
Nettolöhne und -gehälter	639,2	655,0	664,5	310,6	344,5	311,5	353,1
Monetäre Sozialleistungen	490,3	498,6	489,6	251,3	247,3	245,8	243,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	87,0	89,6	87,0	45,2	44,5	43,7	43,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	569,4	586,9	622,2	300,9	286,0	328,5	293,7
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-57,6	-59,1	-58,6	-30,1	-29,0	-32,4	-26,2
Verfügbares Einkommen	1 554,3	1 591,8	1 630,8	787,5	804,3	809,7	821,1
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	33,6	35,2	36,1	17,3	18,0	17,8	18,3
Konsumausgaben	1 411,1	1 441,1	1 474,7	699,4	741,7	718,4	756,3
Sparen	176,8	185,9	192,2	105,4	80,6	109,1	83,1
Sparquote (%) ⁶	11,1	11,4	11,5	13,1	9,8	13,2	9,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	2,6	2,1	0,3	3,3	1,0	-0,6	1,1
Nettolöhne und -gehälter	-0,3	2,5	1,5	3,5	1,6	0,3	2,5
Monetäre Sozialleistungen	8,3	1,7	-1,8	3,0	0,5	-2,2	-1,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	11,3	3,0	-2,9	3,2	2,8	-3,3	-2,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	-8,0	3,1	6,0	-1,8	8,8	9,2	2,7
Verfügbares Einkommen	-1,0	2,4	2,4	1,6	3,2	2,8	2,1
Konsumausgaben	-0,2	2,1	2,3	1,2	3,0	2,7	2,0
Sparen	-5,7	5,2	3,4	5,1	5,4	3,5	3,2

Fortsetzung: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	564,5	566,8	578,9	278,0	288,8	286,0	292,9
Sozialbeiträge	409,9	419,2	430,4	204,4	214,8	209,9	220,5
Vermögenseinkommen	19,7	15,6	15,7	9,3	6,3	9,5	6,2
Sonstige Transfers	13,3	13,7	13,7	6,5	7,2	6,4	7,3
Vermögenstransfers	9,5	8,9	9,0	4,3	4,5	5,0	4,1
Verkäufe	48,7	49,8	50,8	23,3	26,5	23,9	26,9
Sonstige Subventionen	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2
Insgesamt	1 066,0	1 074,6	1 098,8	526,1	548,5	540,9	557,9
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	308,0	321,4	326,5	154,7	166,7	157,8	168,7
Arbeitnehmerentgelt	177,6	182,8	185,5	88,2	94,6	89,6	95,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	62,2	64,1	68,1	31,5	32,6	33,1	35,0
Subventionen	31,5	31,3	29,4	16,0	15,3	14,6	14,8
Monetäre Sozialleistungen	443,5	451,1	441,1	227,6	223,5	221,6	219,5
Sonstige laufende Transfers	45,2	47,3	48,0	24,5	22,8	23,3	24,8
Vermögenstransfers	32,8	30,5	27,5	14,5	16,0	12,5	14,9
Bruttoinvestitionen	39,3	42,0	37,0	16,8	25,2	17,2	19,8
Nettozugang an nicht prod. Vermögensgütern	-1,4	-5,8	-1,4	-5,0	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	1 138,7	1 164,9	1 161,8	568,9	596,0	569,2	592,6
Finanzierungssaldo	-72,7	-90,3	-62,9	-42,8	-47,5	-28,3	-34,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	-4,3	0,4	2,1	-2,8	3,7	2,9	1,4
Sozialbeiträge	0,5	2,3	2,7	1,9	2,7	2,7	2,7
Vermögenseinkommen	6,3	-20,6	0,4	-29,0	-4,0	1,8	-1,6
Sonstige Transfers	-8,2	3,1	-0,1	2,5	3,6	-0,6	0,3
Vermögenstransfers	-6,6	-6,7	1,9	-8,7	-4,7	15,1	-10,7
Verkäufe	3,5	2,4	2,0	2,0	2,8	2,5	1,5
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	-2,1	0,8	2,3	-1,5	3,1	2,8	1,7
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	6,0	4,4	1,6	4,5	4,2	2,0	1,1
Arbeitnehmerentgelt	4,1	2,9	1,5	3,5	2,4	1,6	1,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-6,7	3,1	6,2	3,3	3,0	5,0	7,5
Subventionen	13,2	-0,6	-5,9	5,1	-6,0	-8,5	-3,3
Monetäre Sozialleistungen	5,3	1,7	-2,2	3,1	0,3	-2,6	-1,8
Sonstige laufende Transfers	12,1	4,7	1,4	17,4	-6,2	-5,1	8,5
Vermögenstransfers	-1,0	-6,8	-10,0	-10,9	-2,8	-13,7	-6,6
Bruttoinvestitionen	7,0	6,8	-11,9	3,0	9,5	2,6	-21,6
Nettozugang an nicht prod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,9	2,3	-0,3	3,0	1,7	0,1	-0,6

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; ab 2010: eigene Prognose.

Schuldenbremse: Bisherige Beschlüsse stellen Gelingen auf Länderebene infrage

Die bisherigen Schuldenregeln konnten einen Anstieg der Staatsverschuldung in Deutschland nicht verhindern. Nunmehr soll eine neue Regel – die Schuldenbremse – die Neuverschuldung von Bund und Ländern nachhaltig begrenzen. Sie verlangt vom Bund, sein strukturelles, also nicht konjunkturbedingtes Defizit ab dem Jahr 2016 auf 0,35% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt zu beschränken; die Länder sollen es bis zum Jahr 2020 vollständig abgebaut haben. Bereits ab kommandem Jahr müssen der Bund und fünf Länder, deren Haushaltslage als besonders angespannt eingestuft worden ist, mit der Rückführung ihrer strukturellen Defizite beginnen.²⁶

Während die Umsetzung der Schuldenbremse auf Bundesebene weitgehend abgeschlossen ist, haben bisher weder alle Länder eine der Schuldenbremse ähnliche Regelung in ihre Verfassungen oder Haushaltsordnungen aufgenommen, noch sind alle verfahrenstechnischen Einzelheiten geklärt. So ist es für das Gelingen der Schuldenbremse wesentlich, dass die Haushalte der Gebietskörperschaften in Zukunft zeitnah und regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob sie mit den Anforderungen der Regel in Einklang stehen; nur wenn „drohende Haushaltsnotlagen“ frühzeitig erkannt werden und rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können, kann die Schuldenbremse erfolgreich sein. Wie dies aber gewährleistet werden kann, ist bisher nur ansatzweise beschlossen. Obliegen wird diese Aufgabe dem neu gegründeten Stabilitätsrat. In seiner ersten Sitzung im April 2010 legte er sich auf vier Kennzahlen und dazugehörige Schwellenwerte fest. Sie bilden das Referenzsystem des Rates, mit welchem er in Zukunft die Haushaltsentwicklungen analysieren will. Dieses Referenzsystem wird im Folgenden genauer untersucht.

Es überrascht, dass die Zielgröße der Schuldenbremse – der strukturelle Finanzierungssaldo – sich

nicht unter den gewählten Kennziffern befindet.²⁷ Dies liegt wohl daran, dass noch keine Einigung erzielt werden konnte, mit welchem Verfahren diese Größe auf Länderebene geschätzt werden soll. Das IWH wird im zweiten Teil dieser Untersuchung einen praktikablen Ansatz zur Berechnung der strukturellen Finanzierungssalden auf Länderebene vorschlagen und Rückschlüsse auf die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik in den Ländern ziehen.

Umsetzung der Schuldenbremse auf Länderebene – der Stabilitätsrat und seine Beschlüsse

Um der Einhaltung der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene den Weg zu ebnet, ist der Stabilitätsrat gegründet worden. Er setzt sich aus den Bundesminister/-innen für Wirtschaft und Finanzen sowie den Landesfinanzminister/-innen zusammen. Der Rat wird in der Regel zweimal jährlich tagen, bei Bedarf können zusätzliche Treffen stattfinden. Beschlüsse des Stabilitätsrates bedürfen der Stimme des Bundes sowie einer Zweidrittelmehrheit der Länder, wobei ein betroffenes Land selbst nicht stimmberechtigt ist.²⁸

Steht während der Übergangsphase der Abbau der strukturellen Defizite im Vordergrund, soll die Schuldenbremse künftig Haushaltsnotlagen bei Bund und Ländern vermeiden helfen. Um Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen, wird der Stabilitätsrat auf vier Kriterien zurückgreifen: den Schuldenstand je Einwohner, die Zins-Steuer-Quote, die Kreditfinanzierungsquote und einen bereinigten Finanzierungssaldo je Einwohner.²⁹ Für die Indikatoren hat der Rat Schwellenwerte festgelegt. Überschreitet eine Kennzahl in zwei von drei aufeinanderfolgenden Jahren ihren Grenzwert, so gilt sie als „auffällig“. Wird die Mehrheit der Kennziffern als auffällig ausgewiesen oder lässt eine Projektion dies befürchten, leitet der

²⁶ Im Gegenzug werden den fünf Konsolidierungsländern (Bremen, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) in der Übergangsperiode von Bund und Ländern anteilig finanzierte Hilfen gewährt. Vgl. hierzu auch FREYE, S.: „Absurdes Ergebnis“ oder wissenschaftlich fundiert? Die Wahl der Konsolidierungsländer, in: LIST Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 35 (2-4), 2009, S. 90-105.

²⁷ Stattdessen wird der Stabilitätsrat den nominalen Finanzierungssaldo um bestimmte Transaktionen bereinigen und seine Beurteilungen auf dessen Entwicklung stützen.

²⁸ Bund und Länder haben jeweils eine Stimme.

²⁹ Zu den Beschlüssen des Stabilitätsrates vgl. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN, Monatsbericht, Mai 2010, S. 76-83.

Rat die Prüfung einer drohenden Haushaltsnotlage ein. Die Ergebnisse einer solchen Prüfung werden auf der nächsten Sitzung des Stabilitätsrates diskutiert und gegebenenfalls muss ein Sanierungsprogramm vereinbart werden.³⁰

Grundlegenden Verschiedenheiten in den Haushaltsstrukturen von Bund und Ländern wird durch unterschiedliche Schwellenwerte Rechnung getragen. Bei jenen Kennziffern, die stark von Entscheidungen der Vergangenheit geprägt sind, gelten überdies für Stadtstaaten und Flächenländer unterschiedliche Werte. Schließlich wurden die Schwellenwerte vom Stabilitätsrat nach Jahren der Haushaltsplanung und Jahren der Finanzplanung differenziert, denn bei letzteren besteht Unsicherheit.³¹

Kennziffern sind schon früher zur Beurteilung der haushaltspolitischen Situation von Gebietskörperschaften herangezogen worden. Eine allgemeingültige Abgrenzung finanzwissenschaftlicher Indikatoren gibt es aber nicht. Die Freiheitsgrade sind groß und je nach Definition kann die Größenordnung einer Kennziffer spürbar variieren. Im Rahmen der nachfolgenden Untersuchung wird versucht, die Abgrenzungen des Stabilitätsrates nachzubilden.³² Dazu wird auf die finanzstatistischen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen. Um den Haushalt möglichst umfassend abzubilden, werden die Ausgangswerte um bestimmte Hinzurechnungen und Absetzungen, wie

³⁰ Ein Sanierungsprogramm soll sich grundsätzlich über einen Zeitraum von fünf Jahren erstrecken und „geeignete Sanierungsmaßnahmen“ enthalten. Letztere sind nur solche Maßnahmen, die in der alleinigen Kompetenz der betroffenen Gebietskörperschaft liegen. Auf der Einnahmeseite bleibt den Ländern somit nur die Grunderwerbsteuer, denn seit September 2006 dürfen die Länder den Steuersatz – bei bundeseinheitlicher Bemessungsgrundlage – festlegen.

³¹ Die Haushaltsplanung umfasst die Ist-Werte der zwei vergangenen Jahre sowie den Soll-Wert des laufenden Jahres. Der Zeitraum der Finanzplanung beinhaltet den Sollwert des folgenden Jahres sowie die Ansätze der Finanzplanung. Der hier betrachtete Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2009 umfasst nur abgeschlossene Haushaltsjahre. Aufgrund dessen werden in der hier vorgelegten Studie nur die Grenzwerte der Haushaltsplanung betrachtet.

³² Die Schuldenbremse bezieht sich auf den Bundes- und die Länderhaushalte. Aus diesem Grund werden Gemeinden und Zweckverbände auf Länderebene im Folgenden nicht berücksichtigt. Aus ökonomischer Sicht ist ein solches Vorgehen nur bedingt sinnvoll, denn die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern und ihren Kommunen sind recht verschieden. Für eine Untersuchung der Länderfinanzen ist eine gemeinsame Betrachtung häufig aussagekräftiger. Hinzu kommt, dass die Haushalte der Stadtstaaten und der Flächenländer sich auch deshalb unterscheiden, weil hier eine Trennung zu den Kommunalhaushalten nicht möglich ist.

sie auch der Stabilitätsrat vornehmen dürfte, korrigiert.³³ Gleichwohl werden die letztlich vom Rat zugrunde gelegten Haushaltszahlen wohl nicht in allen Fällen getroffen werden.

Ob die gewählten Kennziffern und deren Schwellenwerte in der Lage sind, eine drohende Haushaltsnotlage rechtzeitig zu signalisieren, kann anhand ihrer historischen Entwicklung in den Jahren 1995 bis 2009 beurteilt werden.

Schuldenstand je Einwohner

Eine eher vergangenheitsorientierte Kennzahl ist der Schuldenstand je Einwohner.³⁴ In dieser Quote spiegeln sich die früheren Haushaltsdefizite wider. Ein hoher Schuldenstand je Einwohner deutet aber nicht nur auf ein beträchtliches Maß an kreditfinanzierten Ausgaben hin. Mit ihm gehen in der Regel auch überdurchschnittlich hohe Tilgungsverpflichtungen und Zinsbelastungen einher. Bei den Flächenländern ist der Schwellenwert auf 130% des Länderdurchschnitts festgelegt worden, bei den Stadtstaaten auf 220%, womit der historisch bedingten Ausgangslage Rechnung getragen wird.³⁵

Während des Untersuchungszeitraums haben sich Städte und Flächenländer weiter auseinanderentwickelt (vgl. Tabelle 1).³⁶ Die Stadtstaaten lagen im Untersuchungszeitraum alle oberhalb des Schwellenwertes. Am Beispiel Berlins lässt sich gut die vergangenheitsbezogene Sichtweise der Kennziffer aufzeigen. So war es der Stadt zwar gelungen, den laufenden Haushalt besser aufzustellen, allerdings wirkte hier der hohe Stellenwert

³³ Dies sind vor allem die Transfers des Länderfinanzausgleichs sowie weitere verteilungsrelevante Zahlungen zwischen Bund und Ländern. Vgl. hierzu auch BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN, Monatsbericht, Mai 2010, S. 76-83.

³⁴ Die Verschuldung wird anhand der Kreditmarktschulden im weiten Sinn gemessen. Diese umfassen Wertpapier-schulden, Ausgleichsforderungen gegenüber der öffentlichen Hand sowie Schuldscheindarlehen bei Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen. Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT, Fachserie 14, Reihe 5.

³⁵ In der Finanzplanungsperiode werden die Schwellenwerte der Haushaltsplanungsperiode um 220 Euro je Einwohner angehoben.

³⁶ Im Jahr 1995 lag die Pro-Kopf-Verschuldung in Bremen um 11 500 Euro über der in Bayern; 2009 war dieser Abstand auf rund 22 000 Euro gestiegen. Zwar hatten die Sonderbundesergänzungszuweisungen zur Haushaltssanierung diese Abweichung zwischenzeitlich verringert, allerdings konnten diese verteilungsrelevanten Zahlungen die Finanzausstattung des Landes Bremen nicht nachhaltig verbessern.

Tabelle 1:
Schuldenstand je Einwohner^a nach Ländern
- in Euro; Überschreitungen der Schwellenwerte sind fett markiert -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	2 343	2 492	2 587	2 697	2 733	2 812	3 020	3 140	3 341	3 508	3 686	3 825	3 881	3 879	5 249
Bayern	1 237	1 190	1 350	1 472	1 530	1 500	1 463	1 470	1 547	1 634	1 705	1 849	1 821	1 766	2 206
Brandenburg	3 247	3 852	4 230	4 509	4 616	4 922	5 208	5 666	6 314	6 382	6 606	6 713	6 799	6 774	6 930
Hessen	3 045	3 124	3 425	3 533	3 516	3 561	3 771	4 079	4 460	4 700	4 961	4 830	4 935	5 034	5 513
Mecklenburg-Vorpommern	2 184	2 754	3 282	3 704	3 961	4 202	4 618	4 958	5 466	5 959	6 292	6 315	5 973	5 929	5 979
Niedersachsen	3 696	3 885	4 072	4 208	4 244	4 307	4 645	5 020	5 426	5 844	5 982	6 105	6 197	6 307	6 477
Nordrhein-Westfalen	3 458	3 642	3 892	4 083	4 159	4 259	4 613	4 898	5 269	5 671	6 031	6 258	6 334	6 322	6 822
Rheinland-Pfalz	3 513	3 802	4 059	4 297	4 444	4 552	4 847	5 148	5 457	5 726	6 070	6 471	6 624	6 697	7 080
Saarland	6 402	6 321	6 108	5 933	5 930	5 731	5 763	6 136	6 559	6 961	7 694	8 346	8 792	9 185	10 330
Sachsen	1 630	1 881	2 048	2 180	2 197	2 267	2 316	2 446	2 617	2 745	2 821	2 720	2 613	2 279	1 649
Sachsen-Anhalt	2 665	3 512	3 961	4 410	4 800	5 156	5 559	6 112	6 572	7 174	7 744	7 860	8 272	8 262	8 368
Schleswig-Holstein	4 753	4 966	5 188	5 320	5 429	5 567	5 775	6 132	6 593	6 934	7 391	7 684	7 770	7 889	8 983
Thüringen	2 393	2 882	3 317	3 731	4 122	4 462	4 789	5 070	5 487	5 947	6 419	6 804	6 827	6 725	6 959
Schwellenwert für Haushaltsjahre: Flächenländer	3 788	4 087	4 395	4 642	4 775	4 933	5 292	5 674	6 117	6 540	6 895	7 102	7 136	7 121	7 747
Berlin	6 208	7 182	7 872	8 617	9 285	9 885	11 329	13 169	14 367	15 904	16 917	17 352	16 623	16 341	17 140
Bremen	12 679	12 550	12 819	12 660	12 110	12 883	13 469	14 518	16 004	17 003	18 552	20 148	21 564	23 076	24 256
Hamburg	7 823	8 378	8 568	8 773	9 202	9 721	10 241	10 526	11 171	11 726	12 166	12 355	12 272	12 203	13 429
Schwellenwert für Haushaltsjahre: Stadtstaaten	6 411	6 916	7 437	7 856	8 081	8 348	8 956	9 602	10 351	11 067	11 668	12 019	12 077	12 052	13 110

^a Kreditmarktschulden im weiten Sinn je Einwohner.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

der Kreditfinanzierung in früheren Jahren nach. Bei den Flächenländern sind es das Saarland, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt, die die Schwellenwerte über längere Zeiträume überschritten.

Auch wenn die Grenzwerte alles in allem nur in wenigen Fällen verletzt wurden, darf daraus nicht geschlossen werden, dass der Schuldenstand keinen Anlass zur Sorge gibt. Da die Schwellenwerte sich am Durchschnitt aller Länder orientieren, kann ein gravierender Ausreißer den Mittelwert so stark erhöhen, dass die Werte der anderen Länder schon aus diesem Grund unbedenklich erscheinen. Der Schuldenstand pro Kopf hat sich im Länderdurchschnitt in knapp 15 Jahren nahezu verdoppelt; eine nachhaltige Finanzpolitik ist dies nicht.

Zins-Steuer-Quote

Der Stabilitätsrat wird zudem die Zins-Steuer-Quote als Kennzahl heranziehen. Sie gibt das Verhältnis der Zinsausgaben zu den Steuereinnahmen wieder und lässt Aufschluss darüber zu, welcher Teil der Landeseinnahmen aufgrund von Entschei-

dungen in vergangenen Haushalts- und Legislaturperioden bereits gebunden ist, also für eine aktive Finanzpolitik nicht mehr zur Verfügung steht. Es werden bestimmte Korrekturen vorgenommen; dies betrifft vor allem Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs.³⁷ Bei den Zinsausgaben werden lediglich die Zinsverpflichtungen am Kreditmarkt berücksichtigt.³⁸ In Jahren der Haushaltsplanung soll die Quote bei einem Flächenland 140% des Länderdurchschnitts und bei einem Stadtstaat 150% nicht übersteigen. Wiederum wird mit einer Differenzierung der Grenzwerte der historischen Entwicklung Rechnung getragen.³⁹

³⁷ Die Korrekturen um diese Transfers haben für sich genommen zur Folge, dass die Quoten der Geberländer steigen, die der Nehmerländer zurückgehen. Sollen Rückschlüsse für die Zeit nach 2020 gezogen werden, wenn der Länderfinanzausgleich neu geregelt sein wird, ist dies zu berücksichtigen.

³⁸ Solche gegenüber öffentlichen Kreditgebern werden vernachlässigt.

³⁹ In Jahren der Finanzplanungsperiode werden die Grenzwerte um einen Prozentpunkt erhöht.

Tabelle 2:
Zins-Steuer-Quoten^a der Länder
- in %; Überschreitungen der Schwellenwerte sind fett markiert -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	8,0	7,7	8,1	7,8	7,1	6,9	7,1	7,7	8,3	8,3	8,7	9,2	7,2	6,6	6,3
Bayern	4,3	3,9	4,3	4,3	4,1	3,8	3,7	3,7	4,1	3,9	4,0	3,8	3,1	2,8	2,8
Brandenburg	10,1	12,1	14,3	15,1	15,3	15,1	17,3	18,4	19,5	21,0	19,3	17,9	16,4	14,6	13,4
Hessen	9,9	9,3	9,8	9,8	8,9	8,3	8,7	9,3	9,8	10,1	10,4	9,1	7,6	7,8	8,7
Mecklenburg-Vorpommern	6,6	8,9	11,2	12,2	12,8	13,2	15,1	15,5	15,9	16,1	15,6	14,3	13,1	11,9	11,9
Niedersachsen	13,5	14,1	15,0	14,5	14,6	13,9	16,2	16,0	16,4	16,7	15,6	13,9	12,2	11,7	12,0
Nordrhein-Westfalen	11,6	11,7	12,1	11,7	11,6	11,4	12,5	13,1	13,6	13,4	12,9	12,4	11,6	11,4	11,6
Rheinland-Pfalz	13,0	13,6	14,9	14,3	14,1	14,3	15,5	15,0	15,7	14,8	14,7	13,3	12,7	13,0	13,1
Saarland	28,0	26,5	27,4	24,9	22,4	20,6	20,9	20,3	19,5	20,2	20,3	19,9	18,6	18,5	20,1
Sachsen	4,8	6,4	7,4	7,4	7,2	6,9	7,9	7,8	8,0	7,7	7,9	6,8	5,9	5,2	4,6
Sachsen-Anhalt	9,3	10,2	12,5	13,3	12,7	14,4	16,6	18,2	20,3	19,8	20,4	19,5	17,9	18,6	16,9
Schleswig-Holstein	16,8	17,3	18,1	17,9	17,4	17,3	17,6	17,2	16,7	17,9	16,5	15,6	14,8	14,1	15,7
Thüringen	7,0	9,2	11,3	11,9	12,6	12,4	15,3	15,5	15,8	16,7	17,1	16,4	14,5	13,5	13,5
Schwellenwert für Haushaltsjahre: Flächenländer	14,5	15,1	16,2	16,0	15,5	15,2	16,5	17,1	17,7	17,6	17,5	16,4	14,8	14,1	14,3
Berlin	13,5	17,7	21,2	21,5	22,2	22,5	26,0	27,0	28,4	29,2	29,2	26,2	24,2	22,0	22,8
Bremen	31,8	33,3	26,7	32,3	29,6	30,6	31,7	29,1	24,7	25,5	27,0	24,9	25,6	26,6	27,9
Hamburg	15,2	15,4	15,8	14,6	13,3	12,8	14,1	15,1	14,3	12,9	12,7	10,8	11,4	11,0	11,7
Schwellenwert für Haushaltsjahre: Stadtstaaten	15,5	16,2	17,4	17,1	16,6	16,2	17,7	18,4	19,0	18,9	18,8	17,6	15,8	15,1	15,3

^a Relation von Zinsausgaben zu Steuereinnahmen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des IWH.

Insgesamt bietet die Zins-Steuer-Quote im Durchschnitt aller Länder ein eher einheitliches Bild. Zu Beginn und zum Ende des Untersuchungszeitraums lag sie im Länderdurchschnitt ähnlich hoch; allerdings war sie zwischenzeitlich deutlich gestiegen (vgl. Tabelle 2). Diese Veränderungen im Niveau haben verschiedene Ursachen. Zum einen schlägt sich in der Zins-Steuer-Quote die Konjunkturentwicklung nieder; die Quote wird im Boom tendenziell zurückgehen und im Abschwung zunehmen. Zweitens weist sie bei größeren Steuerrechtsänderungen Sprünge auf. Schließlich wirkt sich drittens die Höhe des Zinsniveaus aus – und für Staatsschulden sank dieses seit Beginn des Jahrtausends merklich.

Der Grenzwert wird im Untersuchungszeitraum nur von wenigen Ländern überschritten. Vor allem Berlin, Bremen und das Saarland haben die Folgen der hohen Kreditfinanzierung früherer Jahre zu tragen. Bremen und das Saarland lagen sogar dauerhaft über dem Grenzwert – auch die Sonderbundesergänzungszuweisungen zur Haushaltsanierung konnten dies nicht verhindern. Darüber hinaus verletzen Brandenburg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt den Schwellenwert mehrfach.

Allerdings signalisiert die recht geringe Zahl der Verstöße auch in diesem Fall keine unbedenkliche Haushaltslage. Wie zuvor sind es wenige Länder – vor allem Bremen, das Saarland und auch Berlin –, die für den hohen Länderdurchschnitt verantwortlich sind.

Kreditfinanzierungsquote

Die dritte Kennziffer zur Beurteilung der Haushaltslage ist die Kreditfinanzierungsquote. Sie bildet das Verhältnis der Nettokreditaufnahme zu den (um bestimmte Finanztransaktionen) bereinigten Ausgaben eines Landes ab. Damit lässt sie direkte Rückschlüsse auf die Tragfähigkeit heutiger Haushaltspolitik zu, denn sie gibt an, welcher Anteil der laufenden Ausgaben nicht aus regulären Einnahmen bestritten werden kann. Ihr Grenzwert liegt drei Prozentpunkte oberhalb des Länderdurchschnitts.

Bei der Kreditfinanzierungsquote wurden die Grenzwerte in verschiedenen Ländern überschritten (vgl. Tabelle 3). Nach den Maßstäben des Stabilitätsrates wäre sie des Öfteren als auffällig charakterisiert worden. In den 1990er Jahren hätte dies

Tabelle 3:
Kreditfinanzierungsquoten^a der Länder
- in %; Überschreitungen der Schwellenwerte sind fett markiert -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	5,3	4,6	5,3	3,6	1,7	2,4	6,4	5,6	7,6	6,6	5,2	4,1	3,5	-0,4	-0,7
Bayern	-1,2	5,1	4,2	2,6	-0,6	-1,1	0,1	2,8	3,5	2,6	5,8	0,5	-1,0	-2,0	11,0
Brandenburg	16,3	10,7	14,2	6,3	6,6	5,3	9,9	11,6	12,1	10,1	5,8	4,1	2,3	-8,3	-6,8
Hessen	8,4	6,2	7,8	5,0	3,1	3,1	6,0	10,3	8,7	8,1	6,5	4,0	2,2	-5,2	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	14,4	12,9	10,6	8,6	6,4	5,3	7,3	6,0	13,9	12,9	3,4	-0,4	-3,3	-10,0	-8,0
Niedersachsen	8,5	8,3	8,7	7,8	5,5	7,8	10,6	11,5	12,9	12,8	9,4	7,3	0,8	-0,7	6,0
Nordrhein-Westfalen	7,6	7,5	10,0	6,6	5,9	8,7	8,7	11,6	12,9	13,9	13,7	6,7	4,0	-2,9	7,3
Rheinland-Pfalz	8,7	10,0	11,6	8,9	8,5	7,6	7,6	10,8	12,2	10,8	8,3	7,1	5,7	0,3	5,5
Saarland	-5,3	-6,2	-4,6	-7,0	-3,7	0,4	4,8	6,9	12,1	11,7	23,4	20,1	13,5	4,2	18,3
Sachsen	7,0	5,4	4,9	2,9	1,3	1,3	4,6	1,4	3,1	2,5	0,4	-0,1	0,0	-0,3	-1,0
Sachsen-Anhalt	15,6	11,0	14,6	9,7	8,4	6,9	10,3	13,2	6,3	13,7	9,2	6,3	-0,4	-0,4	1,2
Schleswig-Holstein	8,6	8,7	9,4	9,3	6,5	6,5	8,9	12,6	14,8	10,3	16,7	11,4	6,3	1,6	7,0
Thüringen	8,9	10,7	10,1	9,2	9,6	7,9	10,8	5,9	6,8	10,9	10,7	6,1	1,0	-3,4	0,8
Berlin	13,2	11,5	12,3	11,9	10,6	9,4	22,2	26,6	18,7	22,1	16,2	8,5	-12,0	-2,1	13,7
Bremen	-2,4	-0,6	-5,3	-2,2	-3,8	2,0	7,4	13,9	14,0	19,1	25,9	19,3	16,7	10,5	17,0
Hamburg	7,3	9,4	7,2	8,4	8,4	8,4	5,9	9,9	9,7	5,1	7,1	6,3	0,1	-7,3	-0,9
Schwellenwert für Haushaltsjahre	10,5	10,6	11,3	9,2	7,7	8,2	11,2	12,9	13,0	13,2	12,3	8,3	4,2	0,9	8,2

^a Verhältnis von Nettokreditaufnahme zu den (um bestimmte Finanztransaktionen) bereinigten Ausgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des IWH.

die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen betroffen. Brandenburg verletzt den Schwellenwert von 1995 bis 1997, also drei Jahre in Folge, Sachsen-Anhalt bis Ende 1999, also fünf Jahre nacheinander. Thüringen verletzte den Schwellenwert von 1996 bis 1999 drei Mal.

Berlin überschritt den Grenzwert zwölf Jahre nacheinander (bis 2006), bevor die Maßnahmen zur Haushaltssanierung erste Erfolge zeigten. Allerdings hat die Haushaltslage sich hier im Gefolge der Wirtschaftskrise wieder zugespitzt. Besorgniserregend entwickelt sich die Kreditfinanzierungsquote zudem in Bremen. Seit dem Jahr 2002 liegt sie durchgängig über dem Schwellenwert. Für Hamburg war die Quote in den Jahren 2000 und 2001 auffällig. Auch in Nordrhein-Westfalen (2005/2006), im Saarland (ab 2006) und in Schleswig-Holstein (2005 bis 2009) war die Kennzahl nach der Jahrtausendwende auffällig.

Der bereinigte Finanzierungssaldo

Schließlich wird der Stabilitätsrat die Entwicklung des Finanzierungssaldos beobachten. Zielgröße der Schuldenbremse ist die Reduktion bzw. der Abbau des strukturellen – also des um Konjunkturrein-

flüsse bereinigten – Finanzierungssaldos. Daher hatte vor der Sitzung des Rates erwartet werden können, dass für die Überwachung der Haushalte auf den Finanzierungssaldo in dieser Abgrenzung zurückgegriffen werden würde. Die Vorgehensweise bei der Berechnung der strukturellen Finanzierungssalden auf Länderebene steht aber noch nicht fest. Daher hat der Stabilitätsrat sich entschieden, auf den nominalen Finanzierungssaldo zurückzugreifen und ihn um bestimmte finanzielle Transaktionen zu bereinigen.⁴⁰ Diesen bereinigten Finanzierungssaldo belegt der Rat in seiner Sprachregelung mit dem Begriff „struktureller Finanzierungssaldo“. Diesem Vorgehen wird hier nicht gefolgt. Für den vom Rat herangezogenen Finanzierungssaldo wird im Folgenden der Begriff „bereinigter Finanzierungssaldo“ verwendet; mit dem Begriff „struktureller Finanzierungssaldo“ wird – wie in makroökonomischen Untersuchungen üblich – ein um konjunkturelle Einflüsse korrigierter Finanzierungssaldo bezeichnet.

⁴⁰ Neben der periodengerechten Abgrenzung des Länderfinanzausgleichs handelt es sich dabei unter anderem um einzelne Sondervermögen der Länder.

Tabelle 4:
Bereinigte Finanzierungssalden je Einwohner^a
- in Euro; Überschreitungen der Schwellenwerte sind fett markiert -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	-184	-171	-98	31	-2	-36	-129	-233	-222	-186	-150	-66	128	142	-103
Bayern	65	-198	-92	-20	162	254	14	-135	-203	-40	-31	45	258	254	-61
Brandenburg	-589	-384	-359	-305	-266	-200	-318	-552	-366	-302	-208	-144	66	71	-103
Hessen	-250	-170	-212	-100	-72	-48	-134	-322	-301	-224	-170	-38	-36	-139	-416
Mecklenburg-Vorpommern	-385	-420	-244	-257	-179	-131	-269	-341	-478	-357	-150	58	198	189	147
Niedersachsen	-257	-179	-203	-170	-127	-121	-350	-439	-381	-255	-282	-76	87	-20	-288
Nordrhein-Westfalen	-158	-220	-278	-154	-105	-126	-296	-317	-339	-344	-236	-157	-109	0	-262
Rheinland-Pfalz	-147	-207	-275	-219	-180	-115	-281	-307	-319	-221	-238	-158	-81	-132	-411
Saarland	187	229	169	234	116	49	-136	-276	-393	-368	-732	-640	-405	-408	-821
Sachsen	-227	-145	-140	23	53	47	-115	-70	-111	-71	89	266	482	311	-47
Sachsen-Anhalt	-455	-357	-572	-386	-270	-248	-395	-441	-334	-308	-290	-223	100	65	-103
Schleswig-Holstein	-283	-324	-251	-200	-104	-126	-278	-326	-419	-281	-484	-310	-116	-102	-367
Thüringen	-327	-397	-352	-310	-335	-278	-423	-296	-347	-408	-294	-135	63	137	-117
Berlin	-1 597	-1 328	414	-608	-477	-616	-962	-1 146	-1 093	-775	-436	-346	1 537	222	-380
Bremen	185	118	424	149	295	-26	-475	-928	-1 053	-1 199	-1 421	-1 113	-864	-696	-1 184
Hamburg	-420	-571	-402	-361	-358	-380	-589	-173	-589	-294	-134	-63	169	110	-454
Schwellenwert für Haushaltsjahre	-445	-467	-383	-338	-281	-275	-450	-524	-541	-461	-408	-297	-79	-136	-426

^a Nominaler Finanzierungssaldo korrigiert um Darlehen an öffentliche und andere Bereiche, Erwerb oder Veräußerung von Beteiligungen, Schuldentilgung/-aufnahme an den öffentlichen Bereich, periodengerechte Abgrenzung des Länderfinanzausgleichs, Sondervermögen und Entnahmen aus Grundstücken.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des IWH.

Für den bereinigten Finanzierungssaldo je Einwohner gilt der Grenzwert in Jahren der Haushaltsplanung als überschritten, wenn das Defizit um mehr als 200 Euro über dem Länderdurchschnitt liegt.⁴¹

Es ist wenig überraschend, dass die Finanzierungssalden deutlich mit der Konjunktur schwanken. Eine Überschreitung des Grenzwertes ist dabei selten, denn alle Länder sind von konjunkturellen Schwankungen mehr oder weniger gleichermaßen betroffen (vgl. Tabelle 4). Vereinzelt Verstöße gab es in Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Hamburg verletzte den Schwellenwert relativ häufig (1996 bis 2001 durchgängig); bis einschließlich 2003 hätte der Indikator hier eine Haushaltsnotlage signalisiert. Auch Berlin hat bis

einschließlich 2006 fast durchgängig den Grenzwert überschritten. Danach schlägt sich hier der Konsolidierungskurs nieder; im Jahr 2007 erreicht die Bundeshauptstadt sogar den höchsten Überschuss je Einwohner. In Bremen liegt die Kennziffer seit 2001 über dem Schwellenwert. Schließlich verletzt das Saarland seit 2005 das Kriterium des Stabilitätsrates.

Auch hier darf die Tatsache, dass nur wenige Länder den Grenzwert überschreiten, nicht darüber hinweg täuschen, dass die Finanzierungssalden insgesamt Anlass zu Bedenken geben. Im Länderdurchschnitt wurden während der gesamten Untersuchungsperiode – also über beinahe zwei Konjunkturzyklen – Defizite realisiert.

Ergebnis: Kennziffern signalisieren drohende Haushaltsnotlage nur für Extremfälle

Die Kennziffern, die der Stabilitätsrat für die Beurteilung der Haushaltslagen heranziehen wird,

⁴¹ In Finanzplanungsjahren soll der Budgetsaldo je Einwohner den Länderdurchschnitt nicht um mehr als 300 Euro übersteigen, es sei denn die Steuerschätzung führt zu einem wesentlich besseren Ergebnis.

sind so gewählt, dass sie viele Facetten der Verschuldungsproblematik abdecken. Damit erscheinen sie prinzipiell geeignet, ein umfassendes Bild der jeweiligen Finanzsituation wiederzugeben. Es hat sich allerdings gezeigt, dass die vom Stabilitätsrat festgelegten Schwellenwerte in der Vergangenheit nur nicht häufig überschritten worden sind. Dies liegt auch daran, dass die Grenzwerte in Relation zum Länderdurchschnitt definiert worden sind. Ein oder zwei Länder können diesen Durchschnitt so deutlich beeinflussen, dass die anderen zwangsläufig den Schwellenwert einhalten und nur Extremfälle auffällig werden. Hinzu kommt, dass ein Indikator in zwei von drei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren über seinem Grenzwert liegen muss, damit er auf eine Haushaltsnotlage hindeutet. Schließlich muss die Mehrheit der Kriterien auffällig sein, damit der Stabilitätsrat eine drohende Haushaltsnotlage prüft.

Tabelle 5 zeigt die Schwellenwertüberschreitungen im Untersuchungszeitraum. Die Fälle in denen das Referenzsystem des Stabilitätsrates eine „drohende Haushaltsnotlage“ signalisiert hätte sind hervorgehoben. Für Berlin und Bremen wäre dies der Öfteren der Fall gewesen und eine Prüfung hätte stattgefunden. Für das Saarland und Schleswig-Holstein wäre ebenfalls eine Prüfung notwendig geworden. Überraschenderweise wäre auch für das reiche Hamburg in zwei Jahren eine Notlage signalisiert worden. Nur in wenigen Fällen hätten die Schwellenwerte nach den jetzigen Beschlüssen darauf hingewiesen, dass die Haushaltsentwicklungen auf keiner nachhaltigen Basis standen.

Schätzung der strukturellen Finanzierungssalden auf Länderebene – Vorschlag für einen praktikablen Ansatz

Bestimmte Einnahme- und Ausgabepositionen des Staates schwanken konjunkturbedingt stark, wodurch in Abschwunghasen Fehlbeträge entstehen, in Aufschwunghasen hingegen Überschüsse. Solche Salden sind nicht nur nicht problematisch sondern gewollt: Sie federn die konjunkturelle Entwicklung ab und gleichen sich über einen Konjunkturzyklus tendenziell aus. Bedenklich sind hingegen Defizite die permanenter Natur sind, weil das Niveau der Ausgaben dem der Einnahmen nicht angemessen ist. Diese Fehlbeträge kumulieren sich im Zeitablauf und gefährden mittel- bis langfristig die Handlungsfähigkeit des Staates; die Finanzpolitik ist nicht nachhaltig. Es sind diese – strukturellen –

Finanzierungssalden, die mit der Schuldenbremse begrenzt (Bund) oder gar vermieden (Länder) werden sollen.

Methodische Vorüberlegungen

Der strukturelle Finanzierungssaldo entspricht der Haushaltsposition, die sich ergeben würde, wären alle Produktionsfaktoren normal ausgelastet. Zu seiner Schätzung ist es in einem ersten Schritt notwendig, die zyklische Position der Wirtschaft zu bestimmen. Dabei ist es erforderlich, Größen zu schätzen, die empirisch nicht beobachtbar sind. Hierzu kann auf eine Vielzahl empirischer Verfahren zurückgegriffen werden, die theoretisch mehr oder weniger gut fundiert sind.⁴² Diese Verfahren sind im Allgemeinen aber weder einfach noch transparent. Zudem führen sie zu recht unterschiedlichen, häufig sogar gegensätzlichen Einschätzungen.

Der Bund hat sich bereits auf ein Verfahren festgelegt; für die Vorgehensweise bei der Schätzung der strukturellen Finanzierungssalden auf Länderebene konnte aber noch keine Einigung erzielt werden. In diesem Punkt sind die Bund-Länder-Verhandlungen wohl auch deshalb am wenigsten fortgeschritten, weil die Adaption eines Bereinigungsverfahrens auf die Ebene der Gliedstaaten kein triviales Problem ist. So ist eine eigenständige Berechnung der volkswirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten mangels Daten schwerlich möglich. Neben den methodischen und wissenschaftlichen Herausforderungen bei der Berechnung des strukturellen Finanzierungssaldos muss die gewählte Lösung auch noch einem Mindestmaß an Transparenz genügen, denn sie soll im politischen und administrativen Prozess bestehen; eine komplizierte Potenzialschätzung auf Länderebene würde dies kaum gewährleisten.⁴³

Eine Festlegung zur Konjunkturbereinigung der Länderhaushalte ist jedoch für das Gelingen der Schuldenbremse unabdingbar; nicht zuletzt, weil der strukturelle Finanzierungssaldo nicht nur die

⁴² Zu den Verfahren vgl. WEYERSTRASS, K.: Methoden der Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials und der Produktionslücke. IWH-Diskussionspapiere 142/2001.

⁴³ Der Ansatz der EU-Kommission, der für den Bundeshaushalt übernommen werden wird, greift auf die Schätzung einer Produktionsfunktion für Deutschland zurück. Eine solche Schätzung ist allein aus Datengründen für ein einzelnes Bundesland nicht durchführbar. Zudem wäre ein solches Verfahren kaum transparent.

Tabelle 5:

Schwellenwertüberschreitungen nach den Festlegungen des Stabilitätsrates

- Anzahl; „drohende Haushaltsnotlagen“ nach der Definition des Stabilitätsrates sind fett markiert -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg															
Bayern															1
Brandenburg	2	1	1				1	2	2	1	1	1	1	1	
Hessen														1	
Mecklenburg-Vorpommern	1	1							1						
Niedersachsen															
Nordrhein-Westfalen						1				1	1		1		
Rheinland-Pfalz			1		1								1		
Saarland	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	4	4	4
Sachsen															
Sachsen-Anhalt	2	1	2	2	2	1	2	3	2	3	2	2	2	2	2
Schleswig-Holstein	2	2	2	3	2	2	2	2	2	2	3	3	4	3	2
Thüringen		1		1	2	1						1			
Berlin	2	4	3	4	4	4	4	4	4	4	4	4	2	2	3
Bremen	2	2	2	2	2	2	3	4	4	4	4	4	4	4	4
Hamburg	1	2	2	2	3	3	2	1	2	1	1	1	1	1	2

Quelle: Darstellung des IWH.

Zielgröße der Schuldengrenze, sondern auch die geeignete Kennziffer zur Beurteilung der aktuellen Finanzpolitik darstellt. Aus diesem Grund stellt das IWH hier einen Ansatz vor, mit dem diese Berechnungen durchgeführt werden können. Die Verfahrensweise ist dabei so einfach wie möglich gehalten, um eine praktikable Lösung zu bieten.

IWH-Vorschlag für einen praktikablen Ansatz

Es wird davon ausgegangen, dass die Länder sich dem Verfahren des Bundes grundsätzlich anschließen werden.⁴⁴ In diesem Fall muss das für Deutschland insgesamt ermittelte Produktionspotenzial auf die einzelnen Länder „verteilt“ werden. Somit stellt sich die Frage, anhand welcher Bezugsgröße dies erfolgen kann. Im Folgenden wird die – mit Hilfe des Produktionspotenzials für Deutschland insgesamt ermittelte – Veränderung der Produktionslücke eines Jahres anhand des Anteils des Landes an der Bruttowertschöpfung verteilt. Es er-

gibt sich der Teil der Produktionslücke, der auf das jeweilige Bundesland entfällt.

Mit Hilfe der Produktionslücke auf Landesebene kann anschließend der strukturelle Finanzierungssaldo bestimmt werden. Auch hierfür kommen unterschiedliche Verfahren in Betracht. Der Bund wird auf den Ansatz der EU-Kommission zurückgreifen, also ein aggregiertes Verfahren wählen.⁴⁵ Bei einem solchen Verfahren wird die Konjunkturreakibilität einzelner Budgetpositionen direkt in Bezug auf die Entwicklung des (nominalen) Bruttoinlandsprodukts geschätzt. Diese Teilelastizitäten kumulieren sich schließlich zur Budgetelastizität. Mit ihr und der zuvor geschätzten Produktionslücke lassen sich der konjunkturelle und damit auch der strukturelle Teil des Finanzierungssaldos bestimmen.

Der Bund wird für die Elastizitäten der Einnahme- und Ausgabekategorien auf eine Berech-

⁴⁴ Dann wäre gewährleistet, dass die Potenzialschätzungen von Bund und Ländern wie auch EU miteinander kompatibel sind. Alternativ könnte für jedes Land eine Trendschätzung vorgenommen werden. Ein solches Vorgehen wäre einfacher. Aber es wäre keineswegs in jedem Fall gewährleistet, dass das für Deutschland insgesamt geschätzte Potenzial mit den Trendschätzungen der 16 Länder konsistent wäre.

⁴⁵ Daneben wird von verschiedenen Institutionen ein disaggregiertes Verfahren durchgeführt, bei dem die Aufkommenselastizitäten einzelner Budgetpositionen in Bezug zu deren gesamtwirtschaftlicher Bemessungsgrundlage geschätzt werden. Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, 3/2006 oder SACHVERSTÄNDIGENRAT: Staatsverschuldung wirksam begrenzen. Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie. Mainz-Kastel 2007.

Tabelle 6:
Strukturelle Finanzierungssalden je Einwohner
- in Euro -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	-190	-164	-93	31	-5	-66	-150	-227	-187	-151	-112	-65	100	111	-21
Bayern	59	-190	-86	-20	158	216	-12	-126	-159	6	20	48	223	213	61
Brandenburg	-589	-384	-359	-305	-266	-202	-319	-551	-364	-300	-206	-144	65	69	-97
Hessen	-254	-166	-208	-100	-74	-69	-148	-318	-277	-200	-144	-37	-55	-159	-343
Mecklenburg-Vorpommern	-385	-419	-244	-257	-180	-132	-270	-341	-477	-355	-149	58	197	188	151
Niedersachsen	-260	-176	-201	-170	-129	-134	-358	-436	-366	-241	-265	-76	75	-33	-252
Nordrhein-Westfalen	-167	-210	-270	-154	-111	-170	-325	-307	-291	-295	-181	-155	-148	-41	-156
Rheinland-Pfalz	-148	-206	-273	-219	-181	-121	-285	-306	-312	-214	-229	-158	-87	-139	-395
Saarland	187	229	169	234	116	48	-136	-276	-391	-366	-729	-639	-407	-410	-816
Sachsen	-228	-144	-140	23	53	44	-117	-69	-108	-68	93	267	479	307	-38
Sachsen-Anhalt	-455	-356	-571	-386	-271	-249	-396	-441	-332	-306	-288	-223	99	63	-98
Schleswig-Holstein	-284	-323	-250	-200	-104	-131	-282	-325	-413	-276	-478	-309	-120	-106	-354
Thüringen	-327	-397	-352	-310	-335	-279	-424	-295	-345	-406	-292	-135	61	136	-112
Berlin	-1 598	-1 327	414	-608	-478	-618	-963	-1 145	-1 090	-773	-433	-345	1 535	219	-372
Bremen	184	119	425	149	295	-27	-476	-928	-1 051	-1 197	-1 419	-1 113	-865	-698	-1 180
Hamburg	-421	-569	-401	-361	-359	-388	-595	-171	-580	-285	-124	-62	162	103	-433
Schwellenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<i>Nachrichtlich:</i> Länderdurchschnitt	-505	-493	-353	-366	-317	-342	-529	-591	-621	-539	-508	-393	-118	-211	-479

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des IWH.

nung der OECD zurückgreifen.⁴⁶ Diese schätzt in regelmäßigen Abständen für ihre Mitgliedsländer die Reaktion der Haushaltssalden auf die konjunkturelle Entwicklung für den Gesamtstaat. Hierbei werden für die Einkommensteuern der privaten Haushalte, die Steuern der Unternehmen, die indirekten Steuern, die Einnahmen aus Sozialbeiträgen sowie für die Staatsausgaben Teilelastizitäten berechnet.

Die Länderhaushalte werden von der Finanzentwicklung der Sozialkassen aber nicht tangiert und auch die Ausgaben der Länder sind nicht eigentlich konjunkturabhängig.⁴⁷ Für die Schätzung der strukturellen Finanzierungssalden auf Länderebene werden vom IWH daher lediglich die Teilelastizitäten für die Einkommensteuern der privaten Haushalte, die Steuern der Unternehmen sowie die indirekten Steuern herangezogen und zu einer

Budgetelastizität kumuliert. Alles in allem ergibt sich damit eine weit geringere Konjunkturabhängigkeit als auf Bundesebene.

Da die Einnahmestrukturen in den Länderhaushalten trotz der egalisierenden Wirkung des Länderfinanzausgleichs sehr unterschiedlich sind, wird die Reagibilität der Haushalte für jedes Land einzeln berechnet.⁴⁸ Für die Bundesergänzungszuweisungen und andere Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs wird hierbei die Elastizität der indirekten Steuern unterstellt.⁴⁹ Basis der Zerlegung ist der bereinigte Finanzierungssaldo in Abgrenzung des Stabilitätsrates.

Ergebnis: Finanzpolitik in den Ländern nicht nachhaltig

Der Stabilitätsrat hat die Schwellenwerte für seine Kennziffern in Relation zum Länderdurchschnitt

⁴⁶ Vgl. GIROURARD, N.; ANDRÉ, C.: Measuring Cyclically-adjusted Budget Balances for OECD Countries. OECD Economics Department Working Papers 434, 2005.

⁴⁷ Zwar werden in einer wirtschaftlichen Schwächephase wegbrechende Steuereinnahmen Länder dazu veranlassen, generell einen restriktiven Ausgabenkurs einzuschlagen. Hierbei handelt es sich aber nicht um „automatische“ Reaktionen auf die Wirtschaftsentwicklung; einer solchen Entwicklung ist immer eine diskretionäre Entscheidung vorgelagert.

⁴⁸ Eine Alternative könnte darin bestehen, die Budgetelastizitäten auf die Grundgesamtheit aller Länderhaushalte zu beziehen. Allerdings würden so die Unterschiede der einzelnen Länder – und diese sind trotz des Ausgleichsmechanismus des Länderfinanzausgleichs groß – ignoriert.

⁴⁹ Diese Vorgehensweise kann auch damit begründet werden, dass ein großer Teil der Transfervolumina über den Umsatzsteuervorwegausgleich erfolgt.

definiert. Auch beim strukturellen Finanzierungssaldo könnte der Schwellenwert sich an der Entwicklung der Ländersalden orientieren. Ein solches Vorgehen würde voraussichtlich zu ähnlichen Ergebnissen führen wie die oben dargelegte Analyse: Nur für eine Minderheit der Länder wäre mit einem Überschreiten der Grenzwerte zu rechnen, und eine drohende Haushaltsnotlage würde nur selten signalisiert. Dies ist aber nicht die richtige Prämisse. Das Konzept des „strukturellen Finanzierungssaldos“ lässt nur eine Deutung zu: Der strukturelle Finanzierungssaldo sollte null sein, damit die Finanzpolitik langfristig tragfähig ist. Davon waren die Länder in der Untersuchungsperiode weit entfernt (vgl. Tabelle 6).

Wieder sind es die Länder Bremen und Berlin, die im Untersuchungszeitraum am häufigsten das Kriterium verletzen. Aber auch in den anderen Ländern werden überwiegend Defizite aufgebaut. Selbst eher reiche Länder, wie Hamburg oder Hessen, sind tendenziell defizitär. Zwar deutete sich in einzelnen Ländern eine Besserung an – bevor die Finanzkrise ihre Spuren in den Haushalten hinterließ –, darunter auch in einigen der Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten werden. Im Jahr 2009 baute die Mehrzahl der Länder aber bereits wieder strukturelle Verschuldung auf. Allein Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern scheinen ihre Finanzpolitik auf eine tragfähige Grundlage gestellt zu haben, auch wenn einzelne Länder defizitär abgeschlossen. Im Länderdurchschnitt war der strukturelle Finanzierungssaldo in jedem Jahr negativ.

Fazit

Alles in allem deuten sämtliche hier näher analysierten Kennziffern darauf hin, dass die Finanzpolitik nicht nachhaltig war. Dies zeigen insbesondere die strukturellen Finanzierungssalden. Aber auch die Kennziffern des Stabilitätsrates geben Anlass zu Besorgnis. Allerdings sind die Schwellenwerte so gewählt, dass sie dieses nicht signalisieren – insbesondere weil sie in Relation zum Länderdurchschnitt definiert sind. Dadurch wird eine drohende Haushaltsnotlage nach den Maßstäben des Stabilitätsrates nur bei extremen Haushaltsentwicklungen angezeigt. Einem Gelingen der Schuldenbremse sind die bisher getroffenen Festlegungen nicht förderlich.

Viele Punkte konnten im Rahmen dieser Studie nicht behandelt werden. Es sind abweichende Grenzwerte für die Finanzplanungsperiode festgelegt, die im Rahmen dieser Arbeit nicht evaluiert werden konnten. Zwei der hier vorgestellten Kriterien sind je Einwohner definiert. Aufgrund demographischer Entwicklungen werden die Werte dieser Indikatoren in Zukunft im Länderdurchschnitt tendenziell steigen. Allerdings werden die Länder von dieser Entwicklung in unterschiedlichem Maße betroffen sein; vor allem die Neuen Bundesländer stehen hier enormen Herausforderungen gegenüber. Weiterer Forschungsbedarf besteht.

Kristina van Deuverden
(*Kristina.vanDeuverden@iwh-halle.de*)

Sabine Freye
(*Sabine.Freye@iwh-halle.de*)

Energieeffizienz im Altbau: Werden die Sanierungspotenziale überschätzt? Ergebnisse auf Grundlage des ista-IWH-Energieeffizienzindex

Ein zentrales Element der europäischen Klimaschutzpolitik ist die Reduktion des Energieverbrauchs privater Haushalte.⁵⁰ Dies erscheint sinnvoll, hat der private Sektor in Deutschland doch einen Anteil von rund einem Drittel am gesamten Primärenergieverbrauch. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Energieeffizienz von Wohnimmobilien und in erster Linie der Reduktion des Heizenergiebedarfs, auf den rund drei Viertel des pri-

vaten Energieverbrauchs entfallen.⁵¹ Die politischen Maßnahmen sind dabei auf die Förderung energieeffizienter Neubauten, Altbausanierungen und Modernisierungen der Anlagentechnik gerichtet. Darüber hinaus wurden in der jüngeren Vergangenheit deutliche Verschärfungen der gesetzlichen Mindestanforderungen für den Neubau und die Sanierung von Gebäuden im Rahmen der

⁵⁰ Vgl. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: Aktionsplan für Energieeffizienz: Das Potenzial ausschöpfen. Drucksache KOM (2006) 545.

⁵¹ Stand 2007. Vgl. STATISTISCHE ÄMTER DER LÄNDER: Umweltnutzung und Wirtschaft, Tabellen zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnung der Länder, Ausgabe 2009.

Wärmeschutzverordnungen (WärmeschutzV, erstmalig 1977) und Energieeinsparverordnungen (EnEV, erstmalig 2002) formuliert.⁵²

Diese stellen jedoch in erster Linie auf die technische Umsetzbarkeit von Wärmeschutzmaßnahmen ab. Dass Investitionen in Immobilien äußerst komplex sind und die Bereitschaft zu investieren maßgeblich durch die Rentabilität bestimmt ist, wird weitgehend außer Acht gelassen. So ist das eingesetzte Kapital mittel- bis langfristig räumlich gebunden, und die Erlöse sind durch die regionalen Marktgegebenheiten bestimmt. Dem gegenüber stehen die Baukosten, deren Höhe einerseits durch die gesetzlichen Standards, im Falle von Altbausanierungen aber auch wesentlich durch den Bestand mitgeprägt wird. Unterschiede in den jeweils gültigen Baustandards, den Stilen und den verwendeten Baumaterialien führen bei älteren Gebäuden zu unterschiedlichen Ausgangsniveaus für energetische Verbesserungen bzw. zu unterschiedlichen Kosten möglicher Sanierungsmaßnahmen. Steigen die Erstellungs- bzw. Sanierungskosten aufgrund veränderter Anforderungen an die energetischen Eigenschaften von Immobilien in größerem Maße als die Erlöse, so ist es aus Sicht von Investoren rational, konkurrierende, höher verzinste Kapitalanlagen zu wählen. Bleiben vor diesem Hintergrund notwendige Sanierungen von stadtbildprägenden Immobilienbeständen – beispielsweise bei gründerzeitlichen Altbaubeständen – aus, so hat dies auch negative Konsequenzen für die Stadtentwicklung.⁵³ Besonders relevant ist dies für vermietete Mehrfamilienhäuser, welche in der Regel als Investitionsobjekt genutzt werden. Rund 54% aller Wohnungen in Deutschland befinden sich in Mehrfamilienhäusern. Circa 76% davon werden als Mietobjekte angeboten.⁵⁴

⁵² Für eine Übersicht über die Regelungen und Maßnahmen siehe HENTRICH, S.: Klimaschutzpolitik im Wohnungssektor: Wirkungsdefizite und Handlungsbedarf, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 11/2001, S. 267-273, sowie MICHELSEN, C.: Der lange Weg zur Energieeffizienz – Ergebnisse des ista-IWH-Energieeffizienzindex, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 3/2010, S. 136-141.

⁵³ Derzeit wird am IWH das Projekt „Energetische Aufwertung und Stadtentwicklung“ (EASE) durchgeführt, das sich mit Fragen der energetischen Sanierung und den Konsequenzen für die Stadtentwicklung beschäftigt.

⁵⁴ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Mikrozensus – Zusatzerhebung 2006 – Bestand und Struktur der Wohneinheiten – Wohnsituation der Haushalte, Fachserie 5, Heft 1: Mehrfamilienhäuser sind definiert als Gebäude mit mehr als drei Wohneinheiten. Wiesbaden 2006.

Der vorliegende Artikel greift die skizzierten Zusammenhänge auf. In einer theoretischen Betrachtung wird zunächst das Investitionskalkül von Immobilieneigentümern dargestellt. Eine bautechnische und architektonische Einschätzung zu den energetisch relevanten Bestandseigenschaften und den Sanierungspotenzialen einzelner Baualtersklassen liefert im Anschluss Anhaltspunkte dafür, wie komplex und daher kostspielig Sanierungen im Bestand sind. Auf Basis eines umfangreichen Datensatzes des Energiedienstleisters ista Deutschland GmbH⁵⁵ wird empirisch gezeigt, dass die Energiekennwerte und die realisierten Sanierungspotenziale im Mehrfamilienhausbestand mit dem Gebäudealter deutlich variieren. Dies legt den Schluss nahe, dass die Sanierungskostenfunktionen für Gebäude aus verschiedenen Epochen unterschiedlich sind und sich dies auf das betriebswirtschaftlich optimale Sanierungsniveau auswirkt.

Renditeerwartung und Investitionsentscheidung

Aus theoretischer Sicht ist die Renditeerwartung maßgeblich für die Höhe der Investitionstätigkeit von Immobilieneigentümern. Die Rendite ergibt sich aus der Summe der diskontierten zukünftigen Zahlungsströme zuzüglich möglicher Veräußerungsgewinne dividiert durch die eingesetzte Investitionssumme.⁵⁶ Zudem ist ein Ausfallrisiko der Zahlungen zu berücksichtigen, das bei vermieteten Wohnungen abhängig von der Marktlage erheblich sein kann. Die Risiken bestehen im Leerstand einer Wohnung oder darin, dass die am Markt umsetzbare Kaltmiete die Erträge der Sanierung nicht vollständig berücksichtigt.⁵⁷ Daher ist zu vermuten, dass das Sanierungsniveau in Märkten mit hohem Ausfallrisiko geringer ist als dort, wo Investoren relativ sichere Zahlungen erwarten können.

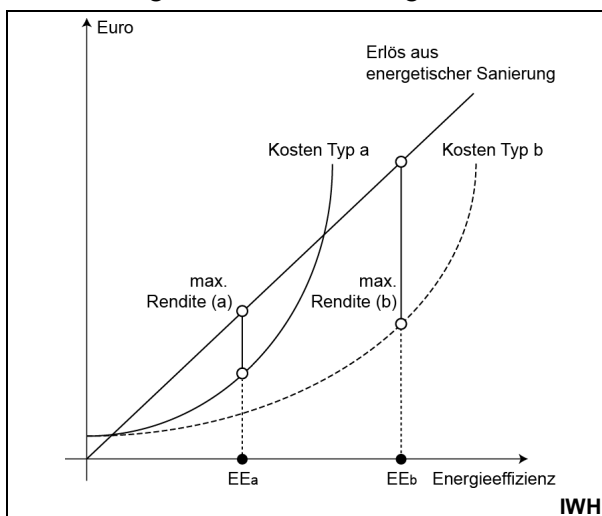
⁵⁵ Grundlage der Untersuchung sind rund 200 000 verbrauchs-basierte Energieausweise für Mehrfamilienhäuser, die von ista Deutschland ausgestellt wurden.

⁵⁶ Vgl. NEDDERMANN, R.: *Energetische Gebäudesanierung*. Köln 2009.

⁵⁷ Dieser Umstand wird in der Literatur mit dem Mieter-Vermieter-Dilemma umschrieben. Vgl. STULL, W.: The Landlord's Dilemma – Asking Rent Strategies in a Heterogeneous Housing Market, in: *Journal of Urban Economics*, Vol. 5 (1), 1978, pp. 101-115. – SWEENEY, J.: Housing Unit Maintenance and the Mode of Tenure, in: *Journal of Economic Theory*, Vol. 8 (2), 1974, pp. 111-138. Bei selbst genutztem Eigentum entfällt dieses Risiko weitgehend, was zumindest aus theoretischer Sicht für ein höheres Sanierungsniveau dieser Immobilien spricht.

Die Rendite hängt zudem vom gewählten Sanierungsgrad ab. Dabei ist die Verzinsung des eingesetzten Kapitals maximal, wenn die Grenzkosten der Sanierung (die Steigung der Kostenkurve) den Grenzerträgen (der Steigung der Ertragskurve) entsprechen.⁵⁸ Unterstellt man vereinfachend, dass der Erlös der Sanierung (die Veränderung der Kaltmiete) eine monoton steigende Funktion in ausschließlicher Abhängigkeit vom Energieeffizienzgrad einer Immobilie ist, wird das wirtschaftliche Optimum einer energetischen Ertüchtigung über den Verlauf der Kostenfunktion bestimmt. Die Kosten der Sanierung ergeben sich aus Arbeits- und Materialaufwand, verfügbaren Technologien sowie Kapitalkosten. Hier scheint die Annahme plausibel, dass die eingesetzten Faktoren abnehmende Grenzerträge aufweisen, also bei zunehmender Energieeffizienz mit exponentiell steigenden Sanierungskosten zu rechnen ist. Stilisiert sind diese Zusammenhänge in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1:
Maximierungskalkül der Sanierungsrendite



Quelle: Darstellung des IWH.

Die Immobilientypen a und b weisen unterschiedliche Sanierungskostenfunktionen auf. Dabei wird unterstellt, dass die Sanierung des Typs b weniger komplex ist (d. h. die Kostenkurve zunächst flacher verläuft) als eine Sanierung des Typs a. Das betriebswirtschaftlich optimale Sanierungsniveau (EE) ist daher ceteris paribus bei Typ b höher als bei einer Immobilie des Typs a. Die Hürde

⁵⁸ Vgl. zu dem Aspekt der Renditemaximierung LEE, G. S.: Wohnimmobilienmärkte, in: K. W. Schulte (Hrsg.), Immobilienökonomie, Band IV: Volkswirtschaftliche Grundlagen. Oldenbourg Verlag: München 2008.

zu investieren wird über die Rendite bestimmt (die Distanz zwischen Kosten- und Erlöskurve). Ist diese größer als bei alternativen Anlageformen mit gleicher Risikostruktur und Laufzeit, ist es für Anleger rational, Sanierungen durchzuführen; andernfalls bleiben diese aus.

Eine Betrachtung aus bautechnischer und architektonischer Perspektive

Der Aufwand der Sanierung wird maßgeblich durch die Eigenschaften des Bestands, d. h. durch das energetische Ausgangsniveau und die „Sanierungsfähigkeit“ bestimmt. Zu erwarten ist, dass die einleitend erwähnten Baustile und Techniken in den jeweiligen Epochen hier einen großen Einfluss ausüben. Die Verläufe der Sanierungskostenfunktionen sind jedoch schwierig zu ermitteln. Eine Einschätzung der Komplexität von Sanierungsmaßnahmen kann aber auf Grundlage typischer Gebäudeeigenschaften erfolgen. Eine entsprechend vereinfachende Gebäudetypologie wird in den folgenden Abschnitten dargestellt.

Rund 70% der deutschen Mehrfamilienhäuser wurden vor 1977, also vor Einführung der ersten Wärmeschutzverordnung errichtet.⁵⁹ Wesentliche Teile des Altbaubestands (rund 47%) entfallen auf die Altersklassen zwischen 1948 und 1978 und damit auch auf Phasen der Nachkriegszeit und des allgemeinen Wohnungsmangels.

Etwa 23% des derzeitigen Bestands wurden vor 1948 errichtet (vgl. Abbildung 2). Insbesondere diese mehrgeschossigen Bestände mit ihren historischen Fassaden prägen bis heute das Bild vieler deutscher Innenstädte und werden allgemein als städtebaulich wertvoll angesehen.

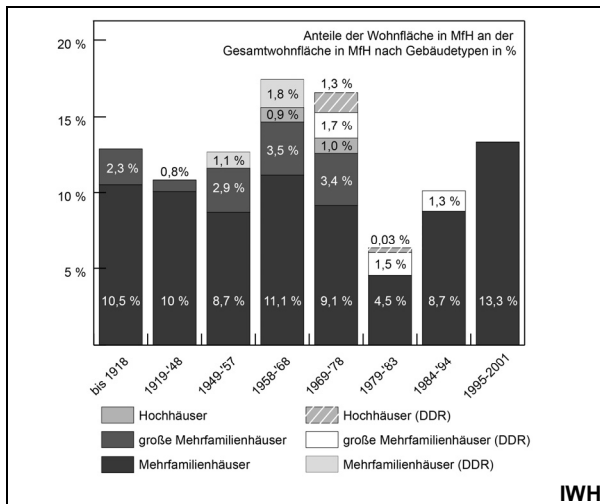
Die jeweiligen Baustile zeigen typische Merkmale in Erscheinungsbild und Konstruktion und lassen sich vereinfacht insbesondere nach dem Jahr der Errichtung hinsichtlich ihrer energetischen Eigenschaften typologisieren.⁶⁰ Die Einschätzungen

⁵⁹ Vgl. zu den Anteilen verschiedener Gebäudetypen an der Gesamtwohnfläche von Mehrfamilienhäusern INSTITUT WOHNEN UND UMWELT: Basisdaten für Hochrechnungen mit der Deutschen Gebäudetypologie des IWU. http://www.iwu.de/fileadmin/user_upload/dateien/energie/klima_altbau/Flaechen_Gebaeudetypologie_07.pdf, Abruf am 21.06.2010.

⁶⁰ Die folgende Darstellung unterschiedlicher Baustrukturtypen ist grob vereinfacht. Die hier vorgestellte Typologisierung stellt in erster Linie auf die Potenziale der Wärmeverlustvermeidung ab. Die darüber hinaus relevanten Faktoren der Gebäudegeometrie und der Energieerzeugung werden ausgeklammert, da diese nahezu unveränderlich (Geometrie) oder aber in der Ertüchtigung weitgehend unabhängig vom

beziehen sich auf bautechnische Eigenschaften und architektonische Aspekte,⁶¹ die sich auf eine mögliche Sanierung auswirken können. Sie konzentrieren sich im Wesentlichen auf Bauteile, die mutmaßlich den größten Beitrag zu den Wärmeverlusten eines Gebäudes leisten: Dies betrifft Außenwände, Dach, Fenster und Kellerdecken.

Abbildung 2:
Wohnflächenanteile nach Gebäudetypen und Bau-
altersklasse
- in % der gesamten Wohnfläche in Mehrfamilienhäusern -



Quelle: Darstellung des IWH nach Institut für Wohnen und Umwelt (IWU)-Gebäudetypologie (Stand 2007).

Gebäude bis 1948: zwischen Opulenz und Sachlichkeit

Stadthäuser um die Jahrhundertwende (bis 1918) prägen weitgehend das Bild in Innenstadtbereichen. Sie sind in kompakter, geschlossener Bauweise mit starken Außenwänden aus Vollziegel in Sichtbauweise oder verputzt und aufwändig ornamentiert errichtet. Große, mehrflügelige Einfach-

Gebäudetyp sind. Neben der zeitlichen Komponente ist im Detail ebenfalls die räumliche Dimension relevant. Eine detaillierte Bestandsaufnahme auch regional typischer Baustile und Materialien ist durch das ZENTRUM FÜR UMWELTBEBUSSTES BAUEN E. V.: Erfassung regionaltypischer Materialien im Gebäudebestand mit Bezug auf die Baualtersklasse und Ableitung typischer Bauteilaufbauten, Studie im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2009, erfasst. Ferner konzentriert sich die Typologisierung auf Gebäude, die vor 1978 und daher vor der Einführung der ersten Wärmeschutzverordnung errichtet wurden.

⁶¹ Die folgenden Einschätzungen basieren auf: AHNERT, R.; KRAUSE, K.: Typische Baukonstruktionen von 1860 bis 1960. Verlag Bauwesen: Berlin 2009. – BÖHNING, J.; SCHMITZ, H.: Altbaumodernisierung im Detail: Konstruktionsempfehlungen (5. Auflage). Verlagsgesellschaft Rudolf Müller: Köln 2005.

oder Kastenfenster aus Holz unterteilen die Fassaden regelmäßig. Die Wohnungszuschnitte sind großzügig mit Geschosshöhen von bis zu vier Metern. Typisch für diesen Baustil sind Gewölbe- oder Kappendecken über dem Keller und geneigte Dächer in einfachster Ausführung (Lattung auf Holzbalken mit Dacheindeckung).

Gebäude der 1920er und 1930er Jahre sind durch ihre schlichte Bauweise und eine einfache äußere Erscheinung gekennzeichnet. Die schlanken, meist verputzten Außenwände aus Ziegel-, Schlacke-, oder Bimsmauerwerk sind, teils durch Applikationen, zurückhaltend gestaltet. Strukturierung erfahren die Fassaden vorwiegend erst durch gesprosselte Holzfenster als Einfach- oder Kastenfenster und durch experimentelle Konstruktionen wie Eckfenster und auskragende Bauteile. Neben den bereits bewährten Decken- und Dachkonstruktionen kommen erstmals Stahlbetondecken (dünne Querschnitte) zum Einsatz.

Nach dem Krieg: Sparsamkeit, Wohnungsnot, innovatives und industrielles Bauen

Gebäude der 1950er Jahre und Nachkriegsbauten wurden durch Wohnungsnot und den daraus resultierenden schnellen Wiederaufbau nach Kriegsende zu einer prägenden Bauform in Deutschland (vgl. Abbildung 2). Sie sind vor allem durch den knappen Einsatz von Baumaterial gekennzeichnet, was sich beispielsweise in sehr geringen Außenwandstärken niederschlägt. Die weitgehend schmucklosen Fassaden werden erst durch einfachverglaste Holzsparsenfenster sowie kleine, auskragende Balkone, Erker oder Vordächer gestaltet. Keller- und Geschossdecken bestehen häufig aus Stahlbeton mit Verbundestrich, die Dächer hingegen sind weiterhin in einfachster Form und ohne Füllung zwischen den Sparren ausgeführt.

Häuser der 1960er Jahre sprechen im Gegensatz zu den frühen Nachkriegsbauten eine neue Formen- und Materialsprache. Mit der Überwindung der Materialknappheit konnte sich eine innovativere Architektur entwickeln. Sie zeichnet sich durch großzügigere, funktional ausgerichtete Grundrisse und schlichte geometrische Formen, teilweise dem Konstruktivismus folgend, aus. Minimal dimensionierte Betonwände bzw. Betonsandwich-elemente mit großformatigen, einfach verglasten Fenstern oder Verbundfenstern aus Holz, manchmal Aluminium, bilden die meist gerasterten Fassaden. Für die Flachdächer mit ihren ausgeprägten Attiken kam ebenfalls Stahlbeton zum Einsatz.

In den *1970er Jahren* gewann das industrielle Bauen an Bedeutung. Vorgefertigte, standardisierte Bauteile sollten die Erstellungskosten senken. Während sich in der Bundesrepublik Deutschland verschiedene Fertigteilbausysteme entwickelten, dominierten in der DDR die Großtafelbauweise bzw. der Betonplattenbau für Wand, Decke und Dach. Der Einsatz standardisierter Bauteile führte einerseits zu tristen Fassaden in uniformer Erscheinung und andererseits zu schwierigen Wohnungszuschnitten, weil sich auch die Grundrisse dem Produktionsraster unterordnen mussten. Die eingesetzten Holzfenster und -türen sind größtenteils schlecht verarbeitet und weisen nur geringen Wärmeschutz auf. Ebenso genügen die Gebäudeaußenwände und der später verwendete Schaumbeton bzw. die Beton-Sandwichelemente heutigen Anforderungen nicht.

Sanierungsschwerpunkt Außenwanddämmung

Große Potenziale energetischer Sanierungen liegen in einer nachträglichen Dämmung der Fassaden.⁶² Dies führt insbesondere bei *Stadthäusern um die Jahrhundertwende* zu größeren Schwierigkeiten, möchte man hier die historischen Fassaden erhalten oder wiederherstellen.⁶³ Der Einsatz von Wärmedämm-Verbundsystemen (WDVS)⁶⁴ bleibt weitgehend ausgeschlossen und erfordert dadurch eine

⁶² Die folgenden Einschätzungen basieren auf BÖHNING, J.; SCHMITZ, H., a. a. O. – RAU, O.; BRAUNE, U.: *Renovieren, Restaurieren, Modernisieren*. Leinfelden-Echterdingen 2004. – GIEBELER, G. et al.: *Atlas Sanierung: Instandhaltung, Umbau, Ergänzung*. Basel 2008. – BÖHMER, H.; GÜSEWELLE, F.: *U-Werte alter Bauteile: Arbeitsunterlagen zur Rationalisierung wärmeschutztechnischer Berechnungen bei der Modernisierung*. Institut für Bau-forschung e.V. (IFB) (Hrsg.). Stuttgart 2005.

⁶³ Auch denkmalrechtliche Regelungen für viele Gebäude dieser Altersklasse und für Bauten der 1920er und 1930er Jahre schränken Wärmeschutzmaßnahmen ein. Insbesondere das äußere Erscheinungsbild – gerade die Fassadengestaltung und Fenster – unterliegen Auflagen, wenn die Gebäude entweder als Einzeldenkmal oder als Teil eines Flächendenkmals deklariert sind. Für einen Überblick zu den Regelungen und Effekten des Denkmalschutzes siehe FRANZ, P.: *Stadtentwicklung durch Denkmalschutz? Eine Analyse seiner Regulierungs- und Anreizinstrumente*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 6/2010, S. 274-280.

⁶⁴ Ein Wärmedämmverbundsystem (WDVS) besteht aus Dämmplatten, Armierungsgewebe, Spachtelung und Oberputz. Es eignet sich zur flächendeckenden Montage über die gesamte Fassade und mindert vorhandene Wärmebrücken (z. B. Deckenaufleger). Zudem bietet es Schutz vor Witterungseinflüssen sowie Temperaturschwankungen der Außenwände. Die Grundrissflächen werden – im Gegensatz zur Innendämmung – nicht verringert.

Innendämmung. Diese hat den Nachteil, dass keine homogene Hülle über alle Geschosse hergestellt wird und so Wärmebrücken im Bereich der Kellerdecken und Fensterleibungen auftreten können. Hingegen bilden die schlichten Putzfassaden bei *Gebäuden der 1920er und 1930er Jahre* eine gute Basis für den nachträglichen Einsatz von Außen-dämmung, wodurch die energetisch eher schlechten Wandeigenschaften deutlich verbessert werden. Schwierigkeiten bereitet hier das nachträgliche Dämmen auskragender Bauteile wie der Stahlträger für Erker und Balkone.

Bei *Gebäuden der 1950er bis 1970er Jahre* gestaltet sich der Einsatz von WDVS bautechnisch problemlos und führt dabei zu erheblichen Steigerungen des Wärmeschutzes. Bei *Häusern der 1950er Jahre* können beispielsweise die häufig vorhandenen Heizkörpernischen zur Vermeidung großflächiger Wärmebrücken vermauert werden. Daneben bereiten Vordächer und Balkone auf durchlaufenden Stahlträgern bautechnisch und -physikalisch bei einer Sanierung Schwierigkeiten, da die Vermeidung von Wärmebrücken häufig nicht berücksichtigt wurde. Ähnliches ist bei *Häusern der 1960er Jahre* festzustellen. Im Detail ist hier die nachträgliche Verkleidung von schlanken Stützen und Fensterleibungen, ebenso wie die Einbindung thermisch ungetrennter Konstruktionen (beispielsweise Loggien) zu beachten. Eine gemeinsame Sanierung von Außenwand, Fenstern und auskragenden Bauteilen ist immer erforderlich, um möglichen Tauwasserausfall auf den Wandinnenseiten zu verhindern.

Fenster, Kellerdecke und Dach

Größere Wärmeverluste entstehen ebenso über Fensterflächen. Diese können durch vollständigen Austausch der Fenster bzw. durch den Ersatz von Gläsern minimiert werden. Bei *Bauten im Gründerzeitstil* und denen der *1920er und 1930er Jahre* sind die Fenster als prägendes Gestaltungselement in die Fassaden integriert. Der Ersatz nach historischem Vorbild, der Einbau eines zweiten Flügels oder die Sanierung der vorhandenen Elemente verursacht hier zusätzlichen Aufwand. Kastenfenster erreichen mit dem Einsatz von Isolierglas in den inneren Fensterflügeln einen guten Wärmeschutz. Dennoch wird trotz der aufwändigen, bauphysikalisch komplizierten Sanierung der Standard moderner Fenster nicht erreicht. Bei den Gebäuden jüngerer Baualters treten diese Probleme weitgehend nicht auf. Zwar sind die Bestandsfenster

beispielsweise bei *Häusern der 1950er Jahre* aufgrund ihrer schmalen Holzquerschnitte nur schwer energetisch zu ertüchtigen, ein vollständiger Ersatz ist jedoch weitgehend problemlos möglich. Die großen Fensterflügel bei *Gebäuden der 1960er Jahre* lässt eine nachträgliche Isolierverglasung ebenfalls nur bedingt zu, da die Elemente die höhere Last nicht tragen können.

Die geringsten Schwierigkeiten für eine nachträgliche Sanierung bereiten bei allen Gebäudetypen die Kellerdecken, die in der Regel von der Unterseite her gedämmt werden können. Ähnliches gilt für den Wärmeschutz bei Dächern aus den *1960er und 1970er Jahren*. Problematischer ist dies allerdings bei Gebäuden der *Nachkriegszeit, der 1920er und 1930er Jahre* und im *Gründerzeitstil*. Hier kann eine nachträgliche Dämmung des Dachstuhls durch Füllung der Sparrenzwischenräume erfolgen, allerdings sind die Holzquerschnitte oft unterdimensioniert und bedürfen einer zusätzlichen Verstärkung.

Zwischenfazit

Die vorgestellten Gebäudeeigenschaften zeigen, dass die unterschiedlichen Bauweisen in den jeweiligen Epochen einerseits maßgeblich für die „natürliche“ Energieeffizienz der Gebäude sind, sich andererseits auch direkt auf die Kosten einer möglichen Sanierung auswirken. So weisen bei-

spielsweise um die Jahrhundertwende erbaute Gebäude aus energetischer Sicht vergleichsweise gute Bestandseigenschaften auf, auch wenn sie nicht aktuellen Baustandards entsprechen. Die Möglichkeiten der Sanierung hingegen sind aufgrund der beschriebenen Probleme eingeschränkt. Für Gebäude der 1950er und 1960er Jahre ist dies umgekehrt zu sehen. Der Bestand hat hier vergleichsweise geringe Wärmeschutzeigenschaften, die Komplexität einer energetischen Ertüchtigung ist jedoch geringer.

Stilisiert ist dies für die beschriebenen Bautypen in Tabelle 1 zusammengefasst. Insgesamt spricht dies daher für typenspezifische Optima der energetischen Sanierung, unterstellt, dass sich Immobilieneigentümer entsprechend der beschriebenen Rationalität verhalten. Dies sollte sich auch in den tatsächlich messbaren Energiekennwerten niederschlagen, die in den folgenden Abschnitten näher betrachtet werden.

Die Realität: empirische Analyse auf Grundlage verbrauchsbasierter Energieausweise

Als Grundlage der folgenden Auswertungen werden verbrauchsbasierte Energieausweise von insgesamt 156 866 Mehrfamilienhäusern (>2 Wohneinheiten) herangezogen, die Aufschluss über den Energiebedarf von Gebäuden liefern⁶⁵ und ergänzend folgende Informationen enthalten:

- Energiekennwert (kWh/m² pro Jahr)
- Baujahr
- Zeitraum der letzten Sanierung wesentlicher Bauteile: Fassade, Fenster, Dach, Kellerdecke, Heizungsanlage
- Wohn- und Nutzfläche sowie Anzahl der Wohnungen

Mit Hilfe dieser Angaben werden zunächst zwei Gebäudegruppen entsprechend ihres Sanierungsstands gebildet:

Tabelle 1:
Bestandsbewertung und Aufwand der Sanierung nach Baualtersklassen

Bauteile		bis 1918	bis 1945	1950er	1960er	1970er
Wände	Bestand ^a	+	+/-	-	-	+/-
	Sanierung ^b	-	+/-	+	+	+
Fenster	Bestand	+/-	+/-	-	-	-
	Sanierung	-	-	+	+	+
Dach	Bestand	-	-	-	+/-	+/-
	Sanierung	-	-	-	+	+
Keller-Decke	Bestand	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-
	Sanierung	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-

^a Bestandsbewertung: + vergleichsweise gut; +/- teils/teils; - vergleichsweise schlecht. ^b Sanierung: + vergleichsweise geringer Aufwand; +/- vergleichsweise mittlerer Aufwand; - vergleichsweise hoher Aufwand.

Quelle: Zusammenstellung des IWH.

⁶⁵ Zum Berechnungsverfahren der verbrauchsbasierten Energieausweise für Wohngebäude siehe EnEV (2007). Zu den Vorzügen und Nachteilen der verschiedenen Berechnungsverfahren vgl. MICHELSEN, C.: Energieeffiziente Wohnimmobilien stehen im Osten und Süden der Republik: Ergebnisse des ista-IWH-Energieeffizienzindex, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2009, S. 380-388.

1. *Vollsanierete Gebäude*: vollständige Sanierung der äußeren Gebäudehülle (Dach, Fassade, Fenster) innerhalb der letzten 15 Jahre zuzüglich Sanierung der Kellerdecke und/oder Heizungs-technik innerhalb der letzten 15 Jahre.
2. *Unsanierete Gebäude*: seit der Erbauung keine Sanierung der äußeren Gebäudehülle und/oder Sanierung maximal eines Bauteils vor 1995.

Für diese Gruppen werden im Folgenden die Mediane (aufgrund ihrer Robustheit gegenüber Ausreißern) der Energiekennwerte in Abhängigkeit von Gebäudealter und Größenklasse analysiert. Die Differenz der Gruppenmediane wird als am Markt umgesetztes, daher entsprechend den theoretisch dargestellten Kalkülen wirtschaftlich optimales Sanierungsniveau interpretiert.

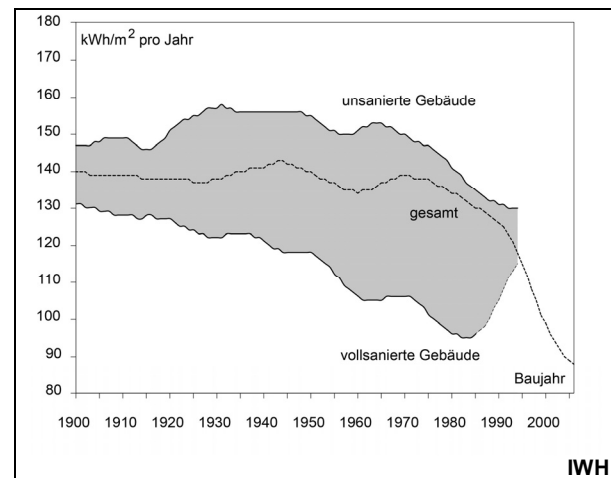
Bestand ist besser als sein Ruf

Die Auswertung der Energiekennwerte zeigt zunächst, dass der tatsächliche Energiebedarf von Mehrfamilienhäusern teilweise drastisch unterhalb der in anderen, in erster Linie eher auf bautechnischen Beurteilungen fußenden Studien liegt (vgl. Tabelle 2 und Abbildung 3).⁶⁶ Dabei zeigen die Medianenergiekennwerte unsanierter Gebäude einen leicht konkaven Verlauf: von ca. 145 kWh/m² bei Gebäuden, errichtet vor 1918, steigt der Wert in den folgenden Jahren deutlich an.

Die höchsten Kennzahlen sind bei den Baujahren ab 1930 zu beobachten. Die Werte sinken von diesem relativ hohen Niveau erst ab etwa 1950 leicht, und nach einer kleinen Spitze Mitte der 1960er Jahre zunehmend stärker ab. Deutliche Verbesserungen zeigen sich mit den Regelungen der Wärmeschutzverordnung ab 1978. Bis zum Baujahr 2006 können hier deutliche Verringerungen der Medianwerte für den Gebäudebestand insgesamt festgestellt werden. So liegt der Energiekennwert für das Errichtungsjahr 2006 bei ca. 86

⁶⁶ Dieser Befund steht in Einklang mit der Studie von GRELLER, M. et al.: Universelle Energiekennzahlen für Deutschland – Teil 2: Verbrauchskennzahlenentwicklung nach Baualterklassen, in: Bauphysik, Bd. 32, 2010, S. 1-6, die ebenfalls einen großen Datensatz (rund 100 000 Liegenschaften) basierend auf Verbrauchskennzahlen ausgewertet haben. In Kontrast dazu beziffert KLEEMANN, M.: The Residential Building Sector – Potentials and Constraints of CO₂ Mitigation, in: Schriften des Forschungszentrums Jülich, Reihe Energietechnik, Bd. 32, 2004, S. 115-131, den Energiebedarf beispielsweise von Mehrfamilienhäusern der Nachkriegszeit auf rund 260 kWh/m². Entsprechende Werte werden auch von der Deutschen Energieagentur (DENA) kommuniziert.

Abbildung 3:
Medianenergiekennwerte nach Gebäudealter und Sanierungsstand
- 1900 bis 2006; kWh/m² Gebäudenutzfläche pro Jahr -



$N_{\text{gesamt}}=156\ 866$ ist über alle relevanten, im Datensatz enthaltenen Liegenschaften ermittelt, $N_{\text{vollsaniert}}=19\ 456$, $N_{\text{unsaniert}}=26\ 057$; für die Glättung der Medianwerte wurde der nichtparametrische Nadaraya-Watson-Dichteschätzer verwendet.

Quelle: Darstellung des IWH auf Grundlage der ista-Energieausweis-Datenbank.

kWh/m². Insgesamt entspricht dieser Verlauf im Wesentlichen den beschriebenen gebäudetypischen Eigenschaften der jeweiligen Epochen.

Sanierungen nivellieren Bestandsunterschiede

Die Medianwerte vollsanierter Gebäude weisen hingegen einen deutlich anderen Verlauf auf. Hier sinken die Werte kontinuierlich mit abnehmendem Gebäudealter. So finden sich die höchsten Energiekennwerte im vollsanierten Altbau bis 1918 mit rund 130 kWh/m². Diese sinken bis Mitte der 1980er Jahre auf unter 100 kWh/m². Die abnehmende Zahl der Beobachtungen für vollsanierete Gebäude ab 1985 lässt nur noch eine vorsichtige Interpretation dieser Werte zu. Eine mögliche Begründung des beobachtbaren Anstiegs ist darin zu sehen, dass zunächst die Gebäude einer Alterskohorte einer Sanierung unterzogen werden, die den größten Bedarf aufweisen.⁶⁷

Insgesamt zeigt sich, dass die zunächst nachteiligen Bestandseigenschaften vor allem der Gebäude ab etwa 1950 nach einer Sanierung mehr als aufgeholt werden können. Es spricht viel dafür, dass die eher komplexen Sanierungsaufgaben bei

⁶⁷ Möglicherweise ist das Ergebnis durch diesen Umstand und durch das verwendete Glättungsverfahren am aktuellen Rand entsprechend verzerrt.

Tabelle 2:

Median Energiekennwerte nach Sanierungsgrad, Gebäudegröße und Baualtersklasse
 - kWh je m² Gebäudenutzfläche pro Jahr -

		Altersklasse							
		1900 bis 1918	1919 bis 1948	1949 bis 1957	1958 bis 1968	1969 bis 1978	1979 bis 1983	1984 bis 1994	Neubau ab 1995
kleine Mehrfamilienhäuser bis 6 Wohneinheiten	unsaniert	159	162	160	161	151	143	136	108
	voll saniert	137	136	134	128	131	137	125	
mittlere Mehrfamilienhäuser 7 bis 12 Wohneinheiten	unsaniert	141	152	148	150	146	137	133	103
	voll saniert	126	118	116	110	121.5	117	112	
Mehrfamilienhäuser 13 bis 21 Wohneinheiten	unsaniert	140,5	141,5	134	150	151	136	131	101
	voll saniert	120	109	106	100	105	102.5	91	
große Mehrfamilienhäuser > 21 Wohneinheiten	unsaniert	135	141	126	144	140	134	123	98
	voll saniert	122	104	91	85	89	90	82	

Quelle: Berechnung des IWH auf Grundlage der ista-Energieausweis-Datenbank.

älteren Gebäuden dazu führen, dass in diesen Beständen nach einer Sanierung ein insgesamt geringeres Energieeffizienzniveau realisiert wird.

Sanierungspotenziale in 1960er-Jahre-Bauten am höchsten

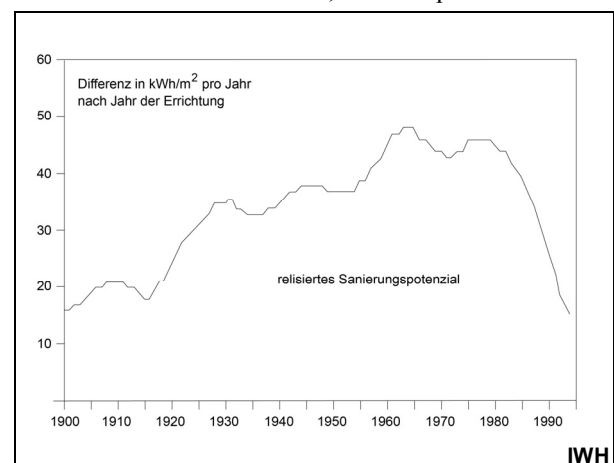
Abbildung 4 zeigt die Differenz der Mediane vollsanierter und unsanierter Gebäude. Interpretiert man diese als das wahrscheinlich wirtschaftlichste Sanierungsniveau (d. h. unterstellt man, dass Immobilieneigentümer entsprechend dem theoretisch beschriebenen Maximierungskalkül handeln) unter den Rahmenbedingungen der vergangenen 15 Jahre (d. h. gesetzliche Mindestanforderungen bei der Sanierung, Förderung sowie Anreizprogramme), dann zeigt sich, dass die (ökonomischen) Sanierungspotenziale offensichtlich zwischen den Gebäudetypen deutlich variieren.

Die geringsten Sanierungserträge sind in den Gebäuden im Gründerzeitstil zu beobachten, die höchsten in den zwischen 1958 und 1978 erbauten. Vor dem Hintergrund der typischen Gebäudeeigenschaften erscheint dies auch plausibel (vgl. Tabelle 1): So kann das energetisch relativ ungünstige Ausgangsniveau letztgenannter Altersklasse mit vergleichsweise unkomplizierten Maßnahmen erheblich verbessert werden.

Zudem legt Tabelle 2 einen Zusammenhang zwischen der Gebäudegröße und den jeweiligen Sanierungspotenzialen nahe. So variiert beispielsweise die prozentuale Einsparung nach einer Sanierung bei Gebäuden der 1960er Jahre zwischen rund 20% des Energiebedarfs bei kleinen Mehrfamilienhäusern und rund 40% bei großen Mehrfamilienhäusern

mit mehr als 21 Wohneinheiten. Ähnliche, jedoch weniger deutliche Relationen finden sich in den Gebäudealtersklassen der 1950er und 1970er Jahre. Für Bauten bis 1918 scheint dieser Zusammenhang nicht zu gelten. Hier liegen die ermittelten Einsparpotenziale lediglich zwischen 10% und 15%. Entgegen den häufig genannten Zahlen, dass im Altbaubestand durchschnittliche Einsparungen von rund 50% erreicht werden können,⁶⁸ sprechen die auf breiter empirischer Basis ermittelten Werte eher dafür, dass das betriebswirtschaftliche Optimum teilweise erheblich darunter liegt.

Abbildung 4:
 Realisierte Energieeinsparungen durch Sanierung
 - Gebäudealter 1900 bis 1994; kWh/m² pro Jahr -



Quelle: Darstellung des IWH auf Grundlage der ista-Energieausweis-Datenbank.

⁶⁸ Vgl. KLEEMANN, M., a. a. O.

Handlungsbedarf

Die aufgezeigten Ergebnisse haben für politische Entscheidungen und die Erreichung der formulierten Klimaziele weitreichende Bedeutung. So ist festzustellen, dass die tatsächlichen Verbrauchskennzahlen, in Einklang mit anderen Untersuchungen mit ähnlicher Datenbasis, deutlich von den bisher angenommenen Werten abweichen. Die Sanierungspotenziale, insbesondere im vor 1978 errichteten Altbaubestand, werden demnach erheblich überschätzt.

Weiterhin zeigen die Ergebnisse deutliche Unterschiede der am Markt realisierten Sanierungsniveaus im Mehrfamilienhausbestand nach Gebäudealtersklassen. Bilden die vorgestellten Werte das tatsächliche Renditemaximum ab, erscheint es unwahrscheinlich, dass insbesondere Eigentümer älterer Immobilien größere Sanierungen nach Maßgabe der EnEV 2009 durchführen.⁶⁹ Vielmehr wäre es rational, eine alternative Anlageform für das einzusetzende Kapital zu suchen und eine Sanierung gänzlich zu unterlassen. Unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes wäre diese Wirkung kontraproduktiv. Ebenfalls wäre es aus städtebaulicher Perspektive nachteilig, wenn gerade die älteren Innenstadtbestände nicht mehr oder nur in geringem Maße in Stand gehalten würden. Mögliche Auswege könnten in nach Immobilientypen differenzierten Auflagen gesucht werden, die weniger auf einzelne Bauteile, sondern auf die Gesamtbilanz eines Gebäudes abstellen oder alternative Maßnahmen zulassen, die sich im gering-investiven Bereich bewegen. Hierzu zählt beispielsweise auch die Installation intelligenter Verbrauchsmessgeräte, um direkten Einfluss auf das Nutzerverhalten auszuüben und damit Energieeinsparungen zu erreichen. Nutzer erhalten so regelmäßigen Einblick in den Energieverbrauch und die damit verbundenen Kosten.⁷⁰

⁶⁹ So zeigen Studien, dass bereits erhebliche Teile neu errichteter Gebäude die Standards der EnEV 2002 in der Realität nicht mehr erfüllen, vgl. GRELLER, M. et al., a. a. O. So überschreitet rund ein Viertel der Gebäude des Baujahrs 2002 die durchschnittlichen Anforderungen. Eigene Auswertungen bestätigen dies. Angesichts einer weiteren deutlichen Absenkung der gesetzlichen Grenzwerte im Rahmen der EnEV 2009 und mit der kommenden EnEV 2012 liegt es nahe zu vermuten, dass dies auch bei Sanierungen zu immer größeren Schwierigkeiten führen wird, auch wenn hier Überschreitungen der Grenzwerte von bis zu 40% zulässig sind.

⁷⁰ Die Effekte des Smart Metering sind im Heizkostenbereich bislang relativ wenig untersucht. Dennoch sprechen verschiedene Studien für ein erhebliches Einsparpotenzial

Für Eigentümer wäre es anreizkompatibel, wenn Verbesserungen der Energieeffizienz mit erweiterten Möglichkeiten der Überwälzbarkeit der Sanierungskosten auf Mieter einhergingen. Bisher sehen die rechtlichen Regelungen im Rahmen der §§ 559 und 559a BGB eine maximale Mieterhöhung um 11% der eingesetzten, der Wohnung zuzuordnenden Investitionssumme in Folge einer energetischen Ertüchtigung vor, oder aber Mieterhöhungen im Rahmen des § 558 BGB, der Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete. Allerdings beinhaltet diese meist keine Komponente, die auf die energetische Beschaffenheit abstellt.⁷¹ Fraglich bleibt zudem, ob die jeweiligen Marktbedingungen entsprechende Mieterhöhungen zulassen. Bei weiterhin steigenden Heizkosten ist jedoch zu erwarten, dass auch die Mieter eine höhere Zahlungsbereitschaft für energieeffiziente Immobilien entwickeln.

Um die gesteckten politischen Ziele zügig zu erreichen, bleibt die Möglichkeit, die Erstellungskosten mit entsprechend höheren Zuschüssen zu reduzieren oder die Unterstützung auf die Bestände zu konzentrieren, bei denen der größte Hebel der Sanierungsmaßnahmen zu erwarten ist. Allerdings bleibt stets die allgemeine Kritik gegenüber staatlichen Subventionen bestehen, ob, wenn es um die Erreichung von Klimazielen geht, eine Verwendung von öffentlichen Geldern an anderer Stelle eine größere Wirkung entfalten würde.

Claus Michelsen
(Claus.Michelsen@iwh-halle.de)

Silke Müller-Michelsen*
Dipl. Ing. Architektur

durch dieses Instrument. Vgl. WOOD, G.; NEWBOROUGH, M.: Dynamic Energy-consumption Indicators for Domestic Appliances: Environment, Behaviour and Design, in: Energy and Buildings, Vol. 35 (8), 2003, pp. 821-841, oder BURGESS, J.; NYE, M.: Re-materialising Energy through Transparent Monitoring Systems, in: Energy Policy, Vol. 36 (12), 2008, pp. 4454-4459.

⁷¹ Beispielsweise hat das Institut für Wohnen und Umwelt (IWU) exemplarisch berechnet, dass energetische Sanierungen, die nicht mietspiegelrelevant sind, im vermieteten Bestand in der Regel einen negativen Kapitalwert aufweisen. Bei Neuvermietungen hingegen wurden positive Erträge ermittelt. Vgl. INSTITUT FÜR WOHNEN UND UMWELT: Energetische Gebäudesanierung und Wirtschaftlichkeit – Eine Untersuchung am Beispiel des „Brunckviertels“ in Ludwigshafen. Darmstadt 2006.

* Silke Müller-Michelsen arbeitet als freie Architektin in Berlin, u. a. mit den Arbeitsschwerpunkten Bestands- und Altbausanierung.

Ostdeutsches Baugewerbe im August 2010: Hochbau und Ausbau weiter im Aufwind

Der Aufschwung im ostdeutschen Baugewerbe hält nach der neuesten Konjunkturumfrage des IWH vom August 2010 unvermindert an. Die rund 300 befragten Unternehmen schätzen ihre Geschäftslage und die Aussichten für das nächste halbe Jahr äußerst positiv ein. Gegenüber der vorangegangenen Befragung im Juni verbesserte sich die Geschäftslage sprunghaft um 19 und die Geschäftsaussichten um 14 Saldenpunkte. Auch gegenüber Jahresfrist hellte sich die Stimmung weiter auf, die Geschäftsaussichten stiegen um 20 und die Geschäftslage um 17 Punkte (vgl. Tabelle).

Auch unter Ausschluss der Saisoneinflüsse erweist sich die Aufwärtsbewegung als kräftig (vgl. Abbildung). Die konjunkturelle Erholung am Bau, die Anfang dieses Jahres durch den übermäßig starken Wintereinbruch zunächst unterbrochen wurde, gewinnt damit weiter an Fahrt. Neben den durch die Konjunkturpakete ausgelösten Baumaß-

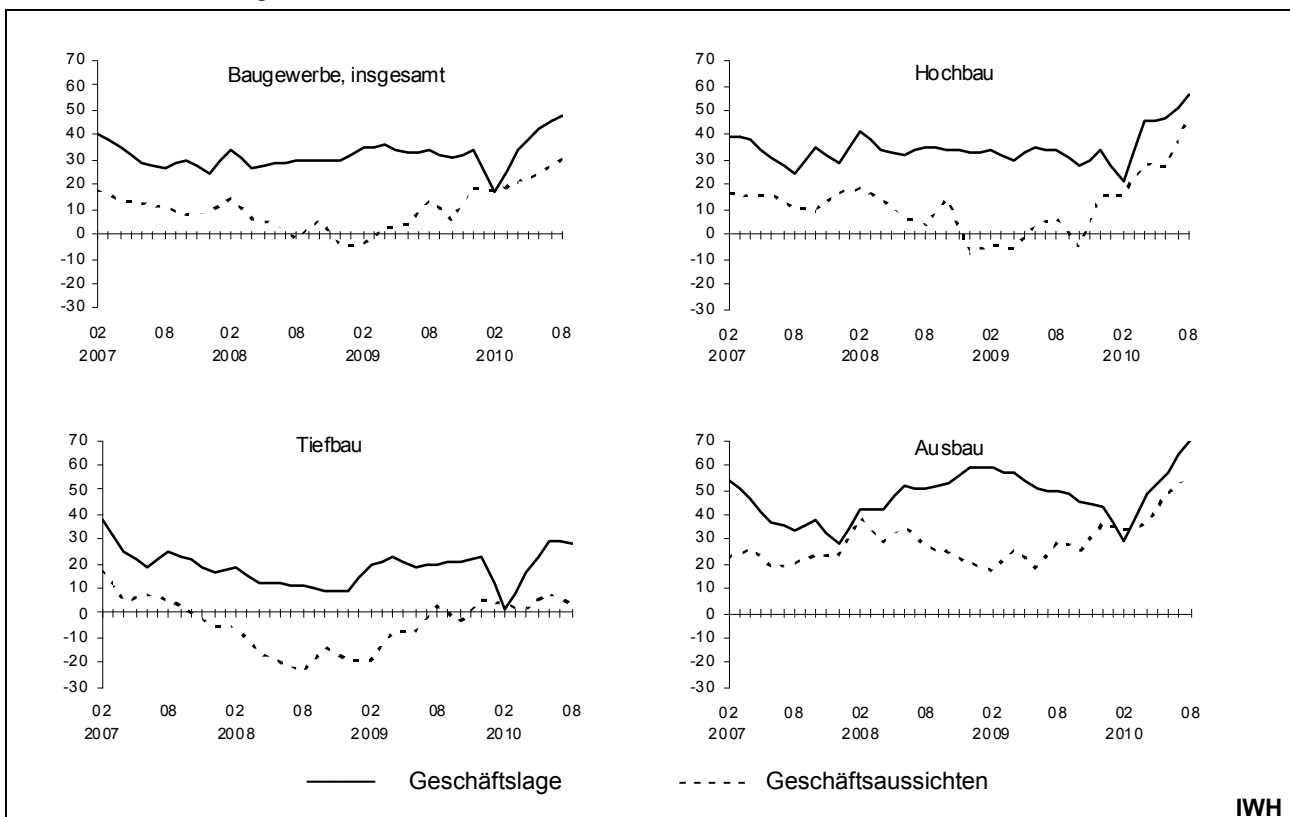
nahmen kommen Anregungen aus dem Wohnungsbau. Hier spielen neben konjunkturellen Einflussgrößen – wie niedrige Hypothekenzinsen, abnehmende Arbeitsmarktrisiken, Flucht in Immobilien zur Absicherung von Inflationsgefahren – wohl auch die Bauaufträge zur Beseitigung der Flutschäden in Sachsen und Brandenburg eine Rolle.

Von diesen Auftriebskräften profitieren vor allem der Hochbau und der Ausbau. In beiden Sparten werden sowohl die Lage als auch die Aussichten nochmals günstiger bewertet. Außergewöhnlich kräftig steigt dabei mit 14 Saldenpunkten die Geschäftslage im Ausbaubereich, während sich bei den Hochbauunternehmen die Geschäftsaussichten mit 20 Punkten besonders deutlich verbessern (vgl. Abbildung). Die derzeitigen Baugeschäfte dürften noch stark durch die Sanierungsmaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II geprägt sein, aber auch die privaten Haushalte und die Wohnungsunternehmen

Abbildung:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe

- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de

Quelle: IWH-Baumfragen.

setzen Modernisierungsmaßnahmen fort. Die Bauunternehmen aus Brandenburg und Sachsen sind besonders hinsichtlich der zukünftigen Baugeschäfte optimistisch, wohl auch angesichts notwendiger Baumaßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden. Zugleich deutet die Genehmigungsstatistik darauf hin, dass auch der Neubau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen zulegt, getragen durch mehr Projekte sowohl von den privaten Haushalten als auch von den Wohnungsunternehmen.

Im Tiefbau stagniert die Geschäftslage unter Ausschluss der Saisoneinflüsse dagegen in etwa auf dem Niveau zu Sommerbeginn. Die Aussichten geben sogar nach, die Optimisten und Pessimisten

halten sich nun wieder die Waage. Der Erwartungshorizont der Umfrage reicht inzwischen bis in das Jahr 2011 hinein. Damit reflektieren die Unternehmen, dass die staatlichen Investitionsausgaben nach dem Auslaufen der konjunkturstützenden Maßnahmen planmäßig zurückgefahren werden.

Brigitte Loose
(Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe im August 2010
- Ursprungswerte im Vergleich mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Aug 09	Juni 10	Aug. 10	Aug 09	Juni 10	Aug. 10	Aug 09	Juni 10	Aug. 10	Aug 09	Juni 10	Aug. 10	Aug 09	Juni 10	Aug. 10
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
<i>Geschäftslage</i>															
Baugewerbe insgesamt	28	31	35	46	42	47	23	23	15	4	4	2	47	45	64
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	28	26	30	45	44	50	23	25	17	4	5	3	46	40	61
darunter ^b															
Hochbau	30	34	35	44	43	52	22	21	12	4	3	1	49	54	74
Tiefbau	25	19	25	45	45	50	26	30	22	4	7	4	39	27	49
Ausbaugewerbe	28	43	49	48	37	39	21	18	10	3	2	2	52	60	77
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	30	30	40	43	39	43	23	27	13	4	4	4	46	37	66
20 bis 99 Beschäftigte	29	37	37	43	36	45	24	23	17	4	3	2	45	47	63
100 und mehr Beschäftigte	24	13	24	55	63	61	18	19	12	3	6	3	58	50	70
<i>Geschäftsaussichten</i>															
Baugewerbe insgesamt	18	25	27	47	44	49	32	29	22	3	3	3	31	37	51
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	19	22	22	44	43	49	35	31	26	2	4	3	25	31	43
darunter ^b															
Hochbau	20	27	27	40	46	56	39	25	16	1	2	1	20	45	66
Tiefbau	18	17	20	45	43	44	35	35	33	2	5	4	25	20	27
Ausbaugewerbe	18	32	40	55	45	48	22	22	9	5	1	4	45	54	75
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	13	20	32	50	44	44	31	31	20	5	5	4	28	28	51
20 bis 99 Beschäftigte	23	32	28	41	39	53	33	27	17	3	2	2	27	42	61
100 und mehr Beschäftigte	12	10	19	61	58	44	27	29	34	0	3	3	45	35	25

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Zur Identifikation industrieller Cluster

Wie lassen sich Cluster empirisch identifizieren, und welche Regionen verfügen über Wirtschaftsstrukturen, die „clusterverdächtig“ sind? Die Beantwortung dieser Fragen ist zentral für den Erfolg einer Clusterpolitik, die zunehmend als regionalpolitisches Instrument Beachtung findet. Industrielle Cluster haben einen mehrdimensionalen Charakter. In horizontaler Dimension zeichnen sie sich durch eine regionale Ballung dominanter Akteure (Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen) aus. In vertikaler Dimension sollten diese Akteure – folgt man dem theoretischen Clusterkonzept – miteinander interagieren. In einer empirisch angelegten Untersuchung für den Freistaat Sachsen werden auf Ebene der Kreise zunächst wichtige Produktionsstandorte (regionale Branchenkonzentrationen; horizontale Dimension) ermittelt. Anschließend werden potenzielle Zuliefer-Abnehmer-Beziehungen zwischen diesen Produktionsstandorten identifiziert. Auf dieser Basis wird dann untersucht, welche regionale Struktur die Innovationsaktivitäten der identifizierten Cluster aufweisen. Die Ergebnisse zeigen: Im Freistaat Sachsen waren nur die Hälfte der identifizierten industriellen Cluster in (geförderte) innovative FuE-Tätigkeiten eingebunden. (Geförderte) innovative FuE-Verbundaktivitäten fanden nur zu etwa einem Siebtel entlang potenzieller Wertschöpfungsketten wichtiger regionaler Branchenkonzentrationen statt. Auffallend ist zudem, dass insbesondere regional nicht konzentrierte Wirtschaftszweige bedeutende Beiträge zur Wissensgenerierung innerhalb industrieller Cluster leisten. Danach bestünde durch eine zu starke Fokussierung auf die bloße Konzentration von Wirtschaftszweigen die Gefahr, wesentliche Teile der Wissensproduktion industrieller Cluster zu übersehen.

Titze, Mirko; Brachert, Matthias; Kubis, Alexander: The Identification of Industrial Clusters – Methodical Aspects in a Multidimensional Framework for Cluster Identification. IWH-Diskussionspapiere 14/2010.

Warum sind Ostdeutsche nicht mobiler? Zum Einfluss von sozialer Bindung auf regionale Migration

Die Präferenzen von Individuen in Transformationsregionen sind immer noch durch Prägungen des früheren sozialistischen Systems bestimmt. Diese These der sozialistischen Prägung wird im Beitrag getestet, indem untersucht wird, ob sich ein Einfluss der Sozialisation in einem solchen System auf die Akkumulation von Sozialkapital und, als Konsequenz, auf die Präferenzen für räumliche Mobilität nachweisen lässt. Gegenstand der Analyse ist der paradigmatische Fall Ostdeutschlands, wo die Mobilitätsneigung deutlich geringer zu sein scheint als im westlichen Teil des Landes. Auf Grundlage einer mikroökonomischen Schätzung wird erstens belegt, dass Ostdeutsche, sofern sie im Sozialismus aufgewachsen sind, stärker in lokal gebundenes informelles Sozialkapital investiert sind. Zweitens bestätigt sich die These, dass eine Partizipation in derartigen Netzwerken die Mobilitätspräferenz verringert. Drittens zeigt sich, dass sich nach Berücksichtigung dieses Netzwerkeffektes der Mobilitätsrückstand der Ostdeutschen substantiell verringert. Die eher geringe räumliche Mobilität der ostdeutschen Bevölkerung erscheint daher zu einem erheblichen Teil den typischen Sozialkapitalmustern post-sozialistischer Gesellschaften geschuldet zu sein.

Bönisch, Peter; Schneider, Lutz: Why are East Germans not More Mobile? Analyzing the Impact of Social Ties on Regional Migration. IWH-Diskussionspapiere 16/2010.

Veranstaltungen

Vorankündigungen:

Internationale Konferenz „Which Regions Benefit from Emerging New Industries? Evidence from Photovoltaic and other High-tech Industries“

***IWH in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena,
am 30. September und 1. Oktober 2010***

The conference aims to develop deeper insights in the evolution of location patterns of new (high-tech) industries, e. g., photovoltaic and other new industries, and tries to contribute to the discussion on differences in regional opportunities to benefit as locations of new industries. We therefore search for papers which focus on explaining determinants for the location of new industries.

IWH-IAB-Workshop „Lohnpolitik nach der Krise“ am 21. und 22. Oktober 2010 in Halle (Saale)

Der diesjährige Workshop widmet sich Fragen rund um das Thema Lohnpolitik nach der Krise. Der Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung ist sowohl ein politischer als auch ein wissenschaftlicher Dauerbrenner. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sind einige Teilaspekte jedoch besonders aktuell. Dazu zählt z. B. die Frage nach der „richtigen“ gesamtwirtschaftlichen Lohnpolitik, die im Spannungsverhältnis von gestiegenen Lohnstückkosten und stagnierender Inlandsnachfrage steht. Daneben umfasst das Thema auch Aspekte struktureller Natur – wie etwa die institutionelle Ausgestaltung des so genannten Niedriglohnssektors (Mindestlöhne, Kombilohn etc.) –, auf die auch nach Jahren wissenschaftlicher Analyse und politischer Debatten noch immer keine befriedigenden Antworten gefunden wurden. Der Workshop lädt dazu ein, neue Befunde und neue Lösungsvorschläge zum Zusammenhang von Löhnen und Beschäftigung aus betrieblicher, regionaler, gesamtwirtschaftlicher und sozialer Perspektive zu präsentieren und zu diskutieren.

Workshop „Cluster in Mitteldeutschland – Strukturen, Potenziale, Förderung“ IWH in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) und dem Interdisziplinären Zentrum für Mitteldeutsche Landeskunde und Regionalentwicklung (MLR) am 25. und 26. November 2010

Cluster erfreuen sich seit geraumer Zeit großen Interesses von Seiten der Wissenschaft sowie der Regionalpolitik. Man erhofft sich von ihnen die Steigerung der Gründungsrate, der regionalen Innovationsfähigkeit und der betrieblichen Produktivität, im Endeffekt also die Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Wenngleich auch in Mitteldeutschland (Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) vielfältige Cluster existieren, mangelt es bislang an exakten Erkenntnissen über sie. Vor diesem Hintergrund ist es Ziel des Workshops, (a) die in Mitteldeutschland bestehenden Cluster zu identifizieren, sie hinsichtlich ihres Aufbaus und Entwicklungspotenzials zu analysieren und zu vergleichen, (b) bisherige Maßnahmen der Clusterförderung in ihrer Wirkung kritisch zu beleuchten sowie (c) zur Erweiterung der zugrunde liegenden konzeptionellen Basis beizutragen.

3rd Halle Forum on Urban Economic Growth „Cooperation Between Firms and Municipalities as Drivers of Urban Economic Growth? Theoretical Approaches and Empirical Evidence“ am 2. und 3. Dezember 2010

Das 2006 erstmals durchgeführte Halle Forum on Urban Economic Growth beschäftigt sich mit Wachstumsfaktoren in Stadtregionen. Für das 3. Halle Forum planen die Organisatoren den Austausch zwischen Stadt- und Regionalforschern, die sich mit der Frage der Effekte kooperativen Verhaltens von Unternehmen, Städten und anderen kollektiven Akteuren auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Metropolregionen und anderen Stadtregionen befassen. Kolleginnen und Kollegen aus Mittel- und Osteuropa sind besonders willkommen.